

Nicaragua privatizada

Wenn die Grundversorgung zur Ware gemacht wird



Inhalt

Editorial

Editorial	2
GesprächspartnerInnen in Nicaragua	3
Einleitung	
»Der Kapitalismus braucht keinen Nachnamen«	4
Nicaragua im Sommer 2002	
Eine Momentaufnahme	7
Die Wandlung von Wasser in Ware	
Hochzeit von Kana	11
Privatisierung der Wasser- kraftwerke HIDROGESA	
See zu verschenken	16
Die Privatisierung der Strom- verteilung in Nicaragua und ihre Folgen	
Vom Staats- zum Privatmonopol	20
NGOs: Gegner des herrschenden Wirtschaftsmodells oder Mittel zu seiner Durchsetzung	
Die Refeudalisierung der Politik	23
Rückzug des Staates aus dem Bildungssystem	
Educación no es popular	28
Widerstand gegen die Privatisierungen in Nicaragua	
Nichts als Abwehrkämpfe	33
Kritische Anmerkungen zum Linksnationalismus	
Patria libre	37
Zeittafel	43

Titelfoto: Kundgebung in Managua

Diese Broschüre fasst die Ergebnisse und Diskussionen einer Informations- reise zusammen, die eine Gruppe aus München im Sommer 2002 nach Nica- ragua unternommen hat.	3
Es handelte sich dabei nicht um eine Delegationsreise von Menschen, die schon seit Jahren zu Zentralamerika arbeiten. Neben Erfahrungen einiger in der Nicaragua-Solidarität haben sich die meisten von uns in der letzten Zeit schwerpunktmäßig mit Nationalismus und Antisemitismus beschäftigt.	4
Zweifelsohne hat sich dies in unseren Auseinandersetzungen während und nach der Reise niedergeschlagen und Eingang in diese Broschüre gefunden.	7
Spätestens seit den Ereignissen von Genua im Juni 2001 steht eine Aus- einandersetzung mit der »Globali- sierung« und der »Globalisierungs- Kritik« auf der Tagesordnung. Von besonderem Interesse für uns haben sich folgende Fragen herauskristal- lisiert: Was ist denn tatsächlich so neu an der Globalisierung? Wie äußert sich dieses Phänomen in Trikontstaaten und wo liegen Unterschiede und Gemein- samkeiten zu den Metropolenstaaten?	11
Um den großen Themenkreis der Globalisierung einzuschränken, haben wir uns bereits in unserer einjährigen Vorbereitungsphase auf die Politik der Privatisierungen fokussiert. Privati- sierungen sind ein Merkmal neoliberaler Politik und eignen sich unserer Meinung nach hervorragend, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie dominierende Abhängigkeits- verhältnisse zwischen Metropolen und	20

Impressum

AutorInnenkollektiv

Email: nica@open-lab.org
Website: <http://nica.open-lab.org>

Postadresse:
Ökumenisches Büro für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.,
Pariser Straße 13, 81667 München

Peripherie herauszuarbeiten.
Wir glauben, dass unsere Ergebnisse
und Diskussionen für einen weiteren
Kreis von Leuten interessant sind, die
entweder Solidaritätsarbeit zu Zentral-
amerika leisten oder gegen Privatisier-
ungen arbeiten. Daher haben wir uns
entschlossen, anhand unserer Erfah-
rungen diese Broschüre zu schreiben
und hoffen auf zahlreiche kritische
LeserInnen.

Unseren GesprächspartnerInnen in
Nicaragua möchten wir herzlich dafür
danken, dass sie sich trotz ihrer Kämpfe
die Zeit genommen haben, uns die
Auswirkungen von Privatisierungen zu
erklären. Sie alle verorten sich in der
außerparlamentarischen Linken und
sind in NGOs organisiert, die zu so
unterschiedlichen Themen wie Bildung,
Ökologie oder sozialen und politischen
Menschenrechten arbeiten. Besonders
hervorheben wollen wir das Movi-
miento Comunal Nicaragüense in
Matagalpa und das Red Nacional de
Defensa de los Consumidores in
Managua, mit denen mehrere intensive
Gespräche und Diskussionen stattge-
funden haben.

Bei der Vorbereitung der Reise hat uns
das Ökumenische Büro in München
unterstützt. Dafür und für kritische
Anmerkungen beim Entstehungs-
prozess der Broschüre danken wir
herzlich. Ebenso wollen wir unseren
Lektorinnen für ihre Unterstützung
danken sowie der Resi-Huber-Brigade
2002 des Ökumenischen Büros für die
Fotos, die diese Broschüre auflockern.

Das AutorInnenkollektiv

Nachdruck unter Angabe der Quelle erwünscht.
Belegexemplar an Postadresse erbeten.

v.i.S.d.P.: J. Berner, Nibelungenstraße 12,
80639 München, E.i.S.

Bankverbindung: J. Berner, Münchner Bank eG,
Kto.-Nr. 2182106, BLZ 701 900 00,
Stichwort: Nica-Broschüre
Unkostenbeitrag: **3,- Euro** zzgl. Versand

München, März 2003

GesprächspartnerInnen in Nicaragua

Asociación Nacional de Educadores de Nicaragua (ANDEN), Managua
LehrerInnen-Gewerkschaft

Asociación de Educación Popular Carlos Fonseca Amador (AEPCEFA), Managua
NGO, die vor allem in ländlichen Gebieten Alphabetisierungsprogramme in der Erwachsenenbildung durchführt.

Miguel de Castilla Urbina
Pädagogik-Professor an der Universidad Centroamericana (UCA) und Sprecher des Foro de Educación y Desarrollo Humano (Zusammenschluss von 52 NGOs, die zum Thema Bildung arbeiten)

Confederación Sindical de Trabajadores Jose Benito Escobar (CST-JBE), Managua
Verband von 17 nicaraguanischen Gewerkschaftszusammenschlüssen (insges. über 80 Einzelgewerkschaften). Mitglied in der Central Sandinista de Trabajadores (CST) und der Frente Nacional de los Trabajadores (FNT).

Centro de Estudios Internacionales (CEI), Managua
NGO, die wissenschaftliche Analysen zur sozialen und ökonomischen Situation in Zentralamerika erstellt.

Centro Humboldt, Managua
NGO, die zum Thema Ökologie (Wasser, Energie, klimatische Veränderungen) arbeitet und Privatisierungen unter diesen Gesichtspunkten analysiert.

Centro Estudiantil Universitario de la Universidad Centroamericana (CEU-UCA), Managua
Studierendenvertretung an der Jesuiten-Universität UCA.

Centro Nicaragüense de Derechos Humanos (CENIDH), Managua
Nicaraguanisches Menschenrechtszentrum, das seinen Fokus neben den politischen stark auf die sozialen Menschenrechte richtet.

Comunidad Indígena, Jinotega
Politische, kulturelle und soziale Vertretung der indigenen Gemeinden in und um Jinotega

La Cuculmeca, Jinotega
NGO, die zum Thema Ökologie arbeitet und Agrar-Kooperativen betreibt. La Cuculmeca spielt eine wichtige Rolle bei der Vernetzung des Widerstands gegen die Privatisierung der Wasserkraftwerke.

Dyckerhoff & Widmann AG (DYWIDAG), Matagalpa
Deutscher Baukonzern, der im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unter anderem in Matagalpa Sanierungs- und Ausbauarbeiten am Trink- und Abwassernetz durchführt.

Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), San Dionisio
VertreterInnen des Gemeinderats

Movimiento Comunal Nicaragüense (MCN) in Matagalpa
In ganz Nicaragua vertretene NGO und Basisorganisation, unter deren Dach bspw. stattfinden: Unterstützung von Gemeinden mit Infrastrukturprojekten, Erwachsenenbildung oder Jugendarbeit. Neben mehreren Gesprächen mit der polit. Leitung des MCN fand ein Gespräch mit einer Frauengruppe in San Dionisio sowie mit landlosen KaffeearbeiterInnen in La Amancia statt.

Red Nacional de Defensa de los Consumidores, Managua
In vielen Städten Nicaraguas vertretene NGO, deren Schwerpunkt bei einem weit gefassten VerbraucherInnenschutz und dem Kampf gegen Privatisierungen liegt: Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung der Bevölkerung, Einzelfallberatung oder Unterstützung bei Klagen.



Busbahnhof in Managua

Einleitung

»Der Kapitalismus braucht keinen Nachnamen«

Der weltweit voranschreitende Privatisierungsprozess belegt eindrucksvoll, wie weit sich das neoliberale Kapitalismusmodell bereits in Ideologie und Praxis durchgesetzt hat. Bis in die 80er Jahre hinein war die Meinung vorherrschend, dass der Staat lenkend in die Wirtschaft eingreifen und diese gegebenenfalls sogar als Nachfrager ankurbeln müsse. Spätestens seit den 90er Jahren ist dieses keynesianische Kapitalismusmodell jedoch out – allenfalls die Gewerkschaften weinen ihm noch eine Träne nach (1). Die Rolle des Staates habe sich – so die neoliberale Ideologie – darauf zu beschränken, das freie Walten der Marktkräfte zu garantieren und ihnen bislang staatlich dominierte Bereiche zu öffnen. Als Anbieter von Leistungen solle der Staat nicht mehr auftreten und Subventionen sind ohnehin verpönt (2).

Dahinter steht das Glaubensbekenntnis, dass nur die freie Konkurrenz privater Anbieter zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung führen könne. Mittlerweile konnte auch bei den letzten zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse notwendigen Gütern vollends durchgesetzt werden, dass sie Waren sind und somit einzig und allein zum Zwecke des Austauschs gegen andere Waren produziert werden. Auch Trinkwasser, Gesundheitsversorgung, Bildung usw. unterliegen betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien. Auf die meisten der in der Broschüre behandelten Grundgüter traf der Warenstatus bereits vor ihrer Privatisierung zu – es musste bezahlt werden, um in ihren Genuss zu kommen. Jedoch wurde in vielen Fällen die Wirkung der Marktmechanismen zugunsten der VerbraucherInnen eingeschränkt.

Einhergehend mit der Durchsetzung der neoliberalen Ideologie wurden ganze Weltregionen von der Entwicklung abgekoppelt und ihrem Schicksal überlassen. Die Hoffnung auf eine wie auch immer geartete nachholende Entwicklung der ehemaligen Kolonien existiert nicht mehr. Bestenfalls achselzuckend wird von der Mehrheit der MetropolenbewohnerInnen seither zur Kenntnis genommen, dass die Zahl derjenigen, bei denen noch mit Recht von »Lebensstandard« gesprochen werden kann, weltweit rapide abnimmt.

Parallelen und Unterschiede

Bei der Forderung nach Privatisierungen werden in Metropole wie Peripherie ähnliche Argumentationsmuster verwendet. Wichtig ist dabei, dass durch einen Verkauf von Infra-



Wenn's der Markt regelt: Mercado in Managua

struktur bzw. die Vergabe von Lizenzen kurzfristig Geld in die leeren öffentlichen Kassen kommen soll. Im »Süden« fließt dieses meist sofort wieder als Schuldendienst in Richtung »Norden« ab. Darüber hinaus gilt überall der Glaubensgrundsatz, dass Leistungen vom Staat grundsätzlich ineffizient erbracht würden und private Anbieter kostengünstiger arbeiten könnten. Zumindest in den Metropolen ist dabei der Effizienzdiskurs allgemein akzeptiert, mit dem postuliert wird, dass selbst staatliche Leistungen generell effizient im betriebswirtschaftlichen Sinne erbracht werden müssen. Auch das Vorgehen im Privatisierungsprozess unterscheidet sich kaum: Zunächst werden große staatliche Unternehmen regional oder nach Sektoren zerstückelt. Falls nötig werden die zum Verkauf stehenden Teile auf Staatskosten entschuldet beziehungsweise saniert. Investoren erhalten großzügige Steuergeschenke. Da sich privatwirtschaftliche Unternehmen im Gegensatz zu Staaten ausschließlich an Profitinteressen orientieren, können trotzdem nur die rentablen Teile der ehemals staatlichen Unternehmen verkauft werden. Sofern es der jeweilige Staat noch als seine Aufgabe ansieht,

eine Grundversorgung seiner Bevölkerung flächendeckend sicherzustellen (3), muss er die staatlich verbliebenen Teile bezuschussen. Die Möglichkeit der Quersubventionierung existiert nicht mehr. Durch den Verkauf staatlicher Unternehmen fallen wichtige Lenkungsmöglichkeiten und Einnahmequellen eines Staates weg. Neben Ähnlichkeiten in Ideologie und Verfahrensweise bei Privatisierungen gibt es aber auch entscheidende Unterschiede zwischen »Norden« und »Süden«. Die Auswirkungen für die Bevölkerung sind in einem armen Land wesentlich gravierender als in einem reichen: So erzeugt beispielsweise in armen Ländern die Streichung von Subventionen für Lebensmittel unmittelbar Hunger oder führt die »Verschlankung« des Staates direkt zur Verelendung, weil keine Sozialsysteme existieren, die wie (derzeit noch) in den reichen Ländern die »Freigesetzten« notdürftig auffangen könnten. Ebenso sind die Handlungsalternativen von Trikontstaaten wesentlich geringer als die von Metropolenstaaten: Während sich letztere ständig über die auch ihnen verordneten Strukturanpassungsprogramme hinwegsetzen, ist dies den armen Ländern nicht möglich.

Beispielsweise ist die Abhängigkeit Nicaraguas von seinen internationalen Kreditgebern und deren »Sanierungskonzepten« angesichts massiver Auslandsschulden in Höhe von 6,4 Milliarden US-Dollar, denen ein Bruttoinlandsprodukt von nur 2,6 Milliarden US-Dollar gegenübersteht, enorm hoch (4).

Probleme des Widerstands

Im »Norden« wie im »Süden« regt sich Widerstand gegen Privatisierungen. In Nicaragua konnte zwar mit der Kampagne gegen den Verkauf der Trinkwasserversorgung und des Lago de Apanás ein Mobilisierungserfolg erzielt werden. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bevölkerungsmehrheit in Nicaragua über die Möglichkeiten von politischer Veränderung und Verbesserung ihrer Lebenssituation absolut desillusioniert ist. Einerseits gibt es angesichts der tiefen Abhängigkeit Nicaraguas von seinen Gläubigern kaum Spielräume und Möglichkeiten, reale Verbesserungen durchzusetzen. Andererseits ist die Liste der Tragödien und Niederlagen lang: Sie reicht vom Contra-Terrorismus in den 80er Jahren über die Rücknahme



Wenn's der Supermarkt regelt: Supermercado, ebenfalls in Managua

der Errungenschaften der sandinistischen Revolution und die Wandlung der FSLN-Führung in eine korrupte Machtelite bis hin zur Privatisierung der Grundversorgung (5). Die Versuchung an die Mobilisierungskraft des Nationalismus zu appellieren, mag vor diesem Hintergrund für die Mehrheit der linken AktivistInnen verlockend sein. Dieser Ansatz muss – wie in dieser Broschüre begründet wird – dennoch kritisiert werden! Ebenso ist ein Politikansatz, der sich unkritisch auf Nichtregierungsorganisationen und die »Zivilgesellschaft« bezieht, vom theoretischen Standpunkt aus kritikabel – dies gilt unabhängig von der notwendigen Anerkennung für die konkreten Verbesserungen, die die Arbeit von NGOs für die Betroffenen oft mit sich bringt.

Diejenigen, die in den Industriestaaten gegen Privatisierungen ankämpfen, stehen vor einem anderen Problem: Die Warenform ist hier auch in Hinblick auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen gesellschaftlich vollkommen akzeptiert und alle davon grundsätzlich abweichenden Vorstellungen sind marginalisiert. Gleiches gilt für die breite Akzeptanz des dahinter liegenden Effizienzdiskurses. Allenfalls wird auch hierzulande mit zumeist nationalistischem Unterton lamentiert, dass gewisse »Härten« abgefedert werden müssten. Dem gegenüber muss eine Kritik an Privatisierungen entwickelt werden, die über bloße Bestrebungen hinausgeht, die heimischen Märkte »sozialverträglich zu gestalten«. Es muss versucht werden, die Ideologie zu demontieren, dass jede Leistung »effizient« erbracht werden muss. Es muss eingeklagt werden, dass die Befriedigung von Grundbedürfnissen gesellschaftlich garantiert werden muss und dass diese Aufgabe nicht nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet werden darf.

Von der Kritik des Effizienzdiskurses zur Kritik der Warenproduktion

Eine linke Kritik der Privatisierungen darf jedoch nicht dabei stehen bleiben, den Neoliberalismus verdammend die Rückkehr zum Keynesianismus zu

fordern. Auch diese Kapitalismusvariante ist weder in der Lage, der Weltbevölkerung in ihrer Gesamtheit ein angenehmes Leben zu ermöglichen, noch verfolgte sie jemals dieses Ziel. Dazu Eleuterio Fernandes Huidobro, Mitbegründer der uruguayischen Tupamaros: »Wenn wir jedoch den Kapitalismus mit dem Adjektiv 'neoliberal' versehen, so bleibt auf dem Gebiet der Ideologie Raum für die Behauptung, es gäbe eine andere, 'bessere' Art des Kapitalismus. Und damit gehen wir in die Falle, anstatt laut und deutlich herauszuschreien, dass die Ursache für dies alles der Kapitalismus ohne Adjektive ist.« (6) Auch Carlos Ruiz vom Movimiento Comunal in Matagalpa teilt diese Einschätzung. In Anspielung auf die Beschränkung der Kritik der Anti-Globalisierungsbewegung auf den »capitalismo neoliberal« drückt er sich folgendermaßen aus: »Der Kapitalismus braucht keinen Nachnamen.« Stattdessen geht es darum, das kapitalistische Produktionsverhältnis selbst zu kritisieren, das eine Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur mittels der Warenproduktion kennt (und kennen kann) und in dem der Ausschluss vieler immanent ist. Dabei ist die Herausnahme der Grundversorgung aus der Logik (und Praxis) der Warenproduktion ein erster Schritt – nicht mehr und nicht weniger!

Das große Mysterium »kritische Solidarität«

Es ist weiterhin notwendig, dass sich Bewegungen, die sich im »Norden« wie im »Süden« für gute Lebensbedingungen aller Menschen einsetzen, solidarisch aufeinander beziehen. Was aber kann das vor dem Hintergrund völlig unterschiedlicher Lebensrealitäten bedeuten? (7) Wie kann sich eine Metropolenlinke, die weit von jeder gesellschaftlichen Relevanz entfernt ist, positiv auf eine soziale Bewegung im »Süden« beziehen, ohne erneut ihre Hoffnungen und Träume auf diese zu projizieren? Und wie kann eine Kritik aus dem »Norden« formuliert werden, ohne paternalistisch zu sein? In dieser Broschüre finden sich keine Antworten auf diese Fragen. Dies ist weniger den

in solchen Fällen häufig angeführten Platzgründen als einer Ratlosigkeit des AutorInnenkollektivs geschuldet. Diese Broschüre enthält am Beispiel Nicaraguas Fakten und Diskussionsbeiträge zu den Auswirkungen von Privatisierungen auf ein Trikontland. Wir haben versucht klarzumachen, dass wir zahlreiche Gründe sehen, gegen Privatisierungen anzukämpfen. In diesem Sinne haben die KritikerInnen von Privatisierungen in Nicaragua – wie andernorts – unsere Solidarität. Gleichzeitig bestehen wir aber auf der Notwendigkeit einer Kritik des Nationalismus jedweder Ausprägung als antiemanzipatorisches und daher (zumindest) untaugliches Konzept. Wir ziehen eine Diskussion über das, was wir als »notwendigerweise falsches Kapitalismusbild« beschreiben, einem Abwenden von den Bewegungen im »Süden« vor.

(1) Es ist ein weiteres Merkmal des Neoliberalismus, dass der Einfluss der Gewerkschaften mehr noch als im Keynesianismus »gestutzt« werden soll.

(2) Dies hindert die ökonomisch mächtigen Staaten nicht daran, trotzdem ganze Wirtschaftssektoren zu subventionieren. Ein wichtiges Beispiel sind hier die europäischen und nordamerikanischen Agrarsubventionen.

(3) Hier besteht (derzeit noch) ein Unterschied zwischen reichen und armen Staaten, der sich aber weniger aus grundsätzlichen Überzeugungen, denn aus der Tatsache speist, dass der Sozialstaatsgedanke hierzulande zum Legitimationsmuster staatlicher Gewalt gehört und nicht allzu schnell aufgegeben werden kann.

(4) Nicaragua war im Jahr 2001 verpflichtet, 17 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Bedienung seiner Schulden auszugeben. Tatsächlich wurde ein Schuldendienst in Höhe von 257 Millionen US-Dollar geleistet (zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Zahlen aus: IMF Country Report No. 02/269, Dezember 2002

(5) Zu allem Überfluss treten noch regelmäßig »Natur«-Katastrophen auf. Zwar handelt es sich bei Hurrikans, Erdbeben, Vulkanausbrüchen und dergleichen um vom Menschen wenig bis gar nicht beeinflussbare Naturgewalten. Die verheerenden Auswirkungen auf die jeweilige Bevölkerung sind aber zuallererst sozialer Natur.

(6) zitiert nach gruppe demontage in Willi Bischof, Irit Neidhardt (Hg.), Wir sind die Guten - Antisemitismus in der radikalen Linken, Unrast-Verlag, Münster 2000, S. 102

(7) Diese werden vermittelt über das ökonomische Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis und selbst dessen KritikerInnen ziehen in den Industriestaaten objektiv Nutzen daraus.

Nicaragua im Sommer 2002

Eine Momentaufnahme

Die Situation in Nicaragua ist im August 2002 geprägt von der öffentlichen Diskussion über die Korruption von Expräsident Arnoldo Alemán, über die soziale Situation und über die Privatisierungen. In den Straßen sind zahlreiche Plakate gegen die Privatisierung des Wassers zu sehen und an den Kreuzungen stehen immer wieder UnterschriftensammlerInnen gegen die Korruption. Doch nicht nur das Straßenbild wird von diesen Themen bestimmt, auch die Zeitungen sind voll davon.



Straßenkreuzung in Managua:
»Wir fordern, das Wasser nicht zu privatisieren«

»...lenken wir unseren Glauben, unsere Hoffnung und Energie auf die Errichtung des Neuen Nicaragua und bauen wir es gemeinsam auf, Tag für Tag und Schritt für Schritt.« (1)

Ausgangspunkt der aktuellen Debatten um Korruption ist die Entdeckung zahlreicher Schwarzgeldkonten Alemáns Anfang August 2002 in Panama. Sein Nachfolger, der ehemalige Vizepräsident Enrique Bolaños (beide Partido Liberal Constitucionalista, PLC/ Konstitutionelle Liberale Partei) gibt daraufhin bekannt, er verfüge über schlüssige Beweise, dass Alemán in massive Betrügereien am Staat und in Geldwäschegeschäften in Höhe von mindestens 100 Millionen US-Dollar verwickelt sei. Dies entspricht etwa dem

Gesundheits- oder Bildungsetat Nicaraguas. Für diesen Korruptionsskandal setzt sich in den Medien der Begriff »Huaca« (nicaraguanisch für »versteckter Schatz«) durch.

Der Korruptionsvorwurf richtet sich ebenfalls gegen Alemáns einstige rechte Hand Byron Jerez sowie gegen zahlreiche Mitglieder der Familie Alemán. Als die Anschuldigungen öffentlich gemacht werden, flüchtet sich ein Teil des Clans außer Landes. Jerez wird in Untersuchungshaft genommen und die Diskussion um die Aufhebung der Immunität Alemáns beginnt. Bolaños schreibt sich den Kampf gegen die Korruption auf die Fahnen. Zur Unterstützung seiner Maßnahmen ermuntert er zivilgesellschaftliche Organisationen zur Sammlung von Unterschriften für die Aufhebung der Immunität Alemáns

und gegen die Korruption. Als er eine halbe Million gesammelter Unterschriften entgegennimmt, spricht er von »der ersten friedlichen Revolution in Nicaragua« (2).

Gegen die Selbstinszenierung Bolaños als Saubermann wird von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben. Zum einen wird angeführt, dass Bolaños selbst aus der Alemán-nahen Fundación Democrática Nicaragüense (FDN, Nicaraguanische Demokratische Stiftung) ein zweites »Gehalt« erhalten habe und damit selbst in die Korruption verwickelt sei. Ein weiteres Argument ist, dass Bolaños Präsidentschaftswahlkampf ebenfalls mit Geldern von Schwarzgeldkonten finanziert worden sei (3). Diese Beschuldigung wird von Alemáns Zeitung »La Noticia« erhoben und richtet sich damit gegen die eigene

Verfassung der Republik Nicaragua von 1987 mit den Reformen von 1995 (letzte Änderung: 17. Januar 2002)

ARTIKEL 105.

Es ist die Pflicht des Staates, den Zugang der Bevölkerung zu den öffentlichen Grundleistungen Energieversorgung, Kommunikation, Wasserversorgung, Transport, Straßennetz, Häfen und Flughäfen zu fördern, zu erleichtern und zu regulieren; der Zugang dazu ist das unveräußerliche Recht der Bevölkerung. Privatinvestitionen und deren Modalitäten sowie Konzessionen zur privatwirtschaftlichen Nutzung in diesem Bereich werden im Einzelfall per Gesetz geregelt.

Die Leistungen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sind elementare Aufgaben des Staates; er ist verpflichtet, sie ausnahmslos jedem zur Verfügung zu stellen, sie zu verbessern und auszuweiten. Die Einrichtungen und Infra-

struktur der oben genannten Leistungen sind Eigentum des Staates und können unter keinen Umständen veräußert werden.

Für die schlecht gestellten Teile der Bevölkerung werden kostenlose medizinische Leistungen garantiert, wobei auf die Umsetzung der Mutter-Kind-Programme besonderer Wert gelegt wird. Die staatlichen Leistungen Gesundheit und Bildung müssen ausgeweitet und intensiviert werden. Das Recht auf die Eröffnung privater Dienste in den Bereichen Gesundheit und Bildung wird garantiert.

Es ist die Aufgabe des Staates, die Kontrolle der Qualität der Güter und der Dienstleistungen zu garantieren und die Spekulation mit und das Horten von Grundversorgungsgütern zu vermeiden.

Partei PLC. Überdies war Bolaños während der ersten vier Jahre der Alemán-Regierung dessen Vizepräsident und trat dann nur zurück, um seinen eigenen Wahlkampf als PLC-Präsidentschaftskandidat zu beginnen. Die Auseinandersetzungen über die Korruption führen so zu einem offenen Machtkampf zwischen Alemán und Bolaños und zur Abspaltung eines Teils der PLC. In seiner Antrittsrede hatte Bolaños noch in besonderer Weise seinen »geliebten Arnoldo« erwähnt. Seitdem versucht er sich über die Anti-Korruptionsmaßnahmen als Saubermann darzustellen und seine Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen.

Am 19. September 2002 wird Alemán als Präsident der Nationalversammlung abgesetzt. Die neue Leitung begann ihr Amt mit der Formulierung von zwei Anträgen zur Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität. Am 12. Dezember 2002 ist es dann soweit: Die Nationalversammlung entzog dem früheren Präsidenten seine Immunität. Die notwendigen 47 Stimmen werden mit den 38 Stimmen der FSLN und neun aus der PLC genau erreicht. Nur dreieinhalb Stunden nach dieser

Abstimmung wird Alemán formell der Mittäterschaft im Fall der Hinterziehung von 1,3 Millionen US-Dollar beim regierungseigenen Fernsehsender Canal 6 sowie des Betrugs an der Regierung in Höhe von 100 Millionen US-Dollar angeklagt. Insgesamt hat sich Arnoldo Alemán in seiner sechsjährigen Amtszeit weitaus mehr als der Somoza-Clan in vier Jahrzehnten Diktatur unter den Nagel gerissen.

Besonders auffällig ist, dass sich sowohl die FSLN als auch die katholische Kirche beim Thema Korruption äußerst zurückhaltend geben. Die Kirche, die auch selbst an einigen Korruptionsfällen beteiligt ist, stellt sich weiterhin auf die Seite Alemáns. Und auch die FSLN weiß genau, wieso sie sich beim Thema Korruption nicht zu weit aus dem Fenster lehnt, wurde doch durch den »pacto« die Korruption während der Regierungszeit Alemáns massiv erleichtert (4). Dieser zwischen FSLN und PLC geschlossene Pakt hat in der Bevölkerung großen Unmut hervorgerufen: Es geht dabei hauptsächlich um die Aufteilung von Ämtern zwischen den beiden dominierenden Parteien bzw. deren Vorsitzenden Daniel Ortega und Arnoldo Alemán.

Diese sicherten sich zudem gegenseitig einen lebenslangen Parlamentssitz und damit Immunität zu.

»Danke wir dem Herren für all seine Segnungen, die er Nicaragua im vergangenen Jahr gewährte ...«

Außerhalb Managuas ist im Sommer 2002 die soziale Situation bestimmend, während sie in den Debatten und Aktionen der Linken in der Stadt eine eher untergeordnete Rolle spielt. Vor allem die Auswirkungen der Kaffee-krise sind in Matagalpa sehr deutlich zu spüren. Durch die weltweite Überproduktion von Kaffee und die damit einhergehenden dramatisch gesunkenen Weltmarktpreise lohnt es sich für die Finca-Besitzer nicht mehr, die Kaffeeernte einzubringen. Die LandarbeiterInnen verlieren dadurch nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern werden vielfach auch aus ihren Behausungen in den Kaffeefincas vertrieben. Ganze Dörfer werden ihrer Einkünfte beraubt und sind nunmehr von extremer Armut betroffen. Im Norden Nicaraguas verhungern erstmals seit dem Contra-Krieg wieder Menschen. Die Regierung Bolaños zeigt sich von dieser sozialen Katastrophe unbeeindruckt und schickt bereits zugesagte Hilfslieferungen nicht. Ihr Überleben sichern sich die LandarbeiterInnen notdürftig durch öffentlich finanzierte Projekte wie »Arbeit gegen Nahrung«, die jedoch im Oktober 2002 ohne Nachfolgeprojekte auslaufen. Ein Kritikpunkt an den Projekten ist, dass die Zahlungen teilweise in Salz geleistet wurden. Angerechnet wurden dabei zwölf Córdoba pro Einheit, während der Marktwert bei nur fünf Córdoba liegt. Das Salz muss aber auf dem Markt gegen andere Waren eingetauscht werden. Daher beträgt der »Lohn« in diesem Beispiel real weniger als die Hälfte seines nominalen Werts. José Antonio Zepeda von der Lehrer-Innengewerkschaft ANDEN geht soweit, diese Programme als eine Form der Sklaverei zu bezeichnen. Die Leute würden mit Lebensmitteln bezahlt, die gerade so zum Überleben reichen und man könne darauf warten, bis der erste Unternehmer daherkomme und nur noch mit Lebensmitteln bezahlen wolle. Die Resignation breiter Teile der Land-

bevölkerung ist groß, wissen die Menschen doch nicht, was mit ihnen geschehen soll, wenn diese kurzfristigen Projekte »Arbeit gegen Nahrung« auslaufen. Die Erschöpfung der Menschen spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass keine Forderungen nach Land gestellt werden, von dem es mehr als genug gibt und das ausschließlich mit Kaffee bepflanzt ist. Die Hoffnung der LandarbeiterInnen stützt sich allein auf eine Förderung der Finca-Besitzer: Wenn es den Fincas wieder gut gehe, hätten auch sie wieder Arbeit und damit ein notdürftig gesichertes Auskommen. Einstweilen ist eine Abwanderung in die Städte und nach Costa Rica der oft am meisten Erfolg versprechende Ausweg, um der katastrophalen Armut auf dem Land zu entkommen.

»Ein Vaterland, in dem wir alle mit Würde leben werden.«

Ein Thema, das sowohl in der Stadt als auch auf dem Land stark diskutiert wurde, war die (Re-)Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Vor allem die Auseinandersetzungen um den Verkauf der Wasserkraftwerke und des Lago de Apanás erreichte im August 2002 einen Höhepunkt (5).

Der Kampf gegen diese Privatisierungen spielt dabei in Nicaragua aufgrund seiner Geschichte eine besondere Rolle. Nach der Revolution 1979 hatte die FSLN-Regierung mit der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung und umfangreichen sozialen Programmen begonnen. Dazu gehörte der Aufbau von Kooperativen, die in der Politik der SandinistInnen besonders wichtig waren. Die Besitzungen des Somoza-Clans wurden enteignet und in kollektives und Staatseigentum umgewandelt. In den staatlichen Unternehmen wurden kollektive Verwaltungsstrukturen eingeführt. Mit der Privatisierung wurde nach dem Regierungswechsel im Jahr 1990 begonnen, der das endgültige Scheitern der Revolution markierte. Die konservative Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro hatte mit dem Versprechen, den Contra-Krieg zu beenden, die Wahlen gewonnen (6). Mit dem Amtsantritt Chamorros wurden die Errungenschaften der Revolution schrittweise rückgängig gemacht.



Seit 30 Jahren einsturzgefährdet, Managua

Es wurden mehr als 300 Staatsbetriebe verkauft. Laut dem Centro de Estudios Internacionales (CEI) kommt das einem Transfer in den Privatsektor von etwa fünf Milliarden US-Dollar gleich. Im Vergleich dazu betrug das Bruttosozialprodukt im Jahr 2000 2,1 Milliarden US-Dollar. Das CEI bezeichnet die Privatisierungswelle der neunziger Jahre als »die größte Einverleibung von öffentlichem Reichtum, der in der Geschichte des Landes bekannt wurde« (7).

Die (Re-)Privatisierung von Staats- und Kollektiveigentum findet unter dem Druck von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank statt. Ende des Jahres 2002 wird vom IWF die Vergabe eines Kredites in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar unter anderem an den Verkauf der Wasserkraftwerke gebunden. Von Regierungsseite aus werden diese Maßnahmen als Meilensteine bei der Bekämpfung der Armut gehandelt. Bolaños behauptet, das

milliardenschwere »Paket« werde den Programmen zum Abbau der Armut neues Leben einhauchen und »die Nicaraguaner überall mit neuer Hoffnung erfüllen« (8).

Tatsächlich gehen mit den Privatisierungen deutliche Preiserhöhungen einher und keineswegs tragen sie zur Reduzierung der Armut bei. Durch die Einführung von »freiwilligen« Schulgebühren wird vielen Kindern der Zugang zu Bildung unmöglich gemacht (9). Eine öffentliche Gesundheitsversorgung auf dem Land existiert kaum noch und die stark gestiegenen Preise in allen Bereichen schneiden viele Menschen von der notwendigen Grundversorgung ab. Ein weiterer Kritikpunkt an den erfolgten Privatisierungen ist die Korruption, die mit diesen Verkäufen einher geht. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ENITEL: Bei dem Verkauf von ENITEL gingen insgesamt 10 Millionen US-Dollar an die Parlamentsabgeordneten. Der Großteil der Gelder, mit denen soziale Projekte gefördert werden sollten, verließ nie die Parteikassen. Die ArbeiterInnen von ENITEL erhielten die Option auf den Kauf von Arbeiteraktien im Wert von 5.000 US-Dollar pro ArbeiterIn. Da jedoch die meisten die ihnen zustehenden Aktien selbst nicht kaufen konnten, wurden ihnen lediglich 800 US-Dollar als Entschädigung beziehungsweise Abfindung für ihr Vorkaufrecht gezahlt.

(1) Neujahrsansprache 2003 von Präsident Bolaños, www.mipres.gob.ni

(2) www.nicaragua-forum.de vom 5. September 2002

(3) www.nicaragua-forum.de vom 11. August 2002

(4) siehe auch: »Kampf gegen die Korruption oder die Begegnungen mit sich selbst« in: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Info-Blatt 56, S.24.

(5) siehe Artikel »See zu verschenken«

(6) 1982 hatten Somoza-Anhänger und ehemalige Nationalgardisten mit massiver Unterstützung der USA den Contra-Krieg begonnen. Die revolutionäre Regierung war daher gezwungen, große Teile des Staatshaushaltes für militärische Zwecke auszugeben.

(7) Centro de Estudios Internacionales (CEI): »La privatización del agua: la peor guerra contra los pobres«; eine Analyse vom CEI verfasst für das Red de Consumidores

(8) www.nicaragua-forum.de vom 06. Dezember 2002

(9) siehe Artikel »Educación no es popular«

Aktuelles statistisches Material zu Nicaragua

[in eckigen Klammern: Vergleichsdaten für Deutschland (1996)]

EinwohnerInnen (2001):	5,2 Mio. [82,3 Mio.]
Managua:	1,2 Mio.
Bevölkerungswachstum pro Jahr:	2,7 % [0,6 %]
Bevölkerungsanteil unterhalb der Armutsgrenze:	50 %
Lebenserwartung (2000):	68 Jahre [78 Jahre]
ÄrztInnen pro 1.000 EinwohnerInnen (2001):	0,9
Krankenhausbetten pro 1.000 Einw. (2001):	1,5
Kindersterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten:	40 [5]
Zugang zu sauberem Wasser (2001):	84 %
Zugang zu Elektrizität (2001):	69 %
Alphabetisierungsgrad:	63,4 % [99 %]
offizielle Arbeitslosenquote:	23 % [9,8 %]

Einkommensverteilung:

Die reichsten 5 % verdienen oder konsumieren 63,6 %, die untersten 5 % verdienen oder konsumieren 2,3 % des Einkommens.

Bruttoinlandsprodukt (GDP, 2001)	2,6 Mrd. US-Dollar [3.541 Mrd. DM]
Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn:	490 US-Dollar [43.026 DM]
Wachstum des GDP:	3,0 % [2,4 %]
Auslandsverschuldung (2001):	6,4 Mrd. US-Dollar
Schuldendienst (2001):	413 Mio. US-Dollar

Außenhandel 2001

Import: 1.789 Mio. US-Dollar [672 Mrd. DM]
33 % Konsumgüter, 29 % Halbfertiggüter, 23 % Kapitalgüter, 15 % Brennstoffe;
27 % aus dem gem. zentralam. Markt, 27 % aus den USA, 2 % aus Deutschland

Export: 592 Mio. US-Dollar [774 Mrd. DM]
18 % Kaffee, 15 % Meeresfrüchte, 11 % Rindfleisch, 8 % Zucker, 5 % Gold
30 % in den gem. zentralam. Markt, 28 % in die USA, 6 % nach Deutschland

Daten aus:

International Monetary Fund: IMF Staff Country Reports No. 02/269 (Dezember 2002, Nicaragua) und No. 97/102 (Oktober 1997, Deutschland), Fischer Weltalmanach 2001, <http://laender.lexas.de/n/nicaragua/nicaragua.htm>, <http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/geos/nu.html>

Land	Bruttosozialprodukt pro Kopf 2000, Atlas Methode		Bruttosozialprodukt gesamt 2000, Atlas Methode	
	Position von 206 Ländern	US-Dollar	Position von 206 Ländern	Millionen US-Dollar
USA	5	34.260	1	9.645.556
Deutschland	17	25.050	3	2.057.633
Costa Rica	77	3.960	79	14.448
El Salvador	104	1.990	81	12.507
Guatemala	108	1.690	68	19.224
Honduras	139	850	107	5.517
Nicaragua	163	420	144	2.126

2001 World Development Indicators database, World Bank, 16.7.2001

Die Wandlung von Wasser in Ware

Hochzeit von Kana (Joh 2, 1-12)

IWF, Weltbank und die deutsche KfW fordern eine Privatisierung der nicaraguanischen Wasserversorgung. Damit wird der Zugang der Bevölkerung zu sauberem Wasser von ihren finanziellen Möglichkeiten abhängig gemacht. Entgegen der Behauptungen der PrivatisierungsbefürworterInnen wird sich die Versorgungssituation der armen Bevölkerungsmehrheit verschärfen.



Ein noch staatliches Unternehmen: der nicaraguanische Wasserversorger ENACAL

In einem im August 2002 herausgegebenen Faltblatt informiert die bundeseigene Förderbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die die Wasserwirtschaft als »Schwerpunkt« ihrer »Entwicklungszusammenarbeit« bezeichnet, über die Situation der weltweiten Trinkwasserversorgung. Sie gibt an, dass 1,2 Milliarden Menschen (etwa 20 Prozent der derzeitigen Weltbevölkerung) gezwungen sind, ohne Zugang zu Trinkwasser zu leben. 2,5 Milliarden Menschen verfügen nicht über ausreichende sanitäre Einrichtungen. Als Folge schätzt die KfW, dass 80 Prozent aller Krankheitsfälle in den von ihr so bezeichneten »Entwicklungsländern« ihre Ursache in unzureichender Wasserver- und Abwasserentsorgung haben. Drei Millionen Kinder sterben jährlich an den Folgen von Durchfallerkrankungen und über eine Milliarde

Menschen haben an Wurmkrankheiten zu leiden (1).

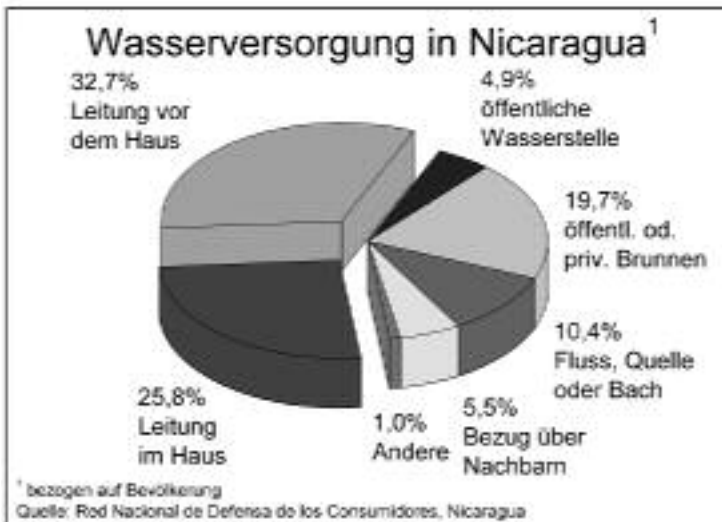
Im Nicaragua der achtziger Jahre haben die SandinistInnen der wichtigen Rolle Rechnung getragen, die der Zugang der Gesamtbevölkerung zu sauberem Wasser spielt: 1987 wurde dem Recht auf Wasserversorgung Verfassungsrang eingeräumt. Im noch immer gültigen Artikel 105 der Verfassung legte die sandinistische Regierung fest, dass der Staat die Wasserversorgung fördern muss und die zur Erbringung der Grundversorgung (nicht nur mit Wasser) nötige Infrastruktur Staats-eigentum ist. Sie darf »unter keinen Umständen veräußert werden«.

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist in Nicaragua heute allerdings schlecht. Nach Angaben des Red Nacional de Defensa de los Consumidores (2) haben landesweit nur 60 Prozent der

Haushalte einen Wasseranschluss in oder direkt vor ihrem Haus (Anschlussgrad in Deutschland: 99 Prozent). In städtischen Gebieten liegt der Prozentsatz bei immerhin 84 Prozent (Managua 88 Prozent), während er in ländlichen Gebieten nur 29 Prozent beträgt. Statt dem Verfassungsauftrag nachzukommen und diese katastrophale Situation zu verbessern, wird von der nicaraguanischen Regierung jedoch derzeit eine Privatisierung der Wasserversorgung betrieben.

Wasser als Ware

Die Privatisierungsbestrebungen sind freilich kein nicaraguanisches Phänomen. Weltweit boomen Privatisierungen im Trink- und Abwassersektor. Einhergehend mit der ideologischen Durchsetzung des neoliberalen Kapitalismusmodells, in dem der Staat nur noch die Rahmenbedingungen für das freie Walten der Marktkräfte schaffen, aber nicht mehr selbst intervenieren soll, hat sich auch die uneingeschränkte Behandlung von Wasser als Ware durchgesetzt. Nach einer vom weltweit führenden Wasserversorger Vivendi in Auftrag gegebenen Studie wird erwartet, dass bis 2010 für private Unternehmen ein zusätzlicher Markt von 26 Milliarden US-Dollar entstehen wird. Es wird prognostiziert, dass in Lateinamerika der Anteil öffentlicher Wasserversorger von 96 auf unter 50 Prozent fallen wird. Lateinamerika ist demnach die Region, in der die Privatisierungen am drastischsten voranschreiten werden (3). Von den PropagandistInnen einer Wasserprivatisierung wird zynischerweise angeführt, nur private Investoren könnten eine Versorgung der Ärmsten mit sauberem Trinkwasser garantieren. Im Gegensatz dazu zeigt das Beispiel Großbritanniens, dass dort entgegen fester Zusagen seit 1989 kaum Investitionen getätigt oder Reparaturen durchgeführt wurden. Seit der vollständigen Privatisierung der britischen



Wasserversorgung ist daher die Trinkwasserqualität gesunken, während die Durchleitungsverluste, die Wassertarife und die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre angestiegen sind (4). Es ist stark anzuzweifeln, ob ein Konzept, das in einem Industrieland versagt, in der Lage ist, eine Verbesserung der Situation in den ärmsten Ländern herbeizuführen. Tatsächlich muss auch die Weltbank euphemistisch eingestehen: »Die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Lösungen, die die Bedürfnisse der Armen berücksichtigen, bleiben eine Herausforderung.« (5) Aufgrund der Tatsache, dass sauberes Wasser für das tägliche Überleben des Menschen wie für den industriellen Produktionsprozess unerlässlich ist, kommt ihm die Rolle eines strategischen Rohstoffs zu. Dies gilt umso mehr, als der Verschmutzungsgrad der vorhandenen Süßwasserreserven stetig zunimmt. In diesem Zusammenhang ist die wasserreiche Region Zentralamerika für Unternehmen natürlich interessant. Als Türöffner zum nicaraguanischen Wassermarkt – Nicaragua besitzt mit dem Nicaragua- und dem Managua-See die beiden größten Süßwasserspeicher der Region – dienen das zukünftige General Agreement on Trade in Services (GATS), das die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und auch mit Wasser regeln soll, das geplante gesamtamerikanische Freihandelsabkommen Area de Libre Comercio de las Américas (ALCA) sowie die vom IWF verhängten Strukturanpassungsprogramme (SAP).

Nach Angaben der NGO Centro Humboldt gibt es bereits Pläne, Wasser aus Zentralamerika in wasserarme aber zahlungskräftige Regionen Nordamerikas zu pumpen. Aus diesem Grund fordert das Centro Humboldt den Staat auf, wie im Nachbarland Costa Rica das Wasser selbst zu vermarkten. In Costa Rica gibt es einen Beschluss gegen eine Wasserprivatisierung und es werden mit Wasserexporten staatliche Gewinne erzielt. Bereits vor der eigentlichen Privatisierung in Nicaragua (6) sind die Wasserpreise deutlich angestiegen (7). Der Verkauf der Kabelnetze der nicaraguanischen Stromversorgung Empresa Nicaragüense de Electricidad (ENEL) an die spanische Union Fenosa (siehe Artikel »Vom Staats- zum Privatmonopol«) und die damit verbundenen drastischen Strompreiserhöhungen wirken sich auf die Wasserpreise aus, da die (noch) staatliche Wasserver- und Abwasserentsorgung Empresa Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados (ENACAL) alleine über zehn Prozent der nicaraguanischen Stromproduktion zum Betreiben ihrer Pumpen abnimmt.

Vom Erziehungsauftrag der KfW

In der Stadt Matagalpa in der gleichnamigen Kaffeeanbauregion im Norden Nicaraguas bietet sich im Sommer 2002 ein Straßenbild, das von aufgerissenen Straßen und Baustellen geprägt ist. Überall werden dicke Wasserrohre verlegt, auf den Hügeln am Stadtrand stehen neue Wassertanks und die vielen Fahrzeuge mit dem Schriftzug der

deutschen Dyckerhoff und Widmann AG (DYWIDAG) können ebenso wenig übersehen werden wie die großen Tafeln, die auf das von der deutschen KfW finanzierte Projekt zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung hinweisen. Das 1996 begonnene deutsch-nicaraguanische Gemeinschaftsprojekt in den Städten Matagalpa, Jinotega und Corinto befindet sich kurz vor seinem Abschluss. Laut Homepage der KfW beläuft sich das Gesamtvolumen auf etwa 43,7 Millionen Euro, wovon der nicaraguanische Staat 4,9 Millionen Euro beiträgt. Der Rest ist ein Zuschuss, den die KfW aus Bundesmitteln im Zuge der »Finanziellen Zusammenarbeit« gewährt (www.kfw.de). Deutschland ist mit 300 bis 400 Millionen Euro jährlich nach Japan der zweitgrößte bilaterale Geldgeber im Wasserbereich (8). Seit Beginn der 80er Jahre wurden Trikont-Ländern vier Milliarden Euro zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft zugesagt (1). Das KfW-Projekt in Matagalpa betreffend wurde der DYWIDAG ein Auftrag in Höhe von etwa 24 Millionen US-Dollar (22,5 Millionen US-Dollar von der KfW und 1,5 Millionen US-Dollar vom Staat Nicaragua) zur Durchführung intensiver Sanierungsmaßnahmen erteilt. In Zusammenarbeit mit lokalen Subunternehmen wurden eine Kläranlage gebaut und 130 Kilometer neue Trinkwasser- und 43 Kilometer neue Abwasserleitungen sowie eine Zuleitung für Grundwasser aus der etwa 40 Kilometer entfernten Sébaco-Ebene gelegt. Das Wasser wird in neu errichteten Tanks mit Fassungsvermögen zwischen 100 und 700 Kubikmetern auf den umliegenden Hügeln gesammelt. Projektziel im Trinkwasserbereich ist die Versorgung des zum Planungsbeginn 1996 bestehenden Stadtgebietes, also das Verlegen von Wasserleitungen in alle damals existierenden Stadtteile und das ordnungsgemäße Anbringen von Wasserzählern an den Übergabestellen. Die Verlegung bzw. Sanierung von Wasserleitungen von den Übergabestellen in die Häuser gehört nicht zum Projektumfang. In der Stadt Jinotega, etwa 50 Kilometer nordöstlich von Matagalpa gelegen, hat die DYWIDAG bereits einen vergleichbaren Auftrag der KfW ausgeführt. Dort

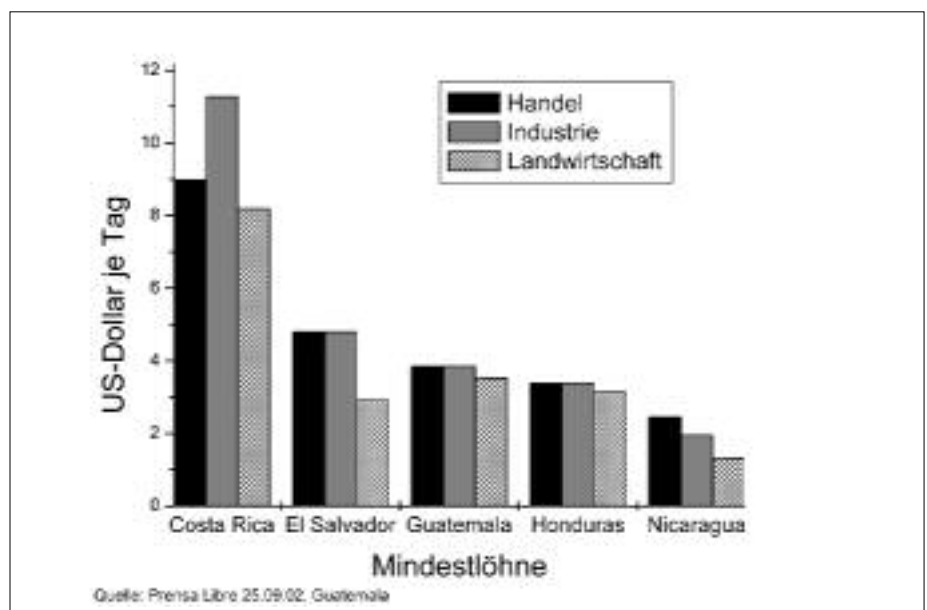
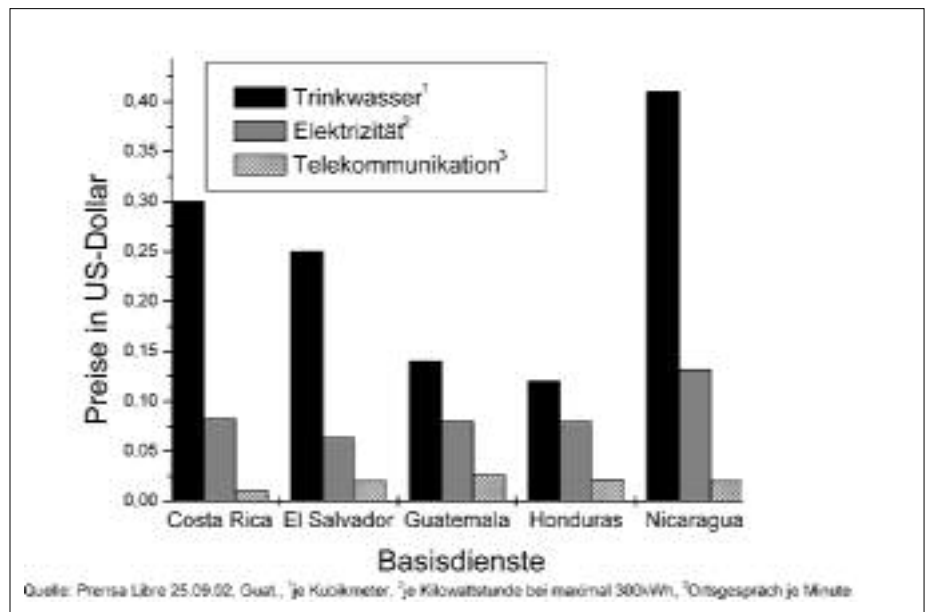
hat die Bevölkerung mit dieser Definition des Projektziels schon schlechte Erfahrungen gemacht. Von den ProjektplanerInnen von DYWIDAG war der Wasserdruck auf das frisch sanierte Wassernetz ausgelegt und der marode Zustand der Wasserleitungen hinter den Übergabestellen außer Acht gelassen worden. Dies zog zahllose Rohrbrüche und überlaufende Sammelgefäße in den Häusern nach sich. Im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wasserversorgung gesehen, welche sowohl in den SAPs als auch von der fördernden KfW gefordert wird, kann es den Wasserversorgern freilich egal sein, ob das Wasser bei den EndverbraucherInnen überhaupt ankommt, oder zwischen Übergabestelle und Wasserhahn versickert. Privaten Versorgern wird hauptsächlich daran gelegen sein, dass die Wasserzähler ordentlich laufen. Darauf angesprochen, ob die Auswirkungen von Jinotega nicht auf einen gravierenden Planungsfehler zurückzuführen seien, erklärte ein österreichischer DYWIDAG-Ingenieur, das Problem sei vielmehr die Haltung der NicaraguanerInnen, die »nie den richtigen Umgang mit Wasser gelernt« hätten. Ein solcher würde aber sehr schnell erlernt werden, wenn das Wasser nach einer teilweisen oder gar vollständigen Privatisierung erst einmal seinen »wahren Preis« koste. Auch die Geldgeber von der KfW legen großen Wert auf die Feststellung, dass die Ressource Wasser häufig »ineffizient« verwendet werde. Sie sprechen von »verzerrten Preisstrukturen« und »geringer Zahlungsbereitschaft der Kunden«. Als Problemlösungsstrategie empfiehlt die KfW unter anderem die Umsetzung von Private-Public-Partnerships und die »Erhebung kostendeckender Wassergebühren« (1). Folgerichtig verlautbart sie auf ihrer Homepage – nachdem sie als Problem erkannt hat, dass das Trinkwasser in Matagalpa, Jinotega und Corinto »nur eingeschränkt hygienisch unbedenklich« ist – dass im Rahmen einer Begleitmaßnahme zum Projekt bei der Bevölkerung die »Zahlungsbereitschaft erhöht werden« (9) und ein »erfahrenes privates Wasserversorgungsunternehmen in Form eines Managementvertrages« eingebunden werden soll. Mit der Gründung von Acueductos y

Alcantarillados de Matagalpa (AYA-MAT) wurde einer privaten Gesellschaft, bei der die Stadtverwaltung Matagalpas und ENACAL ein Mitspracherecht haben, die Administration der Wasserversorgung Matagalpas in private Hand gegeben.

Chancen alternativer Wasserversorgung?

VertreterInnen der Basisorganisation Movimiento Comunal Nicaragüense (MCN) ist derzeit unklar, welches Schicksal die von ihr vorangetriebenen Wasserversorgungsprojekte im Falle einer Privatisierung erleiden werden.

In den achtziger und neunziger Jahren hatte das zunächst halbstaatliche und später regierungsunabhängige MCN mit internationaler Finanzierung in zahlreichen Städten Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt und unter anderem Wasserleitungen in arme Viertel verlegt. Es besteht die Gefahr, dass diese Netze bei einer Privatisierung mitveräußert werden. Zudem stellt sich die Frage, was mit ländlichen Wasserprojekten geschehen wird. In der Kleinstadt San Ramon bei Matagalpa beispielsweise haben sich siebenzig Familien mit Hilfe des MCN zusammengeschlossen und zur eigenen Wasserversorgung mit Geldern der



Strukturanpassungsprogramme für den Wassersektor

In den Strukturanpassungsprogrammen für Nicaragua wurde 1999 den Wassersektor betreffend Folgendes festgelegt: Das staatliche Wasser- und Abwasserunternehmen Empresa Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados (ENACAL) soll (teil-)privatisiert werden. Bereits 1998 war der Staatsbetrieb Instituto Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados (INAA) aufgeteilt worden in ENACAL, das die Infrastruktur betreut und eine Aufsichtsbehörde, die weiter-

hin den Namen INAA trägt. Nun ist als nächster Schritt in Richtung Privatisierung die Entflechtung der ländlichen und städtischen Unternehmensbereiche von ENACAL vorgesehen. Die autonomen ENACAL-Bereiche Matagalpa, Jinotega, Leon und Chinandega sollen einer privaten Verwaltung übergeben werden. In den SAPs ist festgeschrieben, dass die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die deutsche KfW, die sehr stark das Konzept der

Public-Private-Partnership vertritt, bei diesem Prozess »Unterstützung« liefern sollen. Ausserdem schreiben die SAPs eine Anhebung der Wassertarife um monatlich 1,5 Prozent vor, bis die laufenden Kosten von den Tarifen gedeckt werden.

Quelle: Internationaler Währungsfonds, Enhanced Structural Adjustment Facility, Economic Policy Framework Paper for 1999 - 2001, August 23, 1999

Private Public Partnership und Private Sector Participation

In den letzten Jahren hat sich bei Investitionsvorhaben der Schwerpunkt deutlich von staatlicher »Entwicklungshilfe« zu privater Finanzierung verschoben. Private Finanzierungsquellen übersteigen staatliche mittlerweile um das sechs- bis achtfache (1). Eine Beteiligung der Privatwirtschaft soll den Staat von Investitions- und Betriebskosten entlasten sowie erhöhten Technologietransfer, Effizienzsteigerung und eine bessere Kundenorientierung gewährleisten. Das Spektrum der möglichen Zusam-

menarbeit von öffentlichen und privaten Unternehmen ist breit: Es erstreckt sich von der Vergabe begrenzter Service- oder Management-Verträge an private Subunternehmen bis hin zur Vergabe langfristiger Konzessionsrechte. Während im ersten Fall die Verantwortung für Investitionen und den Ausbau der Infrastruktur beim Staat verbleibt, wird bei Letzterem auch dies in private Hand gelegt. Beim Modell des Build-Operate-Transfer (BOT) baut ein privates Unternehmen eine Infrastruktureinrichtung, erwirtschaftet durch

Benutzungsgebühren die Investitionssumme und den kalkulierten Gewinn und überschreibt danach die Einrichtung an den Staat.

Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vertritt Private Public Partnership wo immer möglich mit Nachdruck. Dabei ist ihr ein besonderes Anliegen, »dass vor allem ärmere Bevölkerungskreise von PPP-Lösungen profitieren« (1).

(1) Kreditanstalt für Wiederaufbau: Privatwirtschaftsförderung und Private Public Partnership, Frankfurt Okt. 2001, www.kfw.de

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Die 1948 im Rahmen des Marshall-Planes gegründete Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist die deutsche Förderbank. Bund (80 %) und Länder (20 %) halten Anteile an der KfW, die mit 246 Milliarden Euro Bilanzsumme (2001) zu den zehn größten Banken in Deutschland gehört. Der Jahresüberschuss betrug 2001 nach eigenen Angaben 207 Millionen Euro. Kapital und Rücklagen stiegen auf 7,4 Milliarden Euro an.

Der Förderauftrag der KfW erstreckt sich auf Maßnahmen, die im wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik liegen und ist im KfW-Gesetz festgeschrieben. Er zerfällt in mehrere Geschäftsbereiche: Neben der Förderung des Mittelstandes, Bau-, Wohn- und Energiesparprojekten, der Exportfinan-



Entwicklungszusammenarbeit?
»Ein Geschenk der Stadt Wuppertal«.

zierung und Refinanzierungen, ist die KfW auch in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in der »Entwicklungszusammenarbeit« involviert. Zum Einsatz kommen dabei sowohl Bundes-

mittel als auch Mittel, die auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommen werden. Im Jahr 2001 wurden von der KfW drei Milliarden Euro für die »Entwicklungszusammenarbeit« aufgewendet (Gesamtaufwendungen für Kredite, Zuschüsse, Avale und Verbriefung: 41,9 Milliarden Euro). Die KfW hilft mit, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) umzusetzen. Besonderes Anliegen ist der KfW dabei die Förderung des privaten Sektors. Ähnlich der Weltbank werden der KfW hinsichtlich des Erfolgs ihrer Projekte schlechte Noten ausgestellt: Sie musste zugeben, dass ein Drittel ihrer 1994 und 1995 abgeschlossenen Projekte nicht als erfolgreich bezeichnet werden können (taz vom 08.10.97).



»Entwicklungszusammenarbeit«:
GTZ-Büro in Managua

Vereinten Nationen eine kleine Quelle erworben. Seither wird von den Familien ein Aufforstungsprojekt im Wassereinzugsbereich der Quelle durchgeführt, um die Wasserqualität zu verbessern und die jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Wasserführung zu mindern.

Ein Problem könnte für das Projekt dann entstehen, wenn ein privater Investor Interesse an der Wasserversorgung von San Ramon bekundet. Ein selbstverwaltetes, öffentlich subventioniertes Wasserprojekt könnte von diesem in Sinne des GATS als »wettbewerbsverzerrend« bzw. »handels-hemmend« begriffen werden. Es bestünde die Gefahr, dass das selbstverwaltete Projekt von einem Handelsgesicht als illegal eingestuft und die Beteiligten zum kommerziellen Erwerb ihres Trinkwassers verpflichtet werden.

No a la privatización del agua!

Neben der oben beschriebenen regen Bautätigkeit an Wasserprojekten fallen in der Stadt Matagalpa aber auch die vielen Plakate des Red de Consumidores auf, mit denen unter dem Motto »No a la privatización del agua!« gegen Regierungspläne zur Privatisierung der Wasserversorgung mobilisiert wird. Das Red de Consumidores verweist gemein-

sam mit vielen anderen NGOs wie dem MCN und dem Centro Humboldt darauf, dass die Sanierungsmaßnahmen wie auch bei der Telekommunikationsgesellschaft Empresa Nicaragüense de Telefonos (ENITEL) und den Wasserkraftwerken der HIDROGESA (10) den Verkauf der staatlichen Trinkwasserversorgung an (zumeist ausländische) Konzerne nach sich ziehen werden. Mit der Übergabe der Administration der Wassernetze an Privatfirmen ist der erste Schritt in diese Richtung in manchen Städten bereits getan. Private Wasserversorger werden jedoch ihre Dienste allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausrichten und die Versorgungssituation der Bevölkerungsmehrheit wird sich dadurch weiter verschärfen.

Im Sommer 2002 konzentrierte sich die Kampagne auf den Widerstand gegen den Verkauf der staatlichen Wasserkraftwerke. Es ist gelungen, große Teile der Bevölkerung gegen die Privatisierungspolitik zu mobilisieren. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil sich gerade die unteren Gesellschaftsschichten bisher kaum von den Privatisierungen im Bereich der Grundversorgung betroffen wähten. So sind beim Strom beispielsweise viele Menschen in den armen Vierteln Managuas davon überzeugt, dass sich für sie durch eine Privatisierung nichts ändern werde, da sie keine dauerhafte Stromversorgung genießen beziehungsweise den Strom ohnehin illegal anzapfen. Ebenso erscheint es ihnen egal, ob eine Gesundheitsversorgung, die sich kein Mensch leisten kann, staatlich oder privat organisiert ist. Beim Wasser ist hingegen leichter vermittelbar, wie wichtig eine Garantie des Zugangs für alle ist. In den Argumentationsmustern wird immer wieder darauf verwiesen, dass Wasser »Quelle des Lebens« oder »Erbe der Menschheit« sei.

Die nicaraguanischen PrivatisierungsgegnerInnen führen die (Teil-)Erfolge der Kämpfe in Cochabamba (Bolivien) und Arequipa (Peru) immer wieder als mobilisierende Beispiele an (11). Nach Einschätzung der Ökologie-NGO La Cuculmeca aus Jinotega, die beim Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserkraftwerke eine wichtige Rolle spielt, hätte das politische Klima

grundsätzlich gegen jede Privatisierung verändert werden können, wäre das Wasser mit seinem hohen Symbolgehalt zu einem früheren Zeitpunkt angetastet worden. Die Überzeugung, dass Wasser ein öffentliches Gut ist, ist in Nicaragua weit verbreitet. Ein solches muss es auch bleiben!

(1) Kreditanstalt für Wiederaufbau: Die Förderung der Trinkwasserversorgung in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt, Aug. 2002, <http://www.kfw.de>

(2) Nationales Netz zur Verteidigung der Verbraucher, im Folgenden als Red de Consumidores bezeichnet, <http://www.nuevaradio.org/comsunica/>

(3) Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor, weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 17

(4) Klaus Lanz: Private Wasserspiele in Europa, in Mitbestimmung 04/2002, Hans-Böckler-Stiftung

(5) zit. Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor, weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 27

(6) Laut der konservativen nicaraguanischen Tageszeitung La Prensa vom 19.07.2002 haben folgende Konzerne bereits Interesse an der Wasserversorgung bekundet: Acea-Carlos Lotti & Associati de Ingegneria (Italien), Latin Aguas-Earth Tech (USA), Aguas de Valencia/Saur International, Générales des Eaux und Societé des Eaux de Marseille/Lyonnaise des Eaux (alle Frankreich). Mit Générales des Eaux/Vivendi, Suez/ Lyonnaise des Eaux/Ondeo und SAUR/Bouygues interessieren sich somit der größte, zweit- und viertgrößte private Wasserversorger der Welt (Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor, weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 16) für das Wasser Nicaraguas.

(7) Nach Angaben der guatemalteckischen Zeitung Prensa Libre vom 25.09.2002 führt Nicaragua die zentralamerikanischen Staaten in Bezug auf die Verbraucherpreise der Grundversorgung mit Abstand an, während es bei den Mindestlöhnen das Schlusslicht bildet (siehe Grafik).

(8) Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor, weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 27

(9) Bei der Verwendung der Begrifflichkeit »Zahlungsbereitschaft« handelt es sich angesichts der sozialen Situation in der Region Matagalpa, in der – unter anderem aufgrund der Kaffeekrise – im Sommer 2002 mehrere Dutzend Menschen verhungert sind, um blanken Zynismus seitens der KfW.

(10) siehe Artikel »See zu verschenken«

(11) In Cochabamba war im April 2000 nach tagelangem Ausnahmezustand der Staat gezwungen worden, die Privatisierung der Wasserversorgung entgegen den verordneten SAPs zurückzunehmen. In Arequipa konnte die geplante Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung ebenfalls nach militanten Auseinandersetzungen im Juni 2002 verhindert werden.

weiterführende Literatur zu Privatisierungen im Wassersektor:

Franz Garnreiter, Sonja Schmid: Ware Wasser, isw-report 53, München, Dez. 2002

Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor, weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001

ila 263, März 2003, Wasser GmbH & Co.

Privatisierung der Wasserkraftwerke HIDROGESA

See zu verschenken

Auf der Landkarte Nicaraguas nimmt sich der Lago de Apanás im Vergleich zu Nicaragua- und Managua-See recht bescheiden aus; auch wenn es sich immerhin um ein Gewässer von der Größe des Starnberger Sees handelt. Um so größer ist die Diskussion, die dieser See auslöst. Er soll zusammen mit zwei Wasserkraftwerken privatisiert werden. Der Widerstand gegen dieses Projekt konnte mit der Aussetzung der Privatisierung einen ersten wichtigen Erfolg erzielen. Bis zur Verabschiedung des nötigen Gesetzes zur Privatisierung des Wassers können nun ein Jahr lang Kräfte gesammelt und Strategien geschmiedet werden.

Der internationale Währungsfonds (IWF) fordert in seinen Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) unter anderem die Privatisierung der beiden Wasserkraftwerke Centroamérica unweit der Stadt Jinotega direkt am Apanás-Stausee und das Werk Santa Barbara an einem weiteren Stausee etwa fünfzig Kilometer flussabwärts des Río Viejo. Die Kraftwerke sind auch bekannt unter dem Namen der Betreibergesellschaft HIDROGESA. Sie haben eine elektrische Leistung von jeweils 50 Megawatt und liefern zusammen etwa neun Prozent der in Nicaragua produzierten Strommenge.

Dabei gäbe es zwei gute Gründe, die Anlagen nicht zu verkaufen: Erstens arbeiten die Anlagen profitabel. Zweitens wurden die beiden Kraftwerke während der letzten sechs Jahre für einen Betrag von rund 14 Millionen US-Dollar modernisiert. Diese Gelder wurden zum Großteil durch einen Zuschuss von Consude, einer Unterabteilung des Schweizer Entwicklungshilfeministeriums, und zu einem geringeren Teil aus Krediten der Interamerikanischen Entwicklungsbank und aus Eigenmitteln des nicaraguanischen Staates aufgebracht. Die Investitionen sollen einen sicheren und wartungsfreien Betrieb der Maschinen während der nächsten 15 Jahre garantieren. Mit anderen Worten: Erst wurden die Anlagen mit Entwicklungsgeldern saniert und auf den neuesten Stand gebracht, um dann verkauft

zu werden (1).

In dieses Bild passen auch die Konditionen des Kaufvertrags: Dem US-amerikanischen Energieunternehmen Coastal Power wurde der Zuschlag erteilt, die beiden Kraftwerke für 41 Millionen US-Dollar zu erwerben, und diese Summe auch noch innerhalb einer Laufzeit von fünf Jahren zu bezahlen. Der wahre Wert der HIDROGESA wird auf rund 200 Millionen US-Dollar geschätzt. Kein Wunder, dass der im Bieterverfahren unterlegene Konkur-



rent, das ebenfalls US-amerikanische Unternehmen ENRON Beschwerde einlegte.

Der Widerstand gegen den Verkauf der HIDROGESA hat sich erst spät formiert, obwohl die ersten Schritte zu ihrer Privatisierung bereits 1999 unternommen wurden und das Projekt für so viele Menschen negative Auswirkungen haben wird. Viele Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt am oder mit dem Lago de Apanás: Alles in Allem wären durch die Privatisierung rund 30.000 Menschen betroffen. Denn der See wird genutzt zum Fischfang, zum Bewässern der an den See grenzenden Felder oder als Transportweg. Zudem weist das betroffene Gebiet eine große Artenvielfalt auf, die erstens aus Umweltschutzgründen und zweitens im Interesse einer Entwicklung des Tourismus nicht gefährdet werden darf.

Die AnrainerInnen befürchten, nach einer Vergabe der exklusiven Nutzungsrechte des Wassers zur Energiegewinnung schwerste Beeinträchtigungen hinnehmen zu müssen. Schon jetzt sind Fälle bekannt, in denen Bauern die Entnahme von Wasser zu Bewässerungszwecken verboten und dieses Verbot auch durchgesetzt wurde. Wenn schon von Seiten des Staates derartige Praktiken durchgesetzt werden, dann wird ein Privatunternehmen kaum konzilianter sein. Es ist auch sehr leicht vorstellbar, dass die Fischer nach der Privatisierung beispielsweise eine Lizenz erwerben müssten, um weiterhin ihren Beruf ausüben zu können.

Doch nicht nur die Landwirtschaft entlang des Sees ist betroffen: Erstens ist auch der Río Viejo bis zum Standort des Kraftwerks Santa Barbara Vertragsgegenstand, welches sich im Tal von Sébaco befindet. Dieses Gebiet ist eines der wichtigsten Reis- und Gemüseanbaugebiete Nicaraguas, und auch dort wird Wasser aus dem Fluss entnommen, um die Felder zu bewässern. Sollte der Zugang zum Wasser verwehrt werden, könnte dies auch die Existenz

Internationaler Währungsfonds und Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD, »Weltbank«) wurden 1944 gegründet und haben mittlerweile jeweils 184 Mitgliedsstaaten. Die Aufgabenteilung der beiden Schwesterorganisationen gestaltet sich folgendermaßen: Der IWF verordnet die so genannten Struktur-anpassungsprogramme (SAPs), die helfen sollen, die Währungen stark verschuldeter Staaten zu stabilisieren, diesen Staaten zur Schuldendienstfähigkeit zurück zu verhelfen sowie ihre Wirtschaft neoliberal umzugestalten. Die IBRD vergibt Kredite zur Finanzierung großer »Entwicklungs«-Projekte. Diese sind auf eine in ökonomischen Kennzahlen messbare kapitalistische Entwicklung ausgelegt und haben häufig verheerende soziale und ökologische Auswirkungen. Besonders kritisiert wurden oft Staudammprojekte der Weltbank. Mit der IBRD bilden zwei weitere Banken die so genannte »Weltbankgruppe«: Die 1956 gegründete International Finance Corporation (IFC) ist zuständig für die Förderung des Privatsektors. Die International Development Association (IDA, gegründet 1960)



Straßenbauprojekt der Weltbank in San Dionisio

soll an die ärmsten Weltbank-Mitgliedsstaaten langfristige, unverzinsten Kredite für Projekte mit »höchster Entwicklungspriorität« vergeben. Das Stimmrecht und das Kreditzieh-

ungsrecht bei IWF und Weltbank ist etwa den Einzahlungen der Mitgliedsstaaten proportional. Die Industrieländer haben daher zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen.

Strukturanpassungsprogramme

Als Strukturanpassungsprogramme (SAPs) – mittlerweile auch moderner und euphemistisch als Armutsbekämpfungsmaßnahmen (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF) bezeichnet – werden die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Maßnahmen bezeichnet, mit denen vor allem die Ökonomie hochverschuldeter Staaten neoliberal umgestaltet werden soll. Ziele sind dabei die Stabilisierung der Währung, das Sichern beziehungsweise Wiedererreichen der Schuldendienstfähigkeit und die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Anforderungen des Weltmarkts. Die Erfüllung der SAPs ist eine wesentliche Zugangsvoraussetzung zu weiteren Krediten der Weltbank, von anderen »Entwicklungsbanken« oder auf dem privaten Kapitalmarkt.

Als Hauptbestandteile der SAPs werden Schuldnerstaaten folgende Maßnahmen verordnet, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln und Devisen einbringen sollen:

- Abwertung der Währung und Einschränkung der Geldmenge
- Setzen auf exportorientierte Industrialisierung
- Liberalisierung der Märkte für den internationalen Handel und für ausländisches Kapital
- Abschaffung von Preiskontrollen und Subventionen
- Senkung von Steuern
- Reduzierung der staatlichen Ausgaben (vor allem für soziale Absicherung und Bildung)
- drastische Senkung der Zahl der

- Staatsbediensteten und ihrer Bezüge
- Privatisierung des öffentlichen Sektors
- Deregulierung vor allem bei den Arbeitsbedingungen und den Löhnen
- Zulassung und Durchführung bevölkerungspolitischer Maßnahmen

Vor allem die Abschaffung von staatlichen Subventionen, die Reduzierung der Staatsausgaben und Privatisierungen ziehen verheerende soziale Auswirkungen nach sich. Dass die Maßgaben der SAPs auch bei ihrer strikten Befolgung nicht zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation der Schuldnerstaaten, geschweige denn zu einer Zunahme des allgemeinen Wohlstands führen, zeigt am eindrucksvollsten das Beispiel Argentiniens, das jahrelang als »Musterschüler« des IWF galt.



Die Interamerikanische Entwicklungsbank finanzierte neben andern die Modernisierung der für Nicaraguas Stromversorgung wichtigen HIDROGESA-Wasserkraftwerke.

der dortigen Bauern gefährden. Zweitens spielt der Lago de Apanás mit seinen Zu- und Abflüssen im Ökosystem der Region eine wichtige Rolle. Die Auswirkungen einer Erhöhung der Stromproduktion für den Grundwasserspiegel sind nicht absehbar, und auch die Trinkwasserversorgung von Jinotega könnte betroffen sein.

Heimlich, still und leise

Bereits im August 1999 hatte der Internationale Währungsfonds festgelegt, dass die Privatisierung unter anderem der HIDROGESA als Teil des Energieunternehmens ENEL eine Voraussetzung für die Aufnahme Nicaraguas in die Initiative hochverschuldeter armer Länder (HIPC-Initiative) sei (2). Zwei Erlasse von Präsident Alemán aus demselben Jahr regelten die Bildung und Zusammensetzung des Privatisierungskomitees. Die Ministerverordnung 001-AGUAS-2001 sicherte dann im August 2001 einem potenziellen Erwerber neben den Wasserkraftwerken die Konzession zur »exklusiven Nutzung aller Bäche, Flüsse und sonstigen Gewässer«, die bislang zur Konzession der HIDROGESA gehören. Im Zuge einer internationalen Ausschreibung gingen zwei Bewerbungen von US-amerikanischen Energiekonzernen ein; den Zuschlag erhielt das Unternehmen Coastal Power. Die Betroffenen erfuhren erst Mitte des Jahres

2002 davon.

Ein breites Bündnis

Ab diesem Zeitpunkt formierte sich Widerstand von verschiedener Seite: Auf Einladung der NGO La Cuculmeca aus Jinotega kamen im August 2002 VertreterInnen der indigenen Gemeinde, StadträtInnen von Jinotega, Darío und Sébaco, LandwirtInnen und FischerInnen, VertreterInnen der Handelskammer, Gewerbetreibende sowie GewerkschafterInnen zusammen. Dieses beeindruckend breite Bündnis beschloss nach einem Wochenende intensiver Diskussionen, zweigleisig vorzugehen: Als Erstes und Wichtigstes wurde eine komplette Ablehnung der Privatisierung formuliert, als Zweites wurden Bedingungen und Forderungen für den (leider wahrscheinlichen) Fall ausgearbeitet, dass die Privatisierung nicht vollkommen gestoppt werden kann. Die Argumente gegen eine Privatisierung wurden in einem Papier zusammengefasst und dem Parlament sowie dem Petitionsausschuss des Parlaments CGR (3) zugestellt. Die Hauptargumentationslinie verläuft entlang des Slogans »Wasser ist Leben!«. Es wird verwiesen auf die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte wie das Recht auf Leben, auf Sicherheit, auf Zugang zu Trinkwasser, auf Leben in einer gesunden Umwelt und auf Anhebung des Lebensstan-

dards. Der Verkauf der Ressource Wasser an ein privates Unternehmen zum Zwecke der gewinnorientierten Ausbeutung gefährde diese. Zudem seien Wasser und Quellen Teil des nationalen Erbes und öffentlicher Besitz und gehörten somit Allen. Die indigene Gemeinde von Jinotega verweist nachdrücklich darauf, dass der Lago de Apanás sich auf ihrem Grund und Boden befinde. In den sechziger Jahren wurde Land der indigenen Gemeinde geflutet, die Menschen wurden vertrieben und umgesiedelt. Die Gemeinde beruft sich darauf, dass die seinerzeit erhaltene minimale Entschädigung nur eine Kompensation für die verlorenen Häuser gewesen sei; die eigentlichen Landtitel aus dem 17. Jahrhundert seien aber nach wie vor in ihrem Besitz der indigenen Gemeinde. Daher könne der nicaraguanische Staat auch nicht einen See verkaufen, der ihm überhaupt nicht gehöre. Unglücklicherweise waren die alten Dokumente im Sommer 2002 noch stark beschädigt und müssen erst restauriert werden, bevor die indigene Gemeinde ihre Eigentumsrechte zweifelsfrei geltend machen kann. Zudem gehört auch das Land rings um den Stausee der indigenen Gemeinde. Tausende Indígenas wären betroffen, und die Privatisierung der HIDROGESA kann nur als ein weiterer Schritt in der Zerstörung der indigenen Gemeinden gewertet werden. Die Stadt Jinotega wehrt sich dagegen,



Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung: »Wasser ist leben. Das Leben privatisiert man nicht.«

dass ihre gesetzlich garantierten Rechte verletzt wurden. Das Privatisierungsverfahren sei ein Eingriff in die Autonomie der Stadt Jinotega. Während des gesamten Privatisierungsverfahrens wurde sie weder zur Mitarbeit aufgefordert noch gehört – und das, obwohl durch den Verkauf der HIDROGESA die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Jinotega verschlechtert und die wirtschaftliche Entwicklung behindert wird. Damit nicht genug, wurde auch keine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt, obwohl der Lago de Apanás als Feuchtbiotop den Rang eines Schutzgebietes genießt und dies bei einem Projekt diesen Ausmaßes unerlässlich wäre (4).

Ein Teilerfolg

Letztendlich gestoppt wurden der Verkauf der HIDROGESA und die Konzessionerteilung wegen ökologischer und verfassungsrechtlicher Bedenken sowie wegen grober Verfahrensfehlern. Der Petitionsausschuss erklärte 24 Stunden nach Eingang der Eingaben im August 2002 die bereits abgeschlossene Ausschreibung für »null und nichtig« und verwies sie zurück an das Privatisierungskomitee. Jenes verwies darauf, dass lediglich eine »Fehlinterpretation« des Vertrages vorliege und die »exklusiven Wasserrechte« keine Auswirkung auf den Zugang der Bevölkerung hätten.

Wenige Tage später brachten fünf

Parlamentarier einen Gesetzesentwurf ein, die Privatisierung des Wassers auszusetzen, und zwar mit der Begründung, dass eine Privatisierung der Grundversorgung durch besonderes Gesetz geregelt sein müsse. Die Privatisierung des Energiesektors erfolge auf Grundlage des »Gesetzes zur elektrischen Industrie« (*Ley de la Industria Eléctrica*); die Privatisierung von HIDROGESA greife aber so stark in den Bereich »Wasser« über, dass Wasserkraftwerke nicht ohne ein »Allgemeines Gesetz zur Nutzung des Wassers« verkauft werden dürften.

Ende August 2002 verabschiedete die Asamblea Nacional einstimmig ein Gesetz zur Aussetzung der Privatisierung sowohl der Wasserversorgung verschiedener Städte als auch der Nutzung des Lago de Apanás, und zwar so lange, bis ein besonderes Wassergesetz verabschiedet sei, das die Privatisierung regelt.

Ein derartiges Gesetz wird in etwa einem Jahr zu erwarten sein. Diese Zeit wollen die Gruppen, die gegen die Privatisierung der HIDROGESA kämpfen, dazu nutzen, Einfluss auf das auszuarbeitende Gesetz zu nehmen und bei der Privatisierung möglichst viele ihrer Forderungen durchzubringen. Dazu gehören hauptsächlich Regelungen zur Kompensation der negativen Auswirkungen, beispielsweise die vertragliche Regelung des Zugangs zum Wasser oder die Verwendung eines Teils

der Gewinne für die Naturschutzgebiete.

Der bisherige Mobilisierungserfolg gibt zu Hoffnungen Anlass, dass der Kampf gegen die Privatisierung des Lago de Apanás schwungvoll und offensiv geführt werden kann und den Charakter eines reinen Abwehrkampfes übersteigt. Dies ist auch bitter nötig, denn der IWF ist keineswegs bereit, auf die Erfüllung seiner Forderung zu verzichten oder zumindest zu warten: Im Dezember 2002 wurde die Vergabe eines weiteren Kredites von Seiten des IWF explizit an die Bedingung geknüpft, dass die Privatisierung der HIDROGESA umgesetzt werden müsse (5).

(1) Ein derartiges Vorgehen lässt sich auch bei der Privatisierung des Wassernetzes von Matagalpa beobachten; siehe Artikel »Hochzeit von Kana«

(2) »HIPC Preliminary Document on the Initiative for the Heavily Indebted Poor Countries (HIPC Initiative)«, IWF vom 23. August 1999; www.imf.org/external/country/nic/

(3) Die Contraloría General de la República entspricht in etwa dem deutschen Petitionsausschuss, hat jedoch weitreichendere Befugnisse.

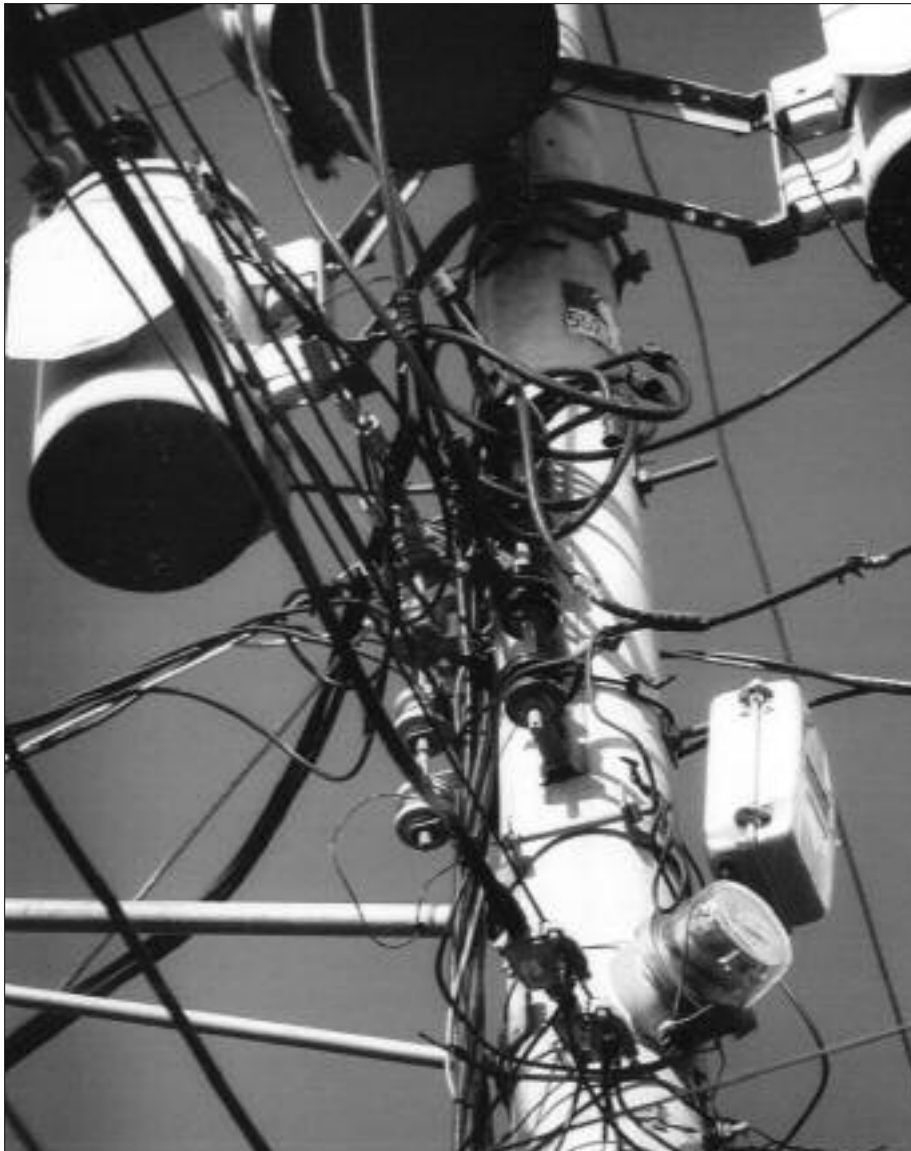
(4) Der Lago de Apanás ist in die Liste der Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung gemäß dem RAMSAR-Abkommen aufgenommen. Dieses Abkommen sieht für die aufgenommenen Feuchtgebiete unter anderem die Ausweisung von Schutzgebieten und eine »wohlausgewogene Nutzung« vor (www.ramsar.org).

(5) »Inter Press Service«, 10. Dezember 2002

Die Privatisierung der Stromverteilung und ihre Folgen

Vom Staats- zum Privatmonopol

Es gibt wieder Stromabschaltungen in Nicaragua. Allerdings nicht, weil die Kraftwerke zu wenig Strom liefern würden. Betroffen sind jene NicaraguanerInnen, die ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können. Das inzwischen privatisierte Energieunternehmen trennt sie konsequent vom Stromnetz. In einem der ärmsten Länder der Welt hat die Privatisierung der Energieversorgung die Stromkosten in die Höhe getrieben. Für viele nicaraguanischen Familien ist elektrische Energie ein Luxus.



»Der Vertrag ist eine gute Nachricht für die Wirtschaft und die Stromkunden in Nicaragua. Sie können nun einen besseren und zuverlässigeren Service erwarten«, kommentierte im Jahr 2000 die US-amerikanische Botschaft in Managua den Verkauf der staatlichen Stromverteilung an den spanischen Energie- und Telekommunikationskonzern Union Fenosa. Zwei Jahre später sieht die Wirklichkeit anders aus. »Viele Menschen können sich Strom nicht mehr leisten«, sagt Clemente Martínez von der Nichtregierungsorganisation Centro Humboldt. Nicaragua hat heute mit elf US-Cent pro Kilowattstunde die teuersten Stromtarife in ganz Zentralamerika (1).

Gleichzeitig sind das durchschnittliche Einkommen und die Mindestlöhne der NicaraguanerInnen die niedrigsten im Vergleich mit den Nachbarländern. Nicaraguanische Familien müssen inzwischen den Hauptteil ihrer Monateinkünfte für Strom ausgeben – wenn sie denn an ein Stromnetz angeschlossen sind. Über die Hälfte der fünf Millionen EinwohnerInnen sind es laut einem für das Jahr 2000 veröffentlichten Bericht der nationalen Energiekommission nicht. Während in den Städten 40 Prozent keinen Zugang zu elektrischer Energie haben, sind es auf dem Land sogar über 80 Prozent.

Diese Mangel-Situation hatte das staatliche Energieunternehmen Empresa Nicaragüense de Electricidad (ENEL) im Vorfeld seiner Privatisierung hervorgehoben, um so möglichen Investoren das potenzielle Wachstum des nicaraguanischen Strommarktes vor Augen zu führen. Dennoch fand sich mit Union Fenosa lediglich ein einziger Bieter für die beiden Stromverteilungsfirmen DISNORTE und DISSUR.

Kaum Kaufinteresse für Staatsunternehmen

1999 hatte der damalige Präsident Arnoldo Alemán zur Vorbereitung der anstehenden Privatisierung das Staatsunternehmen ENEL in diese beiden Firmen sowie die drei Stromerzeugungsfirmen GECSA, GEOSA und HIDROGESA aufgeteilt (2). Sie alle standen Anfang 2000 zum Verkauf, während die Hochspannungsnetze

weiterhin im Besitz des nicaraguanischen Staates bleiben sollten. Die Privatisierung von ENEL war eine Voraussetzung für die Zusage weiterer internationaler Finanzhilfen im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Für GECSA und GEOSA, die hauptsächlich mit Ölkraftwerken Strom produzieren, fanden sich bis heute keine ernsthaften Interessenten. Im Oktober 2001 schlug bereits der dritte Versuch fehl, diese nicaraguanischen Stromerzeuger zu privatisieren. Nicht ein einziges Angebot traf bei Carlos Morice ein. Der Präsident der Regierungskommission für die Privatisierung von ENEL konnte seine Überraschung darüber kaum verbergen. Schließlich seien die Bedingungen des nicaraguanischen Angebots für Anleger äußerst vorteilhaft gewesen. Die Investoren hätten nur die Hälfte ihres Gebots sofort bezahlen müssen. Für den Rest wären ihnen weitere fünf Jahre Zeit geblieben. Nur das zuvor mit internationalen Geldern modernisierte Wasserkraftunternehmen HIDROGESA ging zu einem Spottpreis an den US-amerikanischen Konzern Coastal Power (siehe Artikel »See zu verschenken«). Auch Union Fenosa (Leitspruch: *«Una pequeña ayuda para un mundo casi perfecto» - Eine kleine Hilfe für eine fast perfekte Welt*) hat ein gutes Geschäft gemacht. Angesichts fehlender Konkurrenz konnte es sich das Unternehmen leisten, mit 115 Millionen US-Dollar nur knapp über das geforderte Mindestgebot für die 95-prozentige Beteiligung an DISNORTE und DISSUR zu gehen. Und damit weit unter dem von ENEL-Chef Edgar Quintana geschätzten Wert von 500 Millionen US-Dollar zu bleiben. Ursprünglich war geplant, die beiden Unternehmen an verschiedene Interessenten zu verkaufen. So sollte eine gewisse Konkurrenzsituation für mehr Wettbewerb sorgen. Selena Lopez Montoya von der nicaraguanischen Verbraucherorganisation Red Nacional de Defensa de los Consumidores kritisierte deshalb auch den Verkauf an lediglich einen internationalen Konzern, vor allem aber, dass dies »unter verdeckten Bedingungen« geschehen sei. Sie beklagt starke Rechtsbrüche wegen

nicht einsehbarer Verträge zwischen Regierung und Konzern.

Weltweiter Kundenkauf

Die nicaraguanischen Stromfirmen sind nur zwei von insgesamt über 20 Firmen, die Union Fenosa seit 1995 auf seiner internationalen Einkaufstour vor allem in Mittel- und Südamerika übernommen hat. Außerdem investierte der spanische Konzern in Ägypten, Kenia, Moldawien und auf den Philippinen. Mit den inzwischen 5,2 Millionen internationalen Kunden – davon die Hälfte in Mittelamerika, in Spanien kommen noch einmal drei Millionen hinzu – erwirtschaftet der Konzern mittlerweile 40 Prozent seines Umsatzes. Bis heute hat er etwa 2,3 Milliarden US-Dollar in seine weltweiten Beteiligungen investiert und damit an Konzerngröße gegenüber seiner Konkurrenz im eigenen Land gewaltig aufgeholt (3). Das vergleichsweise kleine Stromverteilungsnetz in Nicaragua dürfte Union Fenosa nicht wegen der Aussicht auf einen üppigen Profit gekauft haben. Die Investition ist vielmehr als ein strategischer Schritt seiner weltweiten Expansion zu verstehen.

Drastisch gestiegene Stromtarife schon vor der Privatisierung

Während die VerbraucherInnen im Industrieland Deutschland bei der Liberalisierung des Strommarktes zunächst von Preissenkungen profitierten (4), sahen sich die NicaraguanerInnen bereits vor der Privatisierung von ENEL mit massiv gestiegenen Strompreisen konfrontiert. In den zwei Jahren vor der Privatisierung hatte das Staatsunternehmen die Stromtarife zunächst verdoppelt, später sogar verdreifacht. ENEL wollte sich damit als reifen und lebensfähigen Betrieb präsentieren. Die Situation verschärfte sich mit dem Kauf der Stromverteilung durch Union Fenosa. Das Unternehmen erhöhte die Strompreise nochmals. Ruth Herrera, Sprecherin des Red de Consumidores, bezeichnet die Strompreiserhöhungen als illegal. Laut einer Vereinbarung zwischen Union Fenosa und dem nicaraguanischen Staat seien keine Tarifierhöhungen innerhalb der ersten fünf

Jahre erlaubt. Zudem berechnet Union Fenosa seine Tarife nun teilweise in US-Dollar. Da sich der Wechselkurs seit Jahren beständig verschlechtert, bedeutet das laut Carlos Ruiz von der nicaraguanischen Basisorganisation Movimiento Comunal in Matagalpa (MCN) einen weiteren Anstieg der Tarife um monatlich 0,5 Prozent.

Arbeiter der Union Fenosa trennen inzwischen oft unter dem Schutz der Staatsgewalt all jene vom Stromnetz, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Von den »Stromtrennungen« betroffen sind KundInnen, die auch nur den geringsten Zahlungsrückstand aufweisen. Viele Familien schließen sich daraufhin illegal wieder an. Unterstützt wurden sie dabei 1999 von so genannten »Selbstverteidigungsbrigaden der Bevölkerung«. Organisiert vom MCN handelt es sich dabei vielfach um ehemalige ENEL-Angestellte, die während der Privatisierung entlassen wurden, und somit über die nötige Ausbildung verfügten, die Neuanschlüsse fachmännisch durchzuführen.

Monopolstil eines internationalen Konzerns

Die höheren Strompreise haben weitreichende Folgen für die gesamte nicaraguanische Wirtschaft. Die meisten Industrieprodukte und die Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft sind teurer geworden, ebenso der Betrieb von Kühlschränken beispielsweise in kleinen Läden. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Bohnen und Speiseöl haben laut Ruth Herrera inzwischen Rekordhöhen erreicht und kosten vielfach mehr als in den USA (5). Damit nicht genug: Mit den höheren Stromtarifen steigen die Wasserkosten, denn die Pumpen zur Wasserversorgung benötigen für ihren Betrieb elektrische Energie. Das staatliche Wasserversorgungsunternehmen Empresa Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados (ENACAL) verbraucht mehr als zehn Prozent des gesamten nicaraguanischen Stromaufkommens. Mit einer Stromrechnung von monatlich einer Million US-Dollar ist ENACAL ein Großkunde Union Fenosas. Im September 2001 ermahnte Union Fenosa den Staats-

betrieb, seine Schulden in Höhe von vier Millionen US-Dollar zu zahlen. Andernfalls werde man den Strom für die Pumpen und so die Wasserversorgung des Landes abstellen. ENACAL-Chef Roger Solorzano beklagte daraufhin den »Monopolstil« des Energieversorgers. Union Fenosa hindere sein Unternehmen daran, billigere elektrische Energie von den Stromerzeugern direkt zu beziehen und damit »den Steuerzahlern viel Geld zu sparen«. Der Konflikt schwelte weiter. Im Juni 2002 schließlich trennte Union Fenosa eine der wichtigsten Pumpstationen Managuas für einige Tage vom Stromnetz. Vor allem in den ärmsten Vierteln hatten danach 200.000 Menschen, ein Sechstel der Hauptstadt-BewohnerInnen, für mehrere Tage kein Wasser mehr. Nach einer Anhörung im Oktober 2002 hat der Oberste Gerichtshof schließlich entschieden, dass die Aufsichtsbehörde Instituto Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados (INAA) bis 2005 keine Erhöhung des Wasserpreises mehr genehmigen und ENACAL seinen Strom direkt von den Erzeugern beziehen darf.

Gewinn mit falschen Stromrechnungen

Zurückhaltender ist Union Fenosa, wenn es um Investitionen in das Verteilernetz geht. »Die gibt es nur für Neuan-siedlungen von Industrie oder Maquilas«, berichtet ein MCN-Aktivist aus San Dionisio. In Las Cuchillas, einem Dorf in der Nähe Matagalpas, liefert der spanische Konzern dagegen keinen Strom mehr, weil sich die Reparatur eines defekten Traföhäuschens angeblich nicht lohnt.

Der Kampf nicaraguanischer Nicht-regierungsorganisationen wie Red de Consumidores oder Movimiento Comunal richtet sich auch gegen falsche oder überhöhte Stromrechnungen von Union Fenosa. Dabei kann das Red de Consumidores schon einen Erfolg vor Gericht gegen eine Monatsrechnung von über 100 US-Dollar für eine ärmere Familie vorweisen.

Clemente Martinez vom Centro Humboldt kritisiert vor allem, dass der rechtliche Rahmen für die Privatisierung noch immer unklar sei. Die Tarife

seien willkürlich festgelegt. Außerdem bemängelt er, dass die Stromkosten der Krankenhäuser, Universitäten und Schulen, für die eigentlich der nicaraguanische Staat aufkommen müsste, auf die Bevölkerung umgelegt würden. In San Dionisio bei Matagalpa fanden die BewohnerInnen sogar die Stromkosten für eine Straßenbeleuchtung auf ihrer Rechnung, die es dort gar nicht gibt.

Nicaraguanische Erdölquellen

Ende der neunziger Jahre gab es in Nicaragua kaum noch Stromausfälle oder -rationierungen. Die Versorgungssituation verbessert haben auch zwei mit US-amerikanischer Unterstützung gebaute Ölkraftwerke. Allerdings erhöhten sie die ohnehin große Abhängigkeit Nicaraguas von Erdölimporten. So stieg der Anteil des in Ölkraftwerken produzierten Stroms zwischen 1991 und 2000 von 34 auf 81 Prozent. Im Jahr 2000 betragen die Ausgaben für den Import von Öl 184 Millionen US-Dollar und damit immerhin elf Prozent der gesamten Staatsaufwendungen.

Produzierten vor zehn Jahren Geothermie- und Wasserkraftanlagen noch zu je einem Drittel den Strom Nicaraguas, waren es zur Jahrtausendwende nur noch sechs beziehungsweise neun Prozent. Dabei beläuft sich allein das Potenzial an Erdwärme für das Vulkanland Nicaragua auf 4.000 Megawatt – sechsmal mehr als die derzeitige Leistung aller nicaraguanischen Kraftwerke zusammen. Hinzu kommt ein ebenso großes Potenzial an Wasserkraft. Nicht zu unterschätzen sind auch die Möglichkeiten der Wind- und Sonnenenergienutzung.

Martinez fordert deshalb eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien durch den Staat. Allerdings hat dieser vor kurzem ein Gesetz erlassen, das die Marktsituation für alternative Stromerzeuger erschwert. Es befreit Öleinkäufe für die Stromerzeugung von der Steuer. Die Interamerikanische Entwicklungsbank drohte im Juni 2002 sogar, der Regierung bereits bewilligte Kredite wieder zu entziehen, wenn sie einer spanischen Windenergie-Gesellschaft Zugang zum nicaraguanischen Versorgungsnetz verschaffen sollte, so lange die Privatisierung von ENEL noch laufe. Das Augen-

merk der nicaraguanischen Regierung richtet sich vor allem auf die Ausbeutung eigener Erdöl- und Erdgasquellen. Mehrere Gutachten beschreiben dem Land viel versprechende Vorkommen vor seinen beiden Küsten. Inzwischen hat Präsident Enrique Bolaños vier Ölkonsortien die Erlaubnis erteilt, die Vorkommen weiter zu erkunden. Welcher Konzern in welchen Gebieten die Rohstoffquellen ausbeuten darf, darüber will die Regierung nach einem internationalen Bieterverfahren entscheiden. Die nächste Privatisierungsrunde steht bevor.

(1) Zum Vergleich: Das Preisniveau in Deutschland ist mit durchschnittlichen Stromtarifen von 15 Eurocents pro Kilowattstunde nur geringfügig höher als in Nicaragua.

(2) Das nicaraguanische Gesetz zur Liberalisierung des Energiemarktes erlaubt den freien Import und Export von Strom. Außerdem befreit es Unternehmen von der Steuer auf importierte Maschinen und Einrichtungen, die zur Stromerzeugung genutzt werden, sowie für die in der Stromproduktion benötigten Rohstoffe.

(3) Im Vergleich zu den deutschen Top-Einkäufern RWE und E.ON nimmt sich das Unternehmen aber immer noch klein aus. Diese gaben allein in den Jahren 1998 bis 2001 17 beziehungsweise zehn Milliarden US-Dollar für Beteiligungen und Übernahmen vornehmlich in Mittel- und Osteuropa aus.

(4) Die Preissenkungen lassen sich im nachhinein als Mittel zur Marktberreinigung verstehen. Trotz Liberalisierung herrscht heute in Deutschland eine Energie-Oligopol. Die Marktkonzentration hat dramatisch zugenommen. So fusionierten die großen Verbundunternehmen VIAG und VEBA zu E.ON. RWE ging mit VEW zusammen. Alle wichtigen Regionalversorger sind inzwischen im Besitz der großen Verbundunternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe. 92 Prozent der deutschen Stromerzeugungskapazitäten befinden sich in den Händen der vier Konzerne und ihrer Beteiligungen (RWE 40 %, E.ON 28 %, EnBW 16 %, Vattenfall Europe 8 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Besitzverhältnissen für die Stromnetze. Sie gehören zu 43 Prozent RWE und E.ON. Da die Preisgestaltung für die Nutzung der Stromleitungen in Deutschland nicht gesetzlich geregelt ist, sondern den Unternehmen über eine Verbändevereinbarung selbst überlassen bleibt, können die Großkonzerne Wettbewerber über hohe Nutzungsentgelte aus dem Markt drängen. Ausländische Investoren haben sich wegen fehlender Aussichten auf faire Marktchancen bereits aus dem deutschen Energiemarkt zurückgezogen. Währenddessen nutzten die deutschen Konzerne ihre gefestigte Marktposition zu Beginn des Jahres für Strompreiserhöhungen.

(5) Hinzu kommt, dass die US-Regierung die Agrarproduktion im eigenen Land kräftig subventioniert.

NGOs: Gegner des herrschenden Wirtschaftsmodells oder Mittel zu seiner Durchsetzung

Die Refeudalisierung der Politik

In Nicaragua, wie auch in vielen anderen Ländern des Trikonts, übernehmen und übernehmen NGOs Aufgaben, die vormals als klassische Staatsaufgaben definiert wurden (1): Gesundheitsversorgung, Bildung, Sozialarbeit, Vergabe von Kleinkrediten. Übernehmen nun NGOs nur die Aufgaben, die der Staat, die Gesellschaft sowieso nicht mehr erledigen (würden) oder sind sie ein Katalysator für den Prozess des staatlichen Rückzugs von diesen Aufgaben und funktionieren gleichzeitig als Weichspüler dieser Politik? Helfen NGOs also mit, diese zu legitimieren und die neoliberale Ideologie in den Köpfen der Menschen zu verankern? Und warum findet eine Metropolen-Linke so viel Gefallen an den NGOs?

Nach der Niederlage der SandinistInnen 1990 fanden sich viele Staatsangestellte und Beamte (LehrerInnen, ÄrztInnen, MinisterInnen,) auf der Straße wieder. Die konservative Regierung unter Violeta Chamorro räumte auf mit fortschrittlichen Bildungsansätzen (siehe Artikel »Educación no es popular«), mit dem Erhalt flächendeckender und kostenloser Gesundheitsvorsorge, dem Ausbau der Wasser- und Stromversorgung ... Einige der »Freigesetzten« machten ihre bisherige Arbeit in Eigenregie weiter und gründeten Organisationen, um eine formale Struktur zu haben und damit auch Unterstützung für ihre Arbeit aus dem Ausland zu erlangen.

Nicaragua ist heute das Land mit der größten NGO-Dichte – es existiert sogar eigens ein NGO-Handbuch mit mehreren hundert Eintragungen. Die Transferleistungen, die über NGOs abgewickelt wurden, lagen in der Zeit nach dem Hurrikan Mitch (1998) bei dreistelligen Millionenbeträgen. Im Bildungsbereich stehen den 32.000 LehrerInnen an öffentlichen Schulen mittlerweile über 4.000 Beschäftigte in Bildungs-NGOs gegenüber (2). Vor allem der Erwachsenenbildungsbereich ist Domäne der NGOs.

Darüber hinaus spielen diese eine herausragende Rolle bei der medizinischen Versorgung in marginalisierten Regionen, bei Umweltschutzprojekten,



Wandparole in Managua: »Demokratie ist in einer Klassengesellschaft nicht möglich«

in der Überwachung der Menschenrechte etc. Wie die soziale Realität in Nicaragua aussähe, wenn private Organisationen den Rückzug des Staates aus dem Sozialbereich nicht abfedern würden, ist nicht schwer zu erahnen.

Es ist also unbestreitbar, dass die praktische Projektarbeit vieler NGOs den Begünstigten tatsächliche Verbesserungen bringt und damit einhergehend Freiräume schafft, sich mit mehr und anderem beschäftigen zu können, als

mit dem täglichen Überlebenskampf. Es ist nicht die praktische Arbeit von NGOs, die hier einer Kritik unterzogen werden soll. Es ist vielmehr die Frage, ob mit der Politik, die ein »NGO-Wesen« mit sich bringt, tatsächlich – wie von manchen ihrer ProtagonistInnen behauptet – an den grundlegenden Verhältnissen gerüttelt werden kann. Oder ob es nicht in Struktur und gesellschaftlicher Funktion von NGOs selbst begründet ist, dass sie als Trägerinnen gesellschaftlicher Emanzipation

Was verstehen wir eigentlich unter »NGO«?

NGO ist ein Begriff, der ein Gewirr von Fremd- und Selbstzuschreibungen enthält; der es erlaubt, alles, von Gewerkschaften über Automobilclubs bis hin zu Unternehmensverbänden, zu umfassen. Das Negativ-Merkmal »Nicht-Regierung« reicht nicht aus, um mit dem Begriff eine genügende Trennschärfe zu erreichen, von welchen Organisationen eigentlich die Rede ist. Wenn wir also von NGOs sprechen, unterliegen diese den folgenden Kriterien:

- Nicht-Gewinn-Orientierung

- stellvertretende Interessenswahrnehmung
- formelle organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit von Staatsapparaten und Unternehmen
- organisatorische Dauerhaftigkeit
- Professionalisierung und damit Verfügung über bezahlte Arbeitskraft

Ob sich die Organisationen direkt in der Projektarbeit engagieren oder ob sie sich eher in der Meinungsbildung- und Lobbyarbeit betätigen, ob sie intern demokratisch verfasst sind und über einen hohen Mitgliederbestand verfügen

oder nicht, spielt hierbei keine Rolle. Es kommt jedoch durchaus vor, dass Organisationen in einzelnen Bereichen als NGOs funktionieren und in anderen eher den Kriterien von sozialen Bewegungen entsprechen. Als Beispiel sei hier das Movimiento Comunal Nicaragüense genannt, dessen Arbeit in den ländlichen Gemeinden weder über bezahlte Arbeitskraft verfügt geschweige denn eine »stellvertretende Interessenswahrnehmung« darstellt. Die Arbeit in den »Zentralen« des Movimiento Comunal unterliegt jedoch den oben genannten NGO-Kriterien.

kaum taugen. Zudem ist sehr zu hinterfragen, ob und wie die den NGOs umstandslos zugewiesenen Attribute demokratisch, basisnah oder effizient tatsächlich charakteristisch für ihre Arbeit sind.

NGOs – die legitimen Vertreter von wem?

Es ist durchaus legitim, dass sich Menschen zusammenschließen, sich Gedanken über die Gesellschaft machen, daraus Forderungen ableiten und diese dem Rest der Gesellschaft kundtun. Soweit ist jede Äußerung, jede Forderung von egal welcher NGO, welchem Automobilclub oder Unternehmerverband etc. »legitim«. Sind NGOs deswegen aber »demokratisch«? Ein Problem liegt darin, dass die Vertretenen oftmals gar nicht wissen, dass sie auf internationalen Konferenzen etc. »vertreten« werden und wenn sie es wissen sollten, haben sie keinen Einfluss auf die vertretenen Positionen, da NGO-FunktionärInnen nicht von ihnen gewählt werden. Dieses Handeln liegt jedoch im Politikverständnis der NGO-Gemeinde selbst begründet. Die durchweg positive Bezugnahme auf die Zivilgesellschaft (siehe Kasten), die damit implizit akzeptierten Entscheidungsfindungen jenseits transparenter, durch die Betroffenen selbst definierter Lösungen,

das positive Ansehen von ExpertInnen-Wissen, führt zu einer »Refeudalisierung der Politik« (3).

Klassenauseinandersetzung vs. »Wir machen für euch«

Die Widersprüchlichkeit von NGO-Politik wird besonders sichtbar, wenn NGOs in Klassenauseinandersetzungen eingreifen. Ein Beispiel der letzten Jahre ist hierfür die Arbeit einiger NGOs zu den freien Produktionszonen. Durch die weltweite gesellschaftliche Arbeitsteilung sind viele Staaten des Trikonts gezwungen, freie Produktionszonen – so genannte »Maquilas« – zuzulassen. Diese unterliegen zwar theoretisch dem nationalen Arbeitsrecht, dies wird aber von Seiten der Staaten oftmals nicht durchgesetzt. So wird beispielsweise in Nicaragua die Organisationsfreiheit der ArbeitnehmerInnen von den meisten Maquila-BetreiberInnen nicht zugelassen, was aber nicht dazu führt, dass jene BetreiberInnen sich vor einem Arbeitsgericht wiederfinden. In diese »Leerstelle« sind NGOs getreten, die nun nicht etwa von außen das Recht auf Vereinigungsfreiheit einfordern, sondern über Verhaltenskodizes (Code of Conduct; CoC) versuchen, den Unternehmen freiwillige Absichtserklärungen abzurufen (4). Diese CoC bauen in der Regel auf weitgehend akzeptierten

internationalen Normen auf. »Kinder- und Zwangsarbeit werden fast immer ausdrücklich verurteilt, Geschlechterdiskriminierung gelegentlich, die Unterdrückung von Gewerkschaften jedoch fast nie.« (5) Mit einer solchen Politik fallen diese NGOs denjenigen Gewerkschaften in den Rücken, die die flächendeckende Umsetzung des nationalen Arbeitsrechts fordern. Sie machen ein Denken salonfähig, das es dem guten Willen der Unternehmen überlässt, ob Arbeitsrechte eingehalten werden. Damit treffen sie sich genau mit den neoliberalen Theoretikern und Praktikern, die seit den neunziger Jahren den Abbau gewerkschaftlicher Rechte propagieren. Zudem werden zur Durchsetzung von CoC in der Hauptsache die KonsumentInnen in den Metropolen mobilisiert. So werden die NutznießerInnen der weltweiten Arbeitsteilung zu den BeurteilerInnen dessen, was »sozial verträglich« sein soll (6).

Piep-piep-piep, wir haben uns alle lieb

Insgesamt unterliegt es der NGO-Definition von Zivilgesellschaft, dass es in Auseinandersetzungen nicht um Verhandlung sondern um die Herstellung eines Konsenses geht. Im Fall von Verhandlungen verfügen die Ak-



Hausbauprojekt des MCN



Arbeitsbeschaffungsmaßnahme von CARE und USAID

teure – zumindest potenziell – über Macht, beispielsweise Streiks, Blockaden, Besetzungen ... Viele vor allem der großen NGOs hingegen suchen die runden Tische, verfertigen Expertisen und beschränken sich damit auf das »bessere Argument«. Mit dieser Art von Politik unterstellen sie, dass alle Beteiligten in den jeweiligen Auseinandersetzungen gleiche beziehungsweise zumindest anzunähernde Interessen hätten. Ein Ansatz, der die Rolle von vielen NGOs als »verlängerter Staat« unterstreicht.

Wer zahlt schafft an

Kennzeichen von NGOs ist, dass sie organisatorischen Bestand haben und sich um die Belange von Anderen kümmern. Aus erstgenannter Bestimmung verfügen sie also über Geldmittel, seien es Spenden, Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse der Gemeinden, der Kirchen, der Staaten oder von internationalen Finanzorganisationen. Aus der zweitgenannten bestimmen sie, oder genau genommen ihre Finanziere, jedenfalls nicht die »Betroffenen«, die politischen Ziele der Arbeit. Bei der Spendenwerbung müssen sie beispielsweise darauf achten, dass sich die potenziellen SpenderInnen angesprochen fühlen, beziehungsweise dass die Werbung mediengerecht aufgearbeitet werden

kann. Dazu eignen sich skandalisierende Berichte über »Natur«-Katastrophen und Hungersnöte allemal besser, als ein ausführlicher Hintergrundbericht über weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Ein Großteil der Geldmittel, über die NGOs verfügen, kommt direkt von Organisationen, denen man per se ein Interesse an der Überwindung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse absprechen kann: von Kirchen und internationalen Finanzorganisationen. Die katholische Kirche verfügt, sowohl in der BRD als auch in Lateinamerika, über immensen Grundbesitz. Dass sie demnach beispielsweise ein gesteigertes Interesse an Landreformen haben sollte, kann stark bezweifelt werden. Die Weltbank arbeitet auf der Projektebene schon seit den siebziger Jahren mit NGOs zusammen. »Nach und nach wurden die NGOs in den gesamten Projektzyklus – von der Planung bis zur Evaluierung – einbezogen. In etwa einem Drittel der Weltbankprojekte sind heute NGOs involviert.« (7) Auch das seit 1995 in Nicaragua laufende Aprende-Projekt der Weltbank sieht die Mitwirkung von NGOs vor. Den NGOs kommt hierbei die Rolle des »Arbeitgebers« zu. Sie sollen »Freiwillige« finden, die zu einem Hungerlohn in Vorschulen arbeiten und helfen somit gewollt oder nicht mit, diesen Bereich zu entstaat-

lichen und tarifliche Abkommen zu unterlaufen.

NGO-Diskurs

Neben der praktischen Unterstützung von Privatisierungsprozessen geben viele NGOs aber auch auf dem Gebiet der Meinungsbildung dem neoliberalen Umstrukturierungsprozess Hilfestellung. Gabriel Pons Cortes (8) arbeitete über acht Jahre in Kooperationsprojekten in Zentralamerika. Er macht diese These an drei gängigen Aussagen beziehungsweise Begriffen fest, die in keinem besseren Projektantrag fehlen dürfen.

1. Nachhaltigkeit: »Viele der Projekte der Basisleistungen sind nicht und werden nicht nachhaltig sein. (...) Man kann nicht anstreben, dass die Armen diese Leistungen alleine aufrechterhalten. (...) Nachhaltigkeit im Fall von Basisleistungen – Gesundheit, Bildung, Trinkwasser – zu fordern, bedeutet nichts anderes, als den Armen die Aufrechterhaltung der Leistungen aufzubürden.«
2. Die Armen sind die Verantwortlichen, um ihrer Armut zu entkommen: »Die NGOs haben eine große Verantwortung über die Einstellungen, die mehrheitlich die öffentliche Meinung im Norden und Süden prägt (...) Diese Einstellungen haben zwei zentrale Gedanken: Der

Arme kann sich aus eigener Kraft erheben und: Der Arme ist der Handelnde, um seiner Armut zu entkommen. Die Konsequenz dieses Denkens ist, dass der Staat aufgehört hat, anzuerkennen, dass die Defizite, denen die Armen gegenüberstehen, real sind. Auf Grundlage dieses fahrlässigen Denkens wurden alle Systeme zurückgefahren, die der armen Bevölkerung Schutz boten: Lebensmittelsubventionen, Marktregulierung für Grundnahrungsmittel, Schutzzölle für die Landwirtschaft und die lokale Industrie etc.«

3. Wir sind effizienter als der Staat:
»Dank ihres Ansehens und der eigenen Förderung einer derartigen Selbstgefälligkeit, immer flott dabei, Erfolge zu präsentieren, um Unterstützung zu erhalten, haben NGOs das Bild durchgesetzt, dass sie effizienter sind als der Staat und es diesem damit erleichtert zu sagen: Gut, wenn sie es so toll machen, sollen doch sie arbeiten. Unabhängig vom guten oder schlechten Willen ist es Tatsache, dass die NGOs denjenigen ersetzen, der verantwortlich für die Lösung der Probleme sein sollte.«

Effizienz - eine fortschrittliche Kategorie?

Gerade am letzten Punkt, der Effizienz, ist in zweierlei Hinsicht einzuhaken. Zum einen ist generell zu hinterfragen, was denn »Effizienz« sein soll. Was ist daran auszusetzen, dass Staatsangestellte – in manchen Fällen – »eine ruhige Kugel schieben«? Wollen wir tatsächlich, dass alles und jedes nach betriebswirtschaftlich kalkulierten Standards abläuft? Dass Bildung und Gesundheitsversorgung nach solchen Kriterien verlaufen?

Ein häufig vorgebrachtes Argument bei der Behauptung der Ineffizienz des Staates ist die Korruption seiner RepräsentantInnen. Dies ist in Nicaragua keine zu vernachlässigende Größe (siehe Artikel »Eine Momentaufnahme«). Aber sind NGOs davor gefeit? Sicher, in diesen Größenordnungen wird sich die Korruption innerhalb von NGOs noch lange nicht abspielen. Aber dass auch nichtstaatliche Organisationen, wenn nicht korrupt dann zumindest illegal wirtschaften, belegt eine Untersuchung des Gewerkschaftszusammen-

schlusses »Internationale der öffentlichen Dienste« (IÖD). Darin heißt es: »In Nicaragua wurden jedoch von 40 nichtstaatlichen Organisationen, die zur Erbringung der medizinischen Grundversorgung eingesetzt wurden, 31 wegen Missmanagement bestraft. Das bedeutete, dass (sie) keinen Beweis dafür erbringen konnten, dass die in Rechnung gestellten Dienstleistungen auch erbracht wurden.« (9) Korruption ist Bestandteil einer durch Konkurrenz geprägten Gesellschaft und hängt nicht von einer bestimmten Organisationsform (NGO, privatwirtschaftlicher Betrieb, Staat, ...) ab.

Der zweite Punkt ist: Effizient gearbeitet werden kann und wird nur dort, wo überhaupt gearbeitet wird. »Keineswegs unbegrenzt zur Verfügung stehende Fundraising-Möglichkeiten (...) sowie die mediale Abhängigkeit, unter der NGOs in der Spendenwerbung stehen, werden künftig mehr noch als heute dafür sorgen, dass auch privat realisierte soziale Fürsorge zuvorderst dort realisiert wird, wo der globalisierte Kapitalismus noch ein Interesse an Arbeitskraft hat.« (10) Der Rest der Welt kann sehen, wo er bleibt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen

Durch die Übernahme der Grundversorgung seitens des Staates wird damit implizit anerkannt, dass es einen Anspruch auf diese Leistungen gibt. In Nicaragua hat die Zurverfügungstellung bestimmter Grundversorgungsleistungen sogar Verfassungsrang, sie sind somit – zumindest theoretisch – einklagbar, auch wenn die Realität zeigt, dass sich der nicaraguanische Staat trotz Verfassung aus diesen Aufgaben zurückzieht. Wenn nun NGOs diese Leistungen übernehmen, so liegt es in ihrem Ermessen – beziehungsweise dem der Geldgeber – welche Projekte, welche Gruppen oder welche Regionen Unterstützung erhalten. Daraus folgt, dass es keinen Anspruch oder gar ein verfassungsmäßiges Recht auf Erhalt oder Fortbestand derselben geben kann. Ganz pragmatisch mag es keinen Unterschied geben, ob Leistungen nicht eingeklagt werden können, weil die Gegenkräfte zu gering sind oder es gar keine Rechtsgrundlage

dafür gibt. Auf der politischen Ebene macht es aber sehr wohl einen Unterschied, ob sich mit der freiwilligen Übernahme dieser Leistungen sukzessive ein Denken durchsetzt, dass es keinen allgemein gültigen Anspruch darauf gibt. Vilma Nuñez vom nicaraguanischen Menschenrechtszentrum formuliert das so: »Recht, das nicht verteidigt wird, ist verlorenes Recht.«

Und nun?

Wie schon ganz zu Anfang erwähnt: Es geht hier nicht darum, NGOs und deren konkrete Arbeit zu kritisieren und die Unterstützung dieser Arbeit in Frage zu stellen. Gerade in Nicaragua spielen, egal bei welchen aktuellen politischen Auseinandersetzungen, NGOs eine tragende Rolle – seien es die Demonstrationen gegen Korruption oder die Mobilisierungen gegen die Privatisierungen. Darüber hinaus darf auch nicht vergessen werden, dass in Nicaragua die Durchsetzung eines zivilgesellschaftlichen »Raumes« erst mit der Revolution begann und dies dementsprechend selbstverständlich (im Sinne von Organisierungsfreiheit) als politischer Fortschritt zu bewerten ist. Die Kritik richtet sich an die, die in den NGOs, in der so genannten »Zivilgesellschaft« das neue Subjekt der sozialen Veränderung sehen. An die, die einer Praxis ein gesellschaftskritisches theoretisches Mäntelchen umhängen, obwohl diese oftmals nicht mehr und auch nicht weniger bedeutet, als überhaupt noch menschenwürdige Bedingungen in der herrschenden Realität aufrechtzuerhalten. Sprich: an die, die ignorieren, dass ein auf die »Zivilgesellschaft« rekurrierender Ansatz das untauglichste Mittel ist, Rechte zu verallgemeinern. Auch wenn beim heutigen Kräfteverhältnis nicht viel »zu holen« ist, eine allgemeine linke Utopie jenseits des bürgerlich-verfassten Staates in weiter Ferne schwebt – ein Modell, das »in der politischen Sphäre selbst den Menschen in die Beschränktheit seiner Privat-sphäre zurückstürzt« (11) kann nicht die Lösung sein.

Staat und Zivilgesellschaft: zwei Seiten des Gleichen

Der Begriff der »Zivilgesellschaft« hat in großen Teilen der Metropolen-Linken seit geraumer Zeit Hochkonjunktur. Kaum, dass gesellschaftliche Verhältnisse kritisiert werden und ein Träger zu deren Veränderung benannt werden will, taucht die »Zivilgesellschaft« auf. Wer oder Was darunter zu verstehen sei, ob die Verwendung des Begriffs auf einer theoretischen Grundlage fußt bleibt jedoch meist unbenannt. Warum jedoch trotzdem alle etwas mit dem Begriff anfangen können, liegt daran, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst eine Trennung in hier politische und dort private Sphäre im Alltagsverstand der in ihr Lebenden hervorbringen. Der Staat war und ist Garant der Herstellung des (abstrakt) Freien und Gleichen, des Staatsbürgers. Demgegenüber steht der, einer ökonomischen Klasse Zugehörige, auf dem Land/in der Stadt Lebende, der Reale, Individuelle, der (konkret) Ungleiche.

Diese zwei Seiten – Staatsbürger und Individuum – sind in der Waren produzierenden Gesellschaft nicht zu trennen, auch wenn sie als Getrenntes erscheinen. Schon Georg Wilhelm Friedrich Hegel kritisierte diese »Trennung« und hatte einen Lösungsansatz parat, der dem der heutigen VerfechterInnen der »Zivilgesellschaft« gar nicht so unähnlich ist: die Einrichtung eines Stände-

staates.

Dafür wurde er von links kritisiert: »Der Privatstand soll 'gesetzgebende Gewalt' und damit 'politische Bedeutung' erlangen. Die ständische Verfassung sei aber gegenüber der repräsentativen ein Rückschritt, (...) ein Versuch, 'teils in der politischen Sphäre selbst den Menschen in die Beschränktheit seiner Privatsphäre zurückzustürzen, seine Besonderheit zu seinem substanzialen Bewusstsein zu machen (...)« (1). Der Begriff »Zivilgesellschaft« – oder auch »verlängerter Staat« – wurde von dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci entwickelt. Für ihn ist die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft nicht einfach nur die Trennung des Menschen in (Privat-)Bürger und Staatsbürger, der Zivilgesellschaft fallen in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmte Aufgaben zu. Gegenüber den vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen die Unterordnung der subalternen Schichten und Klassen durch unmittelbaren Zwang und Repression erfolgte, stabilisiert sich die bürgerliche Gesellschaft auch – und vor allem – über den Konsens. Es ist nun der Bereich der Zivilgesellschaft (Kirchen, Verbände, NGOs ...), der die Herstellung von Konsens und damit die Durchsetzung der Herrschaftsverhältnisse garantiert (2). Der Zivilgesellschaft kommt jene Rolle zu, »welche ohne 'Sanktionen' und

ohne genaue 'Verpflichtungen' wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt und objektive Resultate bei der Ausarbeitung von Sitten, Denk- und Handlungsweisen, in der Moral usw. bekommt.« (3) Dennoch ist »der Staat (...) das Terrain, auf dem die sozialen Akteure ihre Gegensätze austragen. Und dies gibt – solange sich die Trennung von Ökonomie und Staat auch in den sozialen Auseinandersetzungen reproduziert – den herrschenden Klassen und Klassenfraktionen immer eine gewisse Überlegenheit (...). (4)

(1) Karl Marx zitiert bei: Kebir, Sabine (1991): Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg, S. 50

(2) Dass deshalb aber auf Repression nicht verzichtet wird, zeigt sich bei fast allen größeren Demonstrationen oder aber auch dann, wenn die Regeln der Warenproduktion beispielsweise durch Diebstahl – teilweise und meist unbewusst – in Frage gestellt werden. Konsens und Repression bedingen sich jedoch gegenseitig, denn beispielsweise herrscht – im Allgemeinen – Konsens darüber, dass Diebstahl repressiv zu ahnden ist. Findet Repression außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses statt, ist nicht mehr von einer bürgerlichen Gesellschaft sondern einer Diktatur die Rede.

(3) aus: Kebir, Sabine (1991): Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg, S. 19

(4) aus: Demirovic, Alex (2001): NGO, Staat und Zivilgesellschaft, in: Brand; Demirovic u.a.: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 160

(1) In den europäischen kapitalistischen Zentren wurde darunter der soziale Fürsorgeauftrag verstanden, in vielen Ländern, gerade auch des Trikonts, umfasste und umfasst der Begriff Staatsaufgaben auch den staatlichen Besitz von Schlüsselindustrien.

(2) Jose Antonio Zepeda von der LehrerInnen-gewerkschaft ANDÉN, Nicaragua

(3) aus: Hirsch, Joachim: Die Internationalisierung des Staates, www.aktionsinfo.de/weltwirtschaft/texte/hirsch.rtf

(4) Diese NGOs wurden oftmals von Frauen gegründet, die bewusst von den patriarchalen Strukturen in den Gewerkschaften abgewendet haben. Ihre berechnete Kritik an der Gewerkschaftspolitik soll hier nicht relativiert werden.

(5) aus: Braun, Rainer (2001): Konzerne als Beschützer der Menschenrechte?, in: Bruehl, Deibel u.a.: Die Privatisierung der Weltpolitik. Bonn, S. 268. Darin heißt es weiter: »Die Sara Lee Corporation, einer der größten US-amerikanischen BekleidungsHersteller, spricht sich in ihren International Operating Principles sogar offen gegen Gewerkschaften aus: (Sara Lee)

vertraut auf eine gewerkschaftsfreie Umgebung, wenn nicht Gesetz und Kultur etwas anderes von uns verlangen ... (Sara Lee) spricht sich für individuelle Freiheit und direkte Verhandlungen zwischen Angestellten und Management aus, während sie sich ausdrücklich gegen gewerkschaftliche Vertretung ausspricht, wo es das Gesetz erlaubt.«

27(6) Zudem lassen sich die KonsumentInnen meist nur bei Artikeln der Konsumgüterindustrie mobilisieren, bei deren Gebrauch man auch der Außenwelt zeigen kann, wie »bewusst« eingekauft wurde. Wie sich diese »Soli-Arbeit« im Konkreten äußert siehe beispielsweise www.cleanclothes.org

(7) aus: Wahl, Peter (2001): »Sie küsst und sie schlügen sich«, in: Brand; Demirovic u.a.: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 126

(8) aus: Pons Cortes, Gabriel (2001): Naufragio en el Sur, Quien dirige el rescate: ONG o Estado?, in Envio. Managua (Eigenübersetzung)

(9) IÖD, www.world-psi.org/psi.nsf

(10) aus: Gebauer, Thomas (2001): »... von niemandem

gewählt!«, in: Brand; Demirovic u.a.: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 106

(11) Karl Marx zitiert nach: Kebir, Sabine (1991): Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg, S. 50

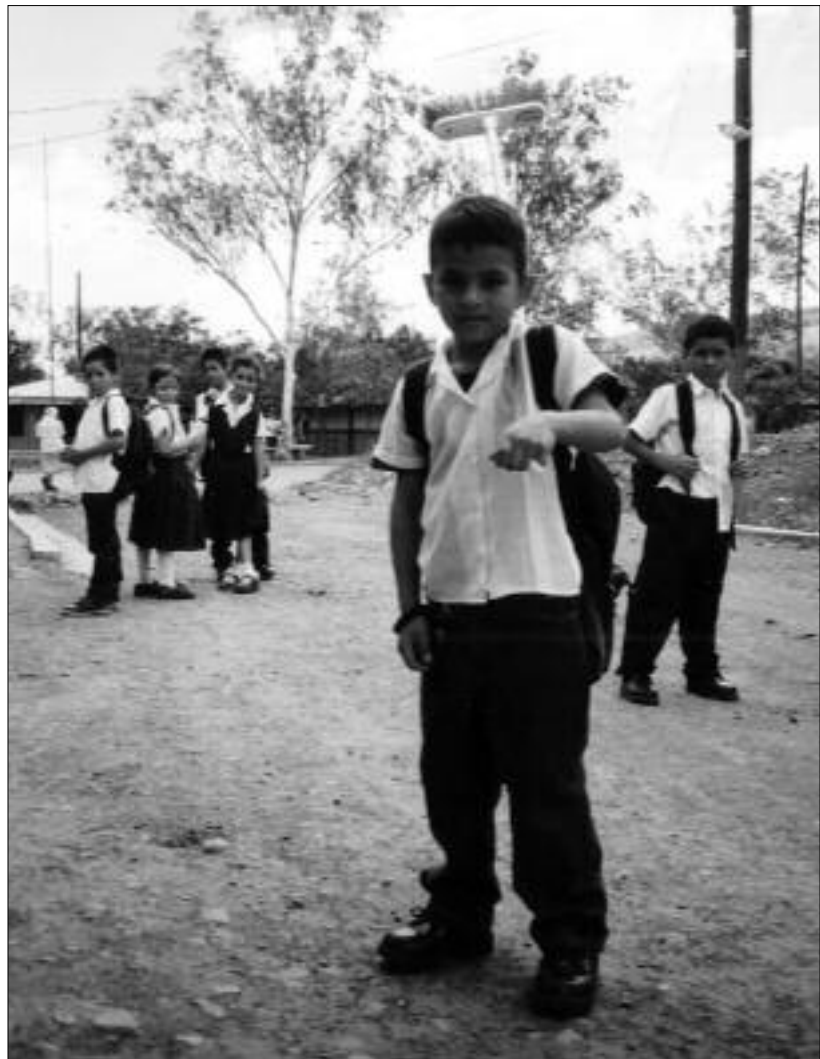
Rückzug des Staates aus dem Bildungssektor

Educación no es popular

Das Bildungssystem in Nicaragua befindet sich seit dem Ende der sandinistischen Regierung 1990 in einem Umwandlungsprozess. Der nicaraguanische Staat zieht sich Schritt für Schritt aus diesem Sektor zurück, das Recht auf Bildung wird durch das Recht auf den Kauf der Ware Bildung substituiert. Auf der Strecke bleiben die, die den Preis nicht zahlen können.

Der Aufbau eines flächendeckenden und kostenlosen Bildungssystems gehörte zu den wichtigsten Errungenschaften der sandinistischen Revolution. Nach dem Regierungswechsel 1990 änderte sich nicht nur das Personal im Erziehungsministerium, sondern auch die Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung. War die Bildung für die sandinistische Revolution zentraler Entwicklungsbestandteil hin zu einer neuen, humaneren Gesellschaft (1), beschränkten sich die konservativ-liberalen Nachfolgeregierungen darauf, Bildung ökonomisch-effizient zu definieren und das Bildungssystem zu »entpolitisieren« (2).

Diese Revidierung des Bildungskonzeptes seit 1990 ging einher mit einer organisatorischen Umwandlung des Bildungssystems. Die 90er Jahre waren geprägt vom schrittweisen Rückzug des nicaraguanischen Staates aus dem Bildungsbereich, der zunehmenden Abwälzung der Kosten auf die Familien der SchülerInnen und der beginnenden Substituierung des Staates durch private Bildungseinrichtungen. Das Ausmaß dieser »Privatisierung« (3), das heißt der Anwendung betriebswirtschaftlicher Kriterien im Bildungssektor zu Lasten der SchülerInnen und deren Familien, lässt sich auch quantitativ bestimmen. Die Kürzungen, die der nicaraguanische Staat in den vergangenen 13 Jahren im Bildungssektor vorgenommen hat, sind signifikant: Gab die sandinistische Regierung in den 80er Jahren trotz Kriegsbedingungen noch bis zu 15,4 Prozent (4) des Staatshaushaltes für Bildung aus, sind es im Haushaltsentwurf 2003 gerade noch elf Prozent (5).



Kehraus für freie Bildung? SchülerInnen in San Dionisio

»Rückzug des Staates« heißt jetzt »Schulische Autonomie«

Dieser Prozess der Umgestaltung des Bildungswesens (und damit einhergehend der Entlastung des Staatshaushaltes) ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern wird von der nica-

raguanischen Regierung – zusammen mit den anderen zentralamerikanischen Regierungen – konsequent weitergetrieben. Ende der neunziger Jahre wurde von offizieller Seite die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa ins Leben gerufen. Zu deren Mitgliedern zählen unter anderem die

konservative Ex-Präsidentin Nicaraguas Violeta Chamorro sowie der Erziehungsminister ihrer Regierung Humberto Belli. Die Aufgabe der Kommission war und ist es, weitere Reformvorschläge zu entwickeln.

Das Kernstück der Kommissionsvorschläge, die jetzt umgesetzt werden, bildet die so genannte »Schulische Autonomie« und darin eingebunden, die »Partizipation« der Eltern am Bildungsprozess. Was begrifflich erst einmal sehr progressiv erscheint, entpuppt sich als Sammelsurium neoliberaler Handlungsanweisungen. Unter schulischer Autonomie wird vor allem die finanzielle Autonomie verstanden. Aber nicht in dem Sinne, dass die Bildungseinrichtungen in Zukunft direkter über die staatlichen Mittel verfügen können. Vielmehr soll es in Zukunft kaum mehr staatliche Mittel geben. Die Schulen müssen selbst die notwendigen Mittel für Ausstattung und Gehälter organisieren.

Und auch der Begriff Partizipation erfährt eine eigenwillige Umdefinition. Wieweit die Eltern tatsächlich inhaltlich in den Bildungsprozess integriert werden sollen ist unklar. Klar hingegen ist, dass sie finanziell »partizipieren« sollen beziehungsweise müssen, um den Fortbestand der jetzt »autonomen« Schulen zu garantieren.

Das Nicaraguanische Zentrum für Menschenrechte (CENIDH) veröffentlichte in seinem Jahresbericht 2001 das Beispiel der Schule Pedro Aráuz Palacios (6). An dieser Einrichtung sind 58 Personen angestellt, darunter 42 LehrerInnen. Monatlich bekommt die Schule aber nur noch knapp 5.000 Euro vom Erziehungsministerium überwiesen – kaum genug für die Löhne. Um die anderen Kosten (Strom, Wasser, Instandhaltung, ...) begleichen zu können, ist die Schule jetzt gezwungen, eine Einschreibgebühr von rund drei Euro pro SchülerIn zu erheben.

Die Auswirkungen von Schulgebühren in einer Gesellschaft, in der ein Drittel der Bevölkerung in extremer Armut (7) lebt, sind leicht zu erahnen und den Verantwortlichen durchaus bewusst. So bemerkt die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa selbst, dass der Zugang zu Bildung in Nicaragua zuallererst eine soziale Frage ist. In

ihren eigenen Veröffentlichungen ist nachzulesen, dass ein Kind aus den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung durchschnittlich neun Jahre eine Bildungseinrichtung besucht, während ein Kind aus den ärmsten 30 Prozent nur knapp drei Jahre zur Schule geht (8).

Die Situation der LehrerInnen

Neben den SchülerInnen aus den unteren sozialen Schichten gibt es noch eine zweite große Gruppe, die eindeutig zu den Verlierern des Umstrukturierungsprozesses der vergangenen 13 Jahre zählt: die Lehrkräfte an den staatlichen Bildungseinrichtungen. Nicaraguanische LehrerInnen haben momentan einen Grundverdienst von knapp 70 Euro pro Monat. Das sind nicht nur die niedrigsten Löhne in der Region, der Verdienst deckt auch nicht einmal die Hälfte dessen ab, was für den Grundwarenkorb, das heißt für eine gesunde Ernährung in Nicaragua aufgebracht werden müsste (9). Als Konsequenz daraus unterrichten LehrerInnen oftmals zwei bis drei Schichten pro Tag oder haben einen anderen Nebenjob, um über die Runden zu kommen. Dass unter solchen Bedingungen keine Unterrichtsvorbereitung, geschweige denn eine Fortbildung möglich ist, und dass natürlich auch die Unterrichtsqualität leidet, liegt auf der Hand.

Angesichts dieser Situation fordert die LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN eine Lohnerhöhung von 200 Prozent. Auf den ersten Blick sieht es auch so aus, als habe sich auf staatlicher Seite die Einsicht durchgesetzt, dass die sozialen Bedingungen, unter denen die Lehrkräfte leben, verbessert werden müssen, um die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. So empfiehlt die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa die Erhöhung der Einkünfte der Lehrkräfte – allerdings gebunden an die individuellen »Leistungen« (10). Im Gegensatz zur Gewerkschaft schlägt die Kommission auch eine sehr kostengünstige Möglichkeit vor, wie dieses Bonussystem finanziert werden kann: Die Eltern der SchülerInnen sollen noch mal zahlen. Der ANDEN-Vorsitzende José Antonio Zepeda spricht in diesem Zusammen-

hang von einer »Pervertierung« des LehrerInnenberufes, da statt der pädagogischen nur mehr die wirtschaftliche Effizienz gesehen wird und die LehrerInnen sich gegenüber den Eltern in Geldeintreiber verwandeln.

Höhere Bildung ist schon Privatsache

Eine weitere, sichtbare Konsequenz des Umwandlungsprozesses der vergangenen Jahre ist, dass bereits heute große Teile des nicaraguanischen Bildungssystems in privater Hand sind – vor allem, was den Bereich der »höheren« Bildung betrifft (11). Während im Vorschul- und Primaria-Bereich der Anteil privater Bildungsträger lediglich 13 bzw. 17 Prozent beträgt, sind 54 Prozent der Secundarias in privater Hand (12). Von den 33 Universitäten und Hochschulen sind gerade vier staatlich (wobei die Mehrzahl der Studierenden dort eingeschrieben ist), das heißt private Bildungsträger haben sich vor allem in den Einrichtungen etabliert, die hauptsächlich von Kindern der gehobenen Schichten besucht werden beziehungsweise die – wie die Universitäten – schon generell gebührenpflichtig sind.

Andererseits war der Markt für die Ware Bildung zumindest solange begrenzt, wie das verfassungsmäßig garantierte Recht auf kostenlose Schulausbildung noch beachtet wurde. Seit einigen Jahren hat sich das aber geändert – seit die Regierung begann, das gesamte Bildungswesen zu reformieren und die Kostenfreiheit der Schulausbildung im Rahmen der »schulischen Autonomie« de facto abzuschaffen. Vor allem für die SchülerInnen an den rund 5.500 staatlichen Primarias bringt dies tiefgreifende Veränderungen mit sich.

Überragende Bedeutung der Primaria

Um die gesellschaftlichen Auswirkungen erahnen zu können, die eine Änderung der Ausbildungsbedingungen und der Zugangsvoraussetzungen im Bereich der Primarias bewirkt, muss die überragende gesellschaftliche Bedeutung dieses Schultyps bedacht werden. Für die überwiegende

APRENDE – ein Blick in die Zukunft des nicaraguanischen Bildungswesens

Am 1. September 1999 informierte die Weltbank, dass sie Nicaragua einen weiteren Kredit in Höhe von 52,5 Millionen US-Dollar gewähren wird (1), damit dort ein zweites Projekt zur Förderung der Grundausbildung (APRENDE) durchgeführt werden kann. Bereits 1995 bewilligte die Weltbank einen Kredit für das erste APRENDE-Programm, mit dessen Hilfe neue Bücher angeschafft wurden, die der neuen politischen Ausrichtung inhaltlich Rechnung trugen. Gleichzeitig wurden damit auch die ersten Schritte der Bildungsreform, der schulischen Autonomie finanziert.

Eines der Kernstücke des ersten wie des zweiten APRENDE-Projektes sind aber die Förderung und der Ausbau von kommunalen Vorschulen. Mit scheinbar großem Erfolg. Rolando Ortega, Direktor des APRENDE-Projektes, verkündet in einem Interview, dass es gelungen ist, zwischen 1995 und 2001 die SchülerInnenzahl an kommunalen Vorschulen zu vervierfachen. 2001 waren es knapp 100.000. Nach seinen Worten war der Ausbau des kommunalen Vorschulsystems eine notwendige Substitution der staatlichen Vorschulen, da es sich der nicaraguanische Staat Mitte der neunziger Jahre nicht mehr leisten konnte beziehungsweise wollte, viele Lehrkräfte an den staatlichen Einrichtungen zu beschäftigen. Besonders stolz ist Rolando Ortega auch, Nichtregierungsorganisationen (namentlich das Movimiento Comunal und Save the Children) in das Projekt mit eingebunden zu haben. Schließlich sei das ja alles zum Wohle der Kinder und ein Projekt, das die Chancengleichheit erhöht. Soweit die offizielle Sichtweise. Die praktische Erfahrung ist etwas widersprüchlicher. Denn die kommunalen Vorschulen unterscheiden sich von den staatlichen – die gerade noch 17 Prozent der Einrichtungen ausmachen – vor allem in der Qualifikation und Entlohnung der LehrerInnen. Rolando Ortega nennt die Lehrkräfte an den kommunalen Vorschulen beschönigend »maestros voluntarios«, freiwillige LehrerInnen. Wobei der Begriff LehrerIn



die Realität nicht so richtig trifft. Als Qualifikation, um als »Fachkraft« arbeiten zu können, reicht der Primaria-Abschluss.

Aber um pädagogisches Wissen scheint es bei dem APRENDE-Konzept nicht zu gehen. Wichtig ist, dass die Umsetzung möglichst wenig kostet. Gespart wird an Gebäuden, an Ausstattung aber vor allem am Gehalt. Die »freiwilligen LehrerInnen«, zumeist Familienangehörige der Kinder, beziehen nämlich keinen Lohn, sondern lediglich eine Aufwandsentschädigung von etwa 70 Cent pro Tag. Diese Entschädigung beträgt damit nicht nur gerade mal 33 Prozent des ohnehin schon spärlichen LehrerInnen-Gehalts in Nicaragua. 70 Cent pro Tag liegt als Einkommen auch unterhalb der Grenze, ab der extreme Armut definiert wird. Der Begriff »Hungerlohn« ist da nicht nur metaphorisch gemeint.

Die eigentliche Zielsetzung des APRENDE-Projektes, und wenn man/frau so will, sein eigentlicher Erfolg, lässt sich im ganzen Land beobachten. Wie es der Vorsitzende der LehrerInnen Gewerkschaft ANDEN, José Antonio Zepeda, charakterisiert: »Die zweite Stufe des APRENDE-Programms sieht vor, dass die Eltern oder die Geschwister die Vorschule übernehmen, die somit nicht mehr im staatlichen System eingebunden ist. Das Ziel ist ein Minimum an Bildung, die ausreicht, um in Maquilas den Arbeitsvertrag unterschreiben zu können und die notwendigsten Anweisungen verstehen zu können«.

(1) siehe www.worldbank.org

(2) alle Aussagen von Rolando Ortega sind aus einem Interview entnommen, das er der Organisation »Angel de la Guarda« gab. Siehe www.angel.org.ni

Mehrheit der NicaraguanerInnen ist die Primaria die einzige Schule, die sie je besuchen. Und dies auch nur einige Jahre lang.

Zur Verdeutlichung: Von 100 Kindern, die in die Primaria kommen, schließen gerade einmal 29 diese Schule nach sechs Jahren erfolgreich ab. Immerhin 23 gehen danach auf die Secundaria. In dieser Statistik sind aber nicht diejenigen Kinder berücksichtigt, die völlig aus dem Bildungssystem herausfallen, da sie keinen Zugang zu den staatlichen Bildungseinrichtungen haben.

Entweder, da es in ihrem Landkreis keine Schulen (mehr) gibt, oder aber – und dies ist zweifelsohne häufiger der Fall – da sich die Eltern die Schulgebühren nicht leisten können, beziehungsweise die Kinder für den Lebensunterhalt der Familie mitarbeiten müssen. Laut CENIDH sind es mittlerweile über 600.000 Kinder, die keine Schule besuchen können (13). Vor diesem Hintergrund wird klar, dass jede Änderung – positive wie negative – die den Zugang zur Primaria betrifft, unmittelbare Auswirkungen auf den Bildungsstand des Großteils der Bevölkerung hat.

Die Bildungsfrage ist soziale Frage

In der Diskussion um die Bildungsreform sind sich die KritikerInnen des Regierungskonzepts (und deren Umsetzung) weitgehend einig. Eine Verbesserung wird es nur für diejenigen Schichten der nicaraguanischen Bevölkerung geben, die sich Bildung in Zukunft noch leisten können. Der marginalisierte Teil der Gesellschaft bleibt ausgeschlossen und immer größere Teile werden in Zukunft nicht mehr die Mittel haben, alle ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Ginge es darum, eine Bildungsreform durchzuführen, die allen NicaraguanerInnen den Zugang zu einem funktionierenden Bildungssystem ermöglicht, müsste diese Reform zuallererst an der sozialen Situation der Bevölkerung ansetzen. Mit der jetzigen Reform wird aber das Gegenteil bewirkt. Für Miguel de Castilla, Universitätsprofessor und Sprecher des Foro de Educación y Desarrollo Humano, eines Netzwerks von im Bildungsbereich tätigen NGOs,

steht deshalb in der Diskussion die soziale Frage im Vordergrund: »Die Bildungsreform ist ein Betrug, wenn sie sich nur um das schulische System kümmert und das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und dessen Reproduktionsprozesse unangetastet lässt. Wozu nützt Partizipation, wenn die Eltern keine Arbeit haben und so weder die monatlichen Schulgebühren bezahlen können, noch die Sonderzahlungen, mit denen Schulgebäude instand gesetzt und die Lohnerhöhung der LehrerInnen finanziert werden? Wozu braucht es Bildungsstandards, wenn die SchülerInnen in den ländlichen Gebieten oder den marginalisierten Stadtvierteln im Klassenzimmer ohnmächtig werden, weil sie kein Frühstück hatten, da mit dem Geld anstelle von Brot und Milch die im Rahmen der schulischen Autonomie erhobenen Monatsgebühren an das Schuldirektorium bezahlt wurden?« (14).

Mit der Hungerkrise 2002 hat sich die Situation weiter zugespitzt. Immer weniger Kinder besuchen in den ländlichen Regionen überhaupt noch die Schule, die Gedanken der Menschen drehen sich nur noch ums Überleben. Selbst AktivistInnen, die seit Jahrzehnten in ländlichen Gebieten Bildungsarbeit leisten, wissen in dieser Situation keinen Ausweg mehr. Sichtlich frustriert fasst Orlando Pineda, Chef der Asociación de Educación Popular Carlos Fonseca Amador, einer auf Erwachsenenbildung spezialisierten NGO, die Situation zusammen: »Ich bin immer noch der Meinung, dass Bildung die wichtigste Rolle spielt, wenn es darum geht, die soziale Situation der Menschen zu verbessern. In der jetzigen Situation ist es aber andersherum. Damit überhaupt noch Bildungsarbeit angenommen werden kann, müssen die sozialen Bedingungen verbessert werden.«

(1) Dieses Ziel formulierte das nicaraguanische Bildungsministerium 1981: »Es wird eine grundlegende Reform der Ziele und Inhalte der Educación Nacional durchgeführt. Sie soll die Schlüsselrolle im humanistischen Umwandlungsprozess der nicaraguanischen Gesellschaft einnehmen und diesem Prozess einen kritischen und befreienden Inhalt verleihen.« zitiert nach Miguel de Castilla, Nicaragua en sus tres educaciones, Managua 1998, Seite 47, Eigenübersetzung

General Agreement on Trade in Services

Das General Agreement on Trade in Services (GATS) wurde 1994 gemeinsam mit dem Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS), das den Handel mit geistigem Eigentum regelt, als Ergebnis der »Uruguay-Runde« des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) eingerichtet und später der neugegründeten World Trade Organisation (WTO) zur Verwaltung übergeben. Weiterverhandlungen wurden im Februar 2000 mit dem Ziel der »Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen« aufgenommen. Derzeit befindet sich das GATS in der so genannten »Marktzugangsphase«: Bis Juni 2002 sollten die Vertragsstaaten ihre Nachfrage nach Liberalisierungen in anderen Ländern unterbreiten. Im März 2003 sollen diesen dann Angebote von eigenen Liberalisierungsmaßnahmen folgen. Derzeit sind an den GATS-Verhandlungen über 130 Staaten beteiligt. Die Durchsetzung des GATS wird es der

WTO erlauben, den staatlichen Handlungsspielraum bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe von Regelungen einzuschränken. Unter anderem betreibt GATS den Abbau von staatlichen Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Jeder Dienst, der gegenwärtig von Staaten im Namen des öffentlichen Interesses auf einer gemeinnützigen oder subventionierten Basis (und damit »wettbewerbsverzerrend« bzw. »handelshemmend«) zur Verfügung gestellt wird, soll privaten Unternehmen zugänglich gemacht und unter Profitgesichtspunkten betrieben werden. Regierungen würden gezwungen werden nachzuweisen, dass ihre nationalen Regulierungen, Standards und Gesetze (Ladenöffnungszeiten, Bauvorschriften, Sicherheits- und Umweltstandards etc.) »notwendig« sind, um von der WTO sanktionierte Ziele zu erreichen, und dass »weniger handelsrestriktive« Alternativen nicht zur Verfügung stehen.

(2) Bereits im Juli 1990 gab die konservative Regierung Richtlinien für den Bildungssektor heraus, in denen es u.a. heißt: »Das Erziehungsministerium nimmt sich ebenfalls vor, die Bildungspolitik zu überprüfen, in der als Erbe des Vorgänger-Regimes die Verwendung einheitlicher Unterrichtsmaterialien für alle Schulen des Landes vorgeschrieben ist, was dazu führt, sehr genaue, umfangreiche und strikte Lehrpläne erstellen zu müssen (...) Zugleich wird nach Wegen gesucht, die Lehrpläne einfacher und flexibler zu gestalten, damit die Lehrkräfte ein höheres Maß an Unabhängigkeit genießen und so neue Dinge hinzufügen können, nachdem sie die Minimalanforderungen erfüllt haben.« Zitiert nach Miguel de Castilla, Nicaragua en sus tres educaciones, Managua 1998, Seite 60, Eigenübersetzung

(3) Der Begriff »Privatisierung« wird hier verwendet, um die Abkehr von einem Konzept zu betonen, das die gesellschaftliche Verantwortung für Bildung in den Vordergrund stellt. Die Privatisierung erfolgt sozusagen im doppelten Sinn: Bildung wird zur privaten (individuellen) Herausforderung für die SchülerInnen und deren Familien, und wird auch zur privaten (kapitalistischen) Einnahmequelle für private Bildungseinrichtungen.

(4) Die Zahl veröffentlicht die FSLN auf ihrer Web-Site www.fsln.org.ni als Höchststand der Bildungsausgaben, ohne aber eine Jahreszahl zu nennen.

(5) Laut Angaben des nicaraguanischen Finanzministeriums (www.hacienda.gob.ni) beträgt der Anteil des Bildungsministeriums am Gesamtetat 2003 etwa 11,6 Prozent. Darin enthalten sind jedoch auch die – spärlichen – Ausgaben, die der nicaraguanische Staat für Kultur und Sport aufwendet, die ebenfalls über das Bildungsministerium verwaltet werden.

(6) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 69.

(7) Je nach Quelle wird davon ausgegangen, dass zwischen 30 und 40 Prozent der nicaraguanischen Bevölkerung mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss.

(8) Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa, Mañana es muy tarde, Seite 10

(9) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 68

(10) Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa, Mañana es muy tarde, Seite 6

(11) Das schulische Bildungssystem ist in Nicaragua wie folgt aufgebaut: nach der Vorschule (Prescolar) gibt es die Primaria (6 Jahre), danach schließt die Secundaria (5 Jahre) an. Der Secundaria-Abschluss ist Voraussetzung für die Zulassung zur Aufnahmeprüfung an einer Hochschule. Daneben existieren noch andere Subsysteme, die aber quantitativ keine große Rolle spielen: Sonderschulen, technische Fachschulen, etc.

(12) Wenn nicht anders vermerkt, alle statistischen Daten nach: Plan Nacional de Educación, hrsg. von der Comisión de Trabajo para la elaboración del Plan Nacional de Educación, Managua 2001, Seite 13ff

(13) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 66

(14) Miguel de Castilla, Educación no es escuela y escuela no es empresa, veröffentlicht in: envío, April 2001, Eigenübersetzung

Was wurde aus der »Educación Popular«?



Denkmal für die sandinistischen Alphabetisierungs-BrigadistInnen

Wenn man den Transformationsprozess des nicaraguanischen Bildungswesens untersucht, reicht es nicht aus, sich auf die schulische Bildung zu beschränken. Um die Erfolge der sandinistischen Revolution würdigen zu können, bedarf es mehr als einer Beschreibung des Ausbaus der schulischen Bildung in den achtziger Jahren. Zwar baute damals der nicaraguanische Staat – auch mit Hilfe von Brigadistas – viele Schulen und Kindergärten. Im Mittelpunkt stand aber das Konzept der »Educación Popular« zur Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung.

Der wichtigste Schritt war dabei der so genannte »Kreuzzug gegen den Analphabetismus«. Bereits kurz nach der Revolution – ab dem 23. April 1980 – gingen rund 100.000 Brigadistas (nicaraguanische SchülerInnen, StudentInnen, Intellektuelle,...) für fünf Monate in die Armenviertel und die ländlichen Gebiete des Landes. Sie lebten bei und arbeiteten mit der marginalisierten Bevölkerung. Abends unterrichteten sie die Familien – nicht nach einem vorgefertigten Schema, sondern deren Bedürfnissen und Interessen entsprechend.

Unterrichtsmaterialien und -inhalte entwickelten sie gemeinsam. Ziel war es, die Menschen zu alphabetisieren und

ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Das einzigartige Experiment endete sehr erfolgreich: Zwischen April und August 1980 sank die AnalphabetInnenrate von 51 auf knapp 13 Prozent. Danach wurde dieser »Kreuzzug« mit speziellen Programmen für besonders entlegene Gebiete in institutionalisierter Form fortgeführt.

Nach dem Regierungswechsel 1990 war dieser Bereich des Bildungswesen der erste, der privatisiert wurde. Dies war nicht besonders verwunderlich, widersprach der emanzipative Bildungsansatz der Educación Popular doch diametral den Bildungskonzepten der neuen konservativen Regierung. Um einzelne Projekte weiterführen zu können, gründeten ehemalige MitarbeiterInnen des Bildungsapparates Anfang der neunziger Jahre eine Vielzahl von NGOs. In manchen Fällen gelang es, mit Hilfe von GeldgeberInnen aus dem »Norden«, das pädagogische Modell der Educación Popular weiter anzuwenden – freilich ohne die progressiven sozialen und politischen Rahmenbedingungen der achtziger Jahre substituieren zu können.

Seit einigen Jahren scheinen aber die Erfahrungen und Ansätze der sandinistischen Bildungskampagnen auch im

konservativ-liberalen Lager interessiert studiert zu werden. Natürlich ist es nicht das emanzipatorische Konzept der Educación Popular, das die Herzen der Damen und Herren im Bildungsministerium höher schlagen lässt, sondern vielmehr die Vision eines Bildungswesens, das auf der Freiwilligkeit der Lehrenden beruht und damit sehr kostengünstig ist. Das APRENDE-Projekt von Weltbank und nicaraguanischer Regierung stellt eine reaktionäre Variante dieses Freiwilligkeitsprinzips dar.

Und auch im Bereich der Alphabetisierung scheint jetzt der Geist der Brigadistas wiederbelebt zu werden. Angesichts einer stetig wachsenden Zahl von AnalphabetInnen (zuletzt rund 35 Prozent der Bevölkerung), initiierte die Regierung mit spanischer Unterstützung ein Alphabetisierungsprogramm für rund 75.000 Personen. Mit Hilfe der Interamerikanischen Entwicklungsbank hofft der Erziehungsminister Silvio de Franco das Programm auf rund 500.000 Personen ausweiten zu können (siehe El Nuevo Diario vom 13. September 2001). Der Erfolg dieses Programmes darf bezweifelt werden, da die Regierung kein pädagogisches Konzept zu haben scheint. Der Umstand, dass es in Nicaragua die wohl erfolgreichsten PädagogInnen mit mittlerweile über 20 Jahren Berufserfahrung im Bereich der Alphabetisierung gibt, kommt diesem Programm jedenfalls nicht zu gute. Die konservative Regierung hat bislang keine Anstalten gemacht, diese PädagogInnen nach ihren Erfahrungen und Konzepten zu befragen.



Widerstand gegen die Privatisierungen in Nicaragua

Nichts als Abwehrkämpfe

Schwerpunkt der Diskussion über die aktuelle wie zukünftige Situation Nicaraguas und seiner Bevölkerung ist – neben der Korruption – die Privatisierung der Grundversorgung. Der Widerstand in Nicaragua stellt sich in erster Linie als Abwehrkampf dar. Nationalistische Konzepte spielen dabei in Analysen und Mobilisierungsansätzen eine große Rolle (1).



»Wenn sie die Grundversorgung privatisieren (Wasser, Strom, Telefon), wofür zahlen wir dann Steuern an den Staat?«

Nicht nur in Nicaragua ist es eine der Selbstverständlichkeiten linker Politik, dass die Grundversorgung für alle Menschen unabhängig von deren Kaufkraft gesichert sein muss. Eine Verschlechterung in der Versorgung mit Strom, Telekommunikation und vor allem Trinkwasser wirkt sich schließlich sofort und direkt auf die Lebensqualität und Lebenserwartung der Menschen aus.

Seit 1987 verpflichtet sich der nicaraguanische Staat immerhin in seiner Verfassung, »den Zugang der Bevölkerung zu den öffentlichen Grundleistungen Energieversorgung, Kommunikation, Wasserversorgung (...) zu fördern, zu erleichtern und zu regulieren«. (2) Der Anspruch auf diese flächendeckende Versorgung ist allerdings oft das Papier nicht wert, auf dem

er garantiert wird; dessen ungeachtet legen aber die bisherigen Erfahrungen nahe, dass die Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit sich durch eine Privatisierung weiter verschlechtern werden. Die aktuell wichtigsten Kampagnen, sei es nun gegen den Verkauf des Wassernetzes einer Stadt oder die Vergabe exklusiver Rechte am Lago de Apanás im Zuge der Privatisierung von Wasserkraftwerken, formieren sich unter dem Slogan »Wasser ist Leben!« (3).

»Se vende patria«

Mit dem Argument, dass gerade Trinkwasser keine Ware sein dürfe und allen EinwohnerInnen des Landes durch den Staat zur Verfügung gestellt werden müsse, wendet sich die Kritik an der

Privatisierung relativ schnell gegen diejenigen Unternehmen, die am Kauf staatlicher Versorgungseinrichtungen interessiert sind: die so genannten »transnationalen Konzerne«. Nun ist es in der Tat so, dass es in Nicaragua kein Unternehmen gibt, das kapitalstark genug wäre, beispielsweise die Energieerzeugung oder die Wasserversorgung einer mittelgroßen Stadt zu erwerben. Folglich werden diese Objekte – zu Schleuderpreisen, wäre hinzuzufügen – von Unternehmen oder Unternehmensgruppen gekauft, deren Firmensitze sich üblicherweise in einem Metropolenland befinden, also: »ausländischem Kapital«. Diese transnationalen Konzerne werden zumeist als dem »nationalen Interesse« entgegengesetzt wahrgenommen; der Verkauf nationaler Ressourcen an ausländisches Kapital



Privatwache in Managua

wird kritisch betrachtet. Der nicaraguanische Staat verliert durch Privatisierung an Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten; dass diese nun in den Händen von transnationalen Konzernen ruhen, wird als Verlust an nationaler Souveränität gesehen. »Wer Stromversorgung, Telekommunikation und Wasser eines Landes besitzt, kontrolliert ein Land,« sagt beispielsweise Carlos Ruiz vom Movimiento Comunal in Matagalpa. Vergleichbare Aussagen finden sich sinngemäß immer wieder. So wird beispielsweise in der Kampagne gegen den Verkauf der Wasserversorgung der »Verkauf eines Teils des Vaterlandes an ausländisches Kapital« angeprangert. Eine Idee, auf die laut der Verbraucherorganisation Red Nacional de Defensa de los Consumidores nur »Vaterlandsverräter« (4) kommen können. Ähnlich argumentiert die Kampagne gegen die Privatisierung des Lago de Apanás, wenn sie den Petitionsausschuss des Parlaments auffordert, auf den Verkauf »eines Teils des nationalen Erbes« zu verzichten. Folgerichtig würde ein – hypothetischer – Verkauf von Infrastruktur an nicara-

guanische Konzerne als das kleinere Übel gesehen. Schließlich planten transnationale Konzerne ihre Investitionen nicht langfristig, sondern zögen den möglichen Gewinn aus dem Land und hinterließen eine Wüste. Demgegenüber bestünde bei nationalen Unternehmen die Hoffnung, dass der Gewinn im Land bliebe, Steuern gezahlt würden sowie eine verantwortungsvollere Preispolitik betrieben würde. Durch seine Steuereinnahmen hätte der Staat dann Geld zur Verfügung, welches wiederum für soziale Zwecke einsetzbar wäre. Mehr oder weniger explizit wird also dem nationalen Kapital ein höheres »Verantwortungsbewusstsein« zugestanden. (5)

... und was machen wir mit Vater Staat?

Die Kritik an der Privatisierung wird mit der Stoßrichtung geführt, dass der Staat die Grundversorgung der nicaraguanischen Bevölkerung sichern müsse. So besteht, wie bereits erwähnt, die verfassungsrechtliche Verpflichtung, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser flächendeckend zu gewährleisten. Die außerparlamentarische Linke ist davon überzeugt, dass nur der Staat in der Lage sein kann, die Grundversorgung für alle sicherzustellen, da dies nur möglich ist, wenn die Maßstäbe wirtschaftlicher Rentabilität nicht angelegt werden. Eine Übertragung dieser Zuständigkeiten an die Kommunen könne möglicherweise noch in Betracht gezogen werden. Die Schaffung von Kooperativen wird auch in Bereichen, in denen dies sinnvoll sein könnte – wie beispielsweise der Lebensmittelproduktion – nicht in Betracht gezogen. Dies ist um so auffälliger, als in Nicaragua in den achtziger Jahren Kooperativen gezielt gefördert wurden. Grundsätzlich kommen die verschiedenen gegen Privatisierungen aktiven Gruppen alle zu der Einschätzung, dass der Staat gegen den aktuellen weltweiten Trend der Deregulierung gestärkt werden müsse, da nur so der immer dringendere Kampf gegen soziale Ungleichheit geführt werden könne. Wie es Carlos Ruiz vom Movimiento Comunal in Matagalpa ausdrückte: »Die Rolle des Staates sollte eigentlich darin bestehen,

dass er reguliert. Nicaragua ist dazu aber nicht in der Lage, und die Regierung fungiert als Helfer der transnationalen Konzerne.«

Widerstand...

Die außerparlamentarische Linke in Nicaragua ist – ähnlich wie in Metropolitanstaaten – relativ marginalisiert. Sie besteht zum großen Teil aus Menschen, die sich als SandinistInnen begreifen, der FSLN jedoch ausgesprochen kritisch gegenüber stehen, beziehungsweise diese gar nicht mehr als Teil der Linken betrachten.

Die Umsetzung der Kritik in Widerstand sieht sich einer gesellschaftlichen Gesamtsituation gegenüber, die gekennzeichnet ist von zunehmender Passivität seitens weiter Teile der Bevölkerung. Zum Einen sind gerade die Ärmsten vollkommen mit der Aufgabe ausgelastet, das tägliche Überleben zu sichern. Zum Anderen sind die Menschen desillusioniert von der parlamentarisch etablierten Linken in Gestalt der FSLN. Die FSLN hat sich seit ihrer Abwahl 1990 als äußerst machthungrig und korrupt erwiesen. Paradebeispiel ist der so genannte »pacto«, in dem Daniel Ortega mit dem damaligen Präsidenten Arnoldo Alemán unter anderem vereinbarte, ehemaligen Präsidenten einen lebenslangen Sitz im Parlament – und damit Immunität – zuzusichern. Alemán konnte sich so bestmöglich geschützt bereichern, und Ortega in Ruhe die Verjährung einer Anklage wegen sexuellen Missbrauchs seiner Stieftochter abwarten.

Daher rührt auch der Versuch von Seiten der außerparlamentarischen Linken, sich nicht mehr in Form von Parteien zu organisieren, sondern statt dessen eine breite soziale Bewegung zu initiieren. »Es wird ein sozialer Kampf sein, der ohne Beteiligung von Parteien stattfinden wird. Es müssen Bündnisse geschlossen und die Leute sensibilisiert werden. Die Trennung von den Parteien bedeutet nicht, dass nicht einzelne Allianzen eingegangen werden könnten. Sie trifft auf große Resonanz bei der Bevölkerung, die die Schnauze voll hat von Parteien.« (Clemente Martínez vom Centro Humboldt) Erschwert wird die Mobilisierung

allerdings durch die Erfahrung, dass das revolutionäre Experiment der achtziger Jahre, bei allen Errungenschaften, im Nachhinein betrachtet vor allem mit einem Krieg beantwortet wurde. Den Menschen in Nicaragua hat der von den USA finanzierte Contra-Krieg (6) nachdrücklich zu verstehen gegeben, dass der Versuch, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen, geahndet wird. Die Leistungen der SandinistInnen, etwa die Landreform oder die Alphabetisierung, sind dem gegenüber größtenteils nur noch Erinnerung. Ruth Selma Herrera, Red de Consumidores, charakterisiert die Situation folgendermaßen: »Erst haben die Menschen die Somoza-Diktatur durchlitten, dann den Contra-Krieg, und jetzt geht schon wieder alles Schlag auf Schlag – eine traumatisierte Bevölkerung, der keine Atempause gegönnt wird.«

Entsprechend schwierig gestaltet sich der Versuch, eine soziale Bewegung zu initiieren. Die Menschen sind nicht leicht zu mobilisieren, und schon die Aufklärungsarbeit stößt teilweise an ihre Grenzen. So fühlen sich viele von der Privatisierung von Wasser oder Elektrizität nicht betroffen, da sie ohnehin zu arm sind, einen ordnungsgemäßen Anschluss zu bezahlen und so eben die Leitungen illegal anzapfen. Dies lässt außer Acht, dass private Versorger derartige Eigenmächtigkeiten sehr viel entschlossener unterbinden werden als der Staat (7).

Zudem verlief die Privatisierung »vom Einfachsten zum Schwierigsten«. Anfang der neunziger Jahre stieß die Privatisierung von über 300 staatlichen Produktionsbetrieben oftmals nur auf den Widerstand der Beschäftigten, die zu Recht massive Entlassungen befürchteten. Nun, da die Privatisierung bei der Grundversorgung angelangt ist, kann nur noch versucht werden, die letzten Bastionen zu verteidigen. Dazu kommt die unaufhaltsame Verschlechterung des Lebensstandards seit den Wahlen 1990, der inzwischen erschreckenderweise wieder unter dem Niveau der Somoza-Diktatur liegt. So führen die AktivistInnen einen Abwehrkampf nach dem anderen, deren Ergebnisse oft eher kosmetischer Natur sind. Mit anderen Worten: In dieser Situation, ist es kaum



Kaufkraftzentrum in Managua

möglich, Alternativen aufzeigende Perspektiven zu entwickeln.

...beginnt mit Aufklärung

Den geschilderten Mobilisierungsschwierigkeiten wird besonders von Seiten der Verbraucherorganisationen mit unermüdlicher Basisarbeit begegnet. Wichtigstes Nahziel ist die Aufklärung der Bevölkerung: So sollen die Menschen mit Straßenaktionen – so genannten Plantones – Lautsprecherdurchsagen und Besuchen in den Vierteln über die Pläne der Regierung und über ihre Rechte informiert werden (8).

Wichtigster Ansatzpunkt der Aufklärungsarbeit ist es, das Bewusstsein für die eigenen Rechte zu wecken oder zu stärken. Diesem Ziel dienen auch exemplarische Klagen und Einzelfallunterstützung. Obwohl ein Scheitern auf dem juristischen Weg eher Regel als Ausnahme ist, sind die AktivistInnen des Red de Consumidores davon überzeugt, dass es generell wichtig ist, sich zu wehren. Natürlich zielen Klagen auch auf ganz konkreten praktischen

Nutzen ab: Hin und wieder erweist sich ein juristisches Vorgehen, trotz aller Mängel des Justizsystems, als erfolgreich. Ein mit Unterstützung des Red gewonnenes Verfahren gegen Union Fenosa wegen einer Stromrechnung über 100 US-Dollar – zu bezahlen von einer armen Familie, versteht sich – ist eine Ermutigung für alle Betroffenen. Nicht nur, dass das Urteil für die Anfechtung anderer überhöhter Stromrechnungen genutzt werden kann: Es bestätigt zugleich, dass es möglich ist, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen. Weniger positiv verlief der Versuch des Red de Consumidores, die Erhöhung der Strompreise im Juni 2002 aufzuhalten. Auch in diesem Fall wurden Rechtsmittel gegen die Tarifierhöhung eingelegt, allerdings erfolglos: Am darauf folgenden Tag trat die Erhöhung in Kraft.

Ähnliche Erfahrungen macht die LehrerInnengewerkschaft ANDEN immer wieder. Klagen gegen die Behinderung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit haben durchaus Erfolg vor den Gerichten. Leider ist es dennoch kaum möglich, die Einhaltung

des Urteilspruchs dann auch tatsächlich durchzusetzen.

Weitere Mittel, der Kritik Gehör zu verschaffen und Widerstand auf anderer Ebene zu leisten, sind parlamentarischer Druck, zum Beispiel durch Eingaben an den Petitionsausschuss CGR, sowie Öffentlichkeitsarbeit (9). In Bezug auf die Privatisierung des Wassers funktionierten beide Wege sehr gut. Die Medien griffen das Thema breit auf und berichteten im Sommer 2002 beinahe täglich von den geplanten Vorhaben und der Kritik daran, während der Petitionsausschuss die Eingabe gegen die Privatisierung des Lago de Apanás in Rekordzeit bearbeitete und den Vergabeprozess letztendlich stoppte.

Vorrangige Aufgabe für einen erfolgreichen Widerstand ist die weitere Mobilisierung. Nun, da im Hinblick auf die Privatisierung des Lago de Apanás ein großer Erfolg erzielt wurde, ist es wichtig, sowohl das weitere Gesetzgebungsverfahren zu beeinflussen als auch die Chance zu nutzen, den Elan und Schwung aus diesem Teilbereich in andere Kämpfe hinein zu tragen.

»Somos Nicaragüenses!«

Kennzeichnend für den gewählten Mobilisierungsansatz ist, dass unter nationalen Vorzeichen das Bewusstsein der Bevölkerung geschärft und Solidarität entwickelt werden soll – sei es nun als langfristiges Konzept oder aus taktischen Erwägungen. Adressaten der Agitation sind meistens »die NicaraguanerInnen«, Aufrufe richten sich an »uns NicaraguanerInnen«. Es wird betont, dass unter dem »nicaraguanischen Volk« nicht alle Menschen mit entsprechendem Pass, sondern unter Ausschluss der Oligarchie die Armen und Ärmsten verstanden werden. Nationalismus wird begriffen als eine Art Kampflösung, die sich auf die Revolution und auf Sandino beziehe, der seinen Nationenbegriff in Abgrenzung gegen die USA entwickelt hat. Laut Ruth Selma Herrera vom Red de Consumidores ist »die Bildung einer nationalen Identität wichtig, um gegen die Globalisierung zu kämpfen.« Vorstellungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Nicaraguas

konzentrieren sich oft darauf, dass Nicaragua »eigentlich ein reiches Land« sei: ein fruchtbares Land – einstmals die Kornkammer Mittelamerikas – und ein wasserreiches Land. Es wird als wichtig erachtet, gerade die Wasserreserven nicht zu privatisieren, sondern statt dessen nach dem Vorbild Costa Ricas vorzugehen. Dort blieben Wasserkraftwerke und Wasserversorgung in staatlicher Hand, so dass der Staat nun mit dem Export von Wasser gute Einnahmen erwirtschaften kann (10). Außerdem müsse der Anteil der Stromerzeugung durch Wasserkraft – bei einer momentanen Nutzung von nur sechs Prozent des Potenzials – aus mehreren guten Gründen gesteigert werden: Der Verzicht auf die auf Erdöl basierende Energieerzeugung wäre umweltfreundlicher, Devisen sparend und könnte obendrein zum Export von günstiger Energie führen. Außerdem müsse der nicaraguanische Markt, anders als dies Abkommen wie die Freihandelszone ALCA (Area de Libre Comercio de las Americas) vorsehen, geschützt werden. Die nicaraguanische Wirtschaft sei so schwach, dass sie der Konkurrenz mit den mittelamerikanischen Nachbarstaaten, geschweige denn den USA, nicht standhalten könne. Als Beispiel wird angeführt, dass ein Großteil der landwirtschaftlichen Weiterverarbeitung in El Salvador stattfindet. Auf die Frage nach den möglichen Entwicklungsperspektiven eines Landes wie Nicaragua gibt es allerdings auch pessimistischere Antworten. Beispielhaft dafür sind die Ausführungen von Miguel de Castilla de Urbina, einem Professor an der Universität UCA: »Die Armut hat ein sehr hohes Niveau erreicht, und der Rückstand gegenüber vergleichbaren Ländern wie Costa Rica ist groß. Gleichzeitig ist der Einfluss der USA sehr groß. Der Neoliberalismus führt dazu, dass die Länder [Mittelamerikas] als Lieferanten billiger Arbeitskraft bzw. als Ziele des Tourismus betrachtet werden. Es ist nicht möglich, über nationale Entwicklungskonzepte ernsthaft nachzudenken. Es gibt keine Utopie mehr wie in den achtzigern.«

(1) Eine Kritik an nationalistischer Argumentation folgt im Artikel »Patria libre«.

(2) Artikel 105 der Verfassung, siehe eigenes Kästchen, Eigenübersetzung

(3) siehe Artikel »See zu verschenken«

(4) im Original »vende patria«: vaterlandsloser Geselle, Verräter

(5) siehe Artikel »Patria libre«

(6) Gelder gab es auch aus anderen Quellen, zum Beispiel aus der BRD. In dem Buch »Die Contra Connection« heißt es unter anderem: »Gemäß der Strategie der 'verdeckten' Aktion unterstützt die CDU/CSU die Arbeit von Organisationen, die ihrerseits Lobbyarbeit für die Contra besorgen, wie die Nicaragua-Gesellschaft in Bonn, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt, die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie in München, u.a.« Die IGFM bekam dann 1985 vom BMZ Entwicklungshilfegelder in Höhe von 435.000 DM bewilligt.

Zur Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung heißt es in dem Buch: »Direkte Unterstützung der Contra ist ihnen selten nachzuweisen, denn die CDU muss ihr demokratisches Gesicht wahren. Offiziell hat sie ebenso wenig wie ihre Stiftung etwas mit der Contra zu tun. Inoffiziell (...) wird ein Netz von Organisationen, Vereinen und Kontakten gespannt, in dem es auch zu direkten Berührungen mit der Contra kommt. (...) Für die Jahre 1987/88 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre Nicaragua-Projekte allein fünf Millionen DM beantragt.« Es gab auch Treffen zwischen Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Contra. (Gaby Gottwald u.a., Die Contra Connection, Konkret Literatur Verlag 1988)

(7) siehe Artikel »Vom Staats- zum Privatmonopol«

(8) Lautsprecherwägen fahren in ganz Nicaragua häufig durch die Straßen der Städte und Gemeinden, um dort von Werbung über Todesanzeigen und eben auch politischen Informationen alles auszurufen. Plantones wiederum sind mit »Demonstrationen« oder auch »Straßenblockaden« recht irreführend übersetzt. Typischerweise findet eine Kundgebung statt – dies weniger auf einem Hauptplatz der Stadt (da Managua einen derartigen Hauptplatz ja auch gar nicht besitzt) als auf einer der größeren Straßen. Sie werden durch Besetzung einer Fahrbahnhälfte teilweise blockiert, und an die PassantInnen und langsam vorbeifahrenden AutofahrerInnen wird Infomaterial verteilt.

(9) Die CGR - Contraloría General de la Republica - entspricht in etwa dem deutschen Petitionsausschuss, hat jedoch weitreichendere Befugnisse.

(10) Clemente Martínez, Centro Humboldt

Kritische Anmerkungen zum Linksnationalismus

Patria Libre

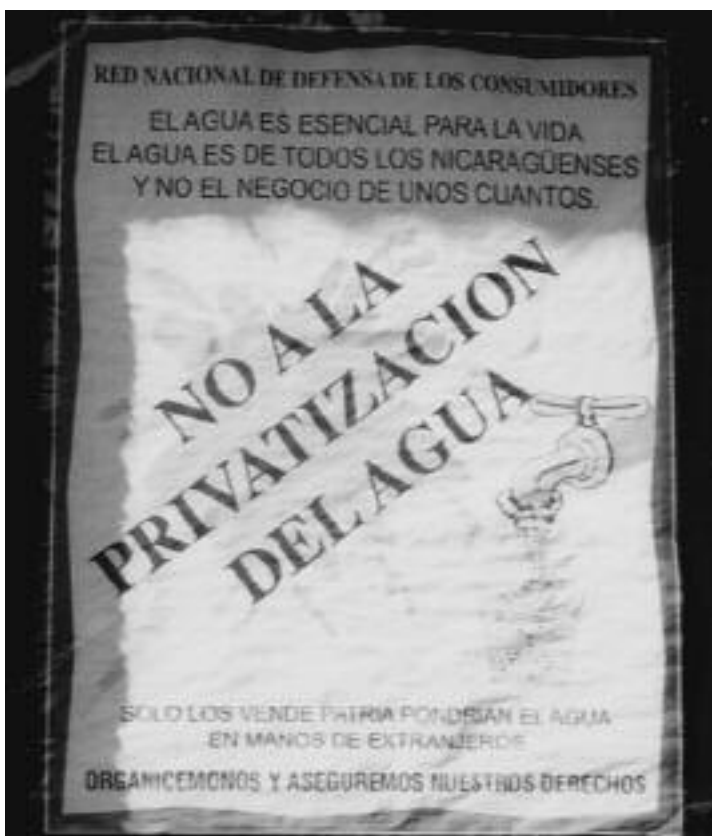
Auf den ersten Blick mag es fragwürdig erscheinen, den Nationalismus eines kleinen, nicht aggressiven Trikontstaates zum Gegenstand der Kritik zu machen, gerade wenn die KritikerInnen aus Deutschland kommen. Dennoch ist dies in zweierlei Hinsicht gerechtfertigt. Zum Einen waren in Nicaragua bei Diskussionen über politische Perspektiven die linksnationalistischen Politikansätze so dominant, dass wir zumindest an einer kritischen Beschreibung dieser Positionen nicht vorbei können, wenn wir die politische Realität in Nicaragua wiedergeben wollen. Auf der anderen (und letztendlich entscheidenden) Seite wollen wir mit unserer Kritik des Nationalismus vor allem Stellung beziehen gegen jene Teile der deutschen Linken, die im internationalistischen Kontext kritiklos Begriffe wie »Volk«, »Nation« und »nationale Befreiung« affirmieren. Wir halten diese positive Bezugnahme für gefährlich, da sie erstens wenig dienlich ist, die sozialen Widersprüche (sowohl in Nicaragua wie in Deutschland) zu beschreiben. Und zweitens damit nur Begrifflichkeiten und Maßstäbe verbreitet werden, die die von der kapitalistischen Produktionsweise weltweit erzwungene gesellschaftliche Fragmentierung zu verdecken suchen, indem eine »natürliche« Interessengemeinschaft aller im nationalen Rahmen vorausgesetzt wird. (Womit man sich ideologiegeschichtlich wie in der politischen Praxis in gefährlicher Nachbarschaft zu rechten Weltbildern wiederfindet.)

Am Vaterland kommt in Nicaragua niemand vorbei. Vor allem innerhalb der Linken scheint der Nationalismus ein nicht wegzudenkender Ideologiebaustein zu sein. Auch in der Kritik der

Privatisierungspolitik der nicaragua-nischen Regierung sind nationalistische Untertöne nicht zu überhören. Die Kritik richtet sich zwar zunächst generell gegen die Transformation von

Basisdienstleistungen in Waren. Als besonders verwerflich gilt jedoch, dass die Konzerne, die die ehemaligen Staatsunternehmen aufkaufen, ausländische sind oder noch schlimmer »transnationale« (1).

Als Gegenmacht zu diesen »transnationalen Konzernen« wird die Nation konstruiert, die in ihrer Gesamtheit in ihrer Existenz bedroht sei. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, dass es auch in Nicaragua eine gesellschaftliche Fragmentierung in Klassen und Schichten gibt, und folglich unterschiedliche Interessenlagen bezüglich der Privatisierungen. So nimmt es auch nicht Wunder, dass Teile derer, die gegen Privatisierungen kämpfen, es bereits als Fortschritt sehen würden, wenn der staatliche Besitz in die Hände der nationalen Bourgeoisie überginge (2). Andere gehen noch weiter und sehen im Nationalismus gleichermaßen ein taktisches Mittel zur Mobilisierung von Menschen für soziale Kämpfe wie eine Schlüsselideologie im politischen Kampf. Schließlich sei »die Bildung einer nationalen Identität wichtig, um gegen die Globalisierung zu kämpfen« (3). Entsprechend wird an die herrschende Elite appelliert, »patriotisch« zu handeln. Und da sie dies in den Augen ihrer KritikerInnen nicht tut, wird sie mit dem schlimmsten Fluch



»Nur Vaterlandsverräter geben das Wasser in die Hände von Ausländern.«



»Du sollst Dir kein Bildnis machen.« (2. Mose 20, 4) – Plakativer Antikapitalismus in León.

belegt, zu dem NationalistInnen fähig sind – sie seien »vende patrias«, Vaterlandsverräter.

KritikerInnen solch nationalistischer Ansätze wird – zumal wenn sie aus Europa kommen – entgegnet, dass sich die Begriffe »Vaterland« und »Nation« in Nicaragua wie in ganz Lateinamerika völlig anders definieren als in Europa. Nationale und soziale Frage seien in Lateinamerika kein Gegensatz, sondern bedingten sich gegenseitig. Eine Argumentation, die auf den ersten Blick schlüssig erscheint – zumal ein nationaler Chauvinismus, wie er den europäischen Nationalismen eigen ist, in Nicaragua nirgends anzutreffen ist. Beginnt man jedoch die nationalistische Ideologie genauer zu untersuchen, das heißt zu hinterfragen, wofür diese benötigt wurde und wird, welche Widersprüche damit wie erklärt werden etc., so bekommt die Fassade des angeblich ungefährlichen, ja sozialen lateinamerikanischen Nationalismus schnell Risse. Und ein etwas anderes Bild vom »Vaterland« entsteht.

Die Geburtshelfer der lateinamerikanischen Nation

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Lateinamerika sind so alt wie die Con-

quista selbst – im doppelten Sinne. Zum einen leisteten bis ins 19. Jahrhundert hinein indigene Gruppen Widerstand gegen die Besetzung und versuchten, ihre Gesellschaftssysteme zu verteidigen beziehungsweise wiederherzustellen. Andererseits waren es die Conquistadores selbst, die mit einer Unabhängigkeit von Spanien liebäugelten. Schließlich hatten sie ja nicht all' die Mühen und Risiken der Eroberung eines Kontinents auf sich genommen, um dann den Löwenanteil der Beute der spanischen Krone überlassen zu müssen (4). Dass aus diesen Plänen jedoch nichts wurde, hatte vor allem zwei Gründe. Erstens war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die spanische Militärmacht stark genug, um Aufstände niederzuschlagen – egal ob von Indígenas oder abtrünnigen Kreolen. Andererseits hatte die koloniale Oberschicht in Amerika selbst keine Verbündeten (5). Die unteren sozialen Schichten – Indígenas, SklavInnen und arme MestizInnen – sahen keine Veranlassung, an der Seite ihrer Peiniger zu kämpfen, nur damit sich diese von der spanischen Hegemonie befreien. Die Situation änderte sich grundlegend Anfang des 19. Jahrhunderts. Erstens waren zu diesem Zeitpunkt die militärischen Möglichkeiten der spanischen

Krone bereits stark reduziert (6). Andererseits änderte sich auch die Zusammensetzung der Eliten in den Kolonien selbst. Die konservativen GroßgrundbesitzerInnen mussten einen Großteil ihrer Macht zugunsten des liberalen, städtischen Bürgertums abgeben. Beeinflusst von den Ideen der Aufklärung wie von strategischen Überlegungen unterschied sich diese Elite vom konservativen Teil der Oberschicht darin, dass ihre Vision von Unabhängigkeit – nationale Souveränität und freier Kapitalismus – auch eine soziale Komponente besaß: Abschaffung der Sklaverei und anderer Formen der Zwangsarbeit. Dies hatte einerseits durchaus emanzipatorischen Charakter und versprach eine Verbesserung der Lebensumstände. Andererseits gelang es dadurch der kolonialen Bourgeoisie, die besitzlosen Klassen auf die Seite ihrer »nationalen Sache« zu bringen und so ihre Ziele durchzusetzen. Als herausragende Persönlichkeit dieser Elite gilt Simon Bolívar, in dem viele den Begründer des lateinamerikanischen Nationalismus sehen. Sein Konzept von Nation, auf das sich fast die gesamte nationalistische Linke Lateinamerikas indirekt oder direkt bezieht, umfasste in seinem Einschluss nahezu alle Klassen und Schichten und



Gut geschütztes Privateigentum

Nation und Nationalismus

Um Missverständnissen vorzubeugen, wollen wir im Folgenden kurz umreißen, was wir unter den beiden Begriffen Nation und Nationalismus verstehen: Nationen entstanden als einheitliche Wirtschaftsräume im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten war die Herausbildung der lateinamerikanischen Nationalstaaten Produkt gleichermaßen der antikolonialen Unabhängigkeitskriege wie der darauf folgenden Verteilungskämpfe innerhalb der lateinamerikanischen Eliten. Der Nationalismus, also das Propagieren der und das Denken in Nationen, ist eine ureigene Ideologie des Bürgertums, indem er eine wie auch immer geartete Gemeinsamkeit der Mitglieder einer Nation über alle sozialen Unterschiede hinweg kon-

struiert – eine nationale »Identität«. Wie diese Identität begründet wird, entscheidet sich pragmatisch. Mal stehen kulturelle oder historische, mal biologische Begründungsmuster im Vordergrund. Der Nationalismus wirkt im doppelten Sinne repressiv – als Einschluss und als Ausschluss. Einerseits suggeriert er, dass alle im nationalen Kollektiv innerhalb bestimmter – hegemonial durchgesetzter – Grenzen zu denken und handeln zu haben (zum Wohle der eigenen Nation). Dabei findet sich jeder wie auch immer begründete Einschluss von Gruppen und Personen in das nationale Kollektiv zwangsläufig, als Negation in der Definition eines Ausschlusses wieder und legt fest, welcher Personenkreis nicht dazugehört. Der Nationalismus erzeugt also Druck nach außen und nach innen.

definierte so eine »lateinamerikanische Identität«. Der Ausschluss wirkte gegen den äußeren, »gemeinsamen« Feind – zu Bolívars Zeiten Spanien, später die USA – und gegen diejenigen Teile der Oberschicht in den lateinamerikanischen Ländern, die als Verbündete beziehungsweise Handlanger dieses äußeren Feindes wahrgenommen wurden. Es ist also durchaus richtig, dass historisch gesehen die theoretische Konzeption des lateinamerikanischen Nationalismus – obgleich ebenfalls ein Konzept der Bourgeoisie – ohne die Ausgrenzungen ausgekommen ist, die die sich zeitgleich entwickelnden europäischen Nationalismen hervorbrachten (zum Beispiel in Frankreich und England Abgrenzung gegen SklavInnen und Indígenas in den Kolonien, in Deutschland antisemitische Ausschlusskriterien).

Jedoch zeigt sich in der Praxis, dass auch der lateinamerikanische Nationalismus ähnliche Erscheinungsformen hervorbrachte und hervorbringt wie seine europäischen Pendanten. Die Formen nationalistischer Ausgrenzung reichen in Lateinamerika von Entrechtung und Diskriminierung, so zur Zeit gegen NicaraguanerInnen in Costa Rica, bis hin zu Pogromen, beispielsweise

gegen HaitianerInnen in der Dominikanischen Republik in den 30er Jahren (7). Vor diesem Hintergrund ist es – auf die nicaraguanische Realität bezogen – durchaus fraglich, ob das Fehlen einer gegen andere gerichteten Aggressivität tatsächlich mit dem theoretischen Konzept des nicaraguanischen oder allgemein lateinamerikanischen Nationalismus begründet werden kann. Oder doch eher damit, dass es kein wirtschaftliches oder politisches Dominanzverhältnis gibt, auf dessen Grundlage auch der nicaraguanische Nationalismus ausgrenzend wirken könnte. Die geschichtlichen Fakten verweisen jedenfalls darauf, dass auch in Lateinamerika der Nationalismus nicht als blutleeres Abstraktum aufgefasst werden kann, sondern dass zu seiner realistischen Beschreibung die konkreten Widersprüche innerhalb der einzelnen Gesellschaften untersucht werden müssen – anstatt nur auf äußere Widersprüche zu verweisen. Dies bedeutet, anzuerkennen, dass das angeblich über den Klasseninteressen stehende »nationale Interesse« auch in Lateinamerika eine Demagogie ist, die darauf abzielt, der herrschenden (Klassen-)Politik wie den unterschiedlichen Positionen in der politischen Ausein-

andersetzung eine breitere Legitimation zu verleihen. Dies gilt nicht nur für rechte, sondern für alle nationalistischen Politikansätze (8) – auch dann, wenn die herrschende Politik durchaus sozial und progressiv ist (9).

Das Böse, das von außen kommt

Damit der linke wie der rechte Nationalismus »funktionieren«, das heißt das klassenlose Interesse ohne klassenlose Gesellschaft auch inmitten einer kapitalistisch-fragmentierten Gesellschaft halluziniert werden kann, muss die soziale Frage nationalistisch gestellt werden. Die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus – beziehungsweise der Kapitalismus selbst – müssen als etwas von außen Kommendes dargestellt werden. Dabei darf selbstverständlich nicht unter den Tisch fallen, dass die geschichtliche Realität (Conquista, Kolonialherrschaft, US-Interventionismus etc.) wie auch die Erscheinungsform des Kapitalismus selbst die Herausbildung eines solchen nationalistisch verkürzten Antikapitalismus in Lateinamerika zweifelsohne gefördert haben. Generell ist festzustellen, dass der Kapitalismus und damit auch das Bild vom Kapitalismus sich in Lateinamerika



Straßenkreuzung in Managua

nicht in der gleichen Form wie in Europa als »freie« Warenproduktion entwickelten beziehungsweise entwickeln konnten, sondern dass hier das politisch-militärische Gewaltverhältnis lange Zeit dominant war. Vor allem die Bergwerks- und die Plantagenökonomie produzierte zwar unter zuerst kolonialem, dann imperialistischem Regime für den kapitalistischen Markt, war aber selbst von feudalen Strukturen geprägt (Sklaverei, Zwangsarbeit). Die Arbeitsverhältnisse beruhen heute fast ausschließlich auf dem »freien«, das heißt nur auf dem ökonomischen Zwang fußenden Verkauf der Arbeitskraft. Dennoch ist sicherlich nicht ganz zu Unrecht ein »politisches« Bild der kapitalistischen Produktionsweise (in dem Sinne, dass außer-ökonomischer Zwang Wesensmerkmal des Kapitalismus sei) immer noch Teil der politischen Kultur.

Diese Wahrnehmung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird durch ein zweites simplifizierendes Moment ergänzt und verstärkt: der Aufteilung des Kapitalismus in verschiedene, scheinbar unabhängige Sphären. Das durchaus dominante Bild affirmiert einerseits einen »natürlichen« Teil – die nationale Produktion – die Übel des Kapitalismus werden hin-

gegen auf den abstrakten Teil – Welt-handel und Imperialismus – projiziert. Die Warenproduktion als solche wird kritiklos akzeptiert, das Problem wird nur im (Welt-)Markt gesehen, da dort Produkte aus Trikont-Staaten nicht den erhofften Preis erzielen beziehungsweise überhaupt nicht konkurrenzfähig sind.

Beispiele für ein solches Denken finden sich zur Genüge im linken Kapitalismuskritik – nicht nur in Nicaragua. Signifikant ist, dass dieser Diskurs weitgehend die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion selbst unbeachtet lässt, beispielsweise das Verhältnis von in der Produktion vergegenständlichter Arbeit zu den erzielten Marktpreisen. Vielmehr wird das Bild verbreitet, Marktmechanismen seien nur mit dem wirtschaftlich oder politisch motivierten Schalten und Walten einzelner Personengruppen bzw. Organismen erklärbar (10).

Los hijos de Sandino

Statt also die kapitalistische Produktionsweise und somit die Existenzgrundlage der eigenen Bourgeoisie zu hinterfragen, bleibt die Kritik bei der Zirkulationssphäre und den internationalen Dominanzverhältnissen

(oder in Lateinamerika besser gesagt: bei der US-Politik) stehen, denen das ganze nationale Kollektiv in gleicher Weise unterworfen zu sein scheint. Dieses (Selbst-)Bild ist dabei keineswegs neu, sondern war schon immer eine Grundlage auch der nicaraguanischen Befreiungsideologie. Bereits für Augusto Cesar Sandino war alles, was mit Geld, Börse und den Vereinigten Staaten zu tun hatte im wahrsten Sinne des Wortes Teufelswerk: »Die dreißig Silberlinge von jenem Judas, der Christus verriet und von dem ihr sicher schon gehört habt, sind nicht verloren gegangen. Sie haben sich auf wunderbare Weise in den Tresoren der Bankiers der Wallstreet vermehrt ... Darum marschiert hinter jedem Dollar ein Yankee-Soldat, bewaffnet bis an die Zähne, gefährlich wie ein hungriger Wolf, und wehe dem Land, das die Hilfe jener verfluchten dreißig Silberlinge angenommen oder erbeten hat!« (11)

Diese verkürzte Kapitalismuskritik bildet offensichtlich den theoretischen Hintergrund einer Linken, die ihre Gegnerschaft zum Kapitalismus nationalistisch beschränkt und die das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie sucht, um sich gegen das Wüten des »transnationalen« Kapitalismus zur



Matagalpa

Wehr zu setzen. Nur in dieser Logik stimmt die Gleichung »Nationale Frage = Soziale Frage«. Mehr noch: Diese Fraktion der Linken hofft, im Nationalismus ein Vehikel zu finden, um wieder Kräfte für soziale Kämpfe zu gewinnen, die mit sozialen Positionen nicht mehr mobilisierbar wären (12). Der Nationalismus wird als taktisches oder strategisches Mittel betrachtet – richtiger (und ungefährlicher) wird diese Position dadurch freilich nicht. Auch in Nicaragua steht die »nationale Frage«, das heißt der Versuch einen Klassen übergreifenden Politikansatz zu propagieren, im offenen Widerspruch zur sozialen Realität.

Nationalistisches Krisenmanagement

Der gesellschaftliche Skandal, dass in den Kaffeeanbauregionen Nicaraguas im Sommer 2002 Menschen verhungerten (und die Regierung anfangs untätig zusah), wurde lange auch von der städtischen Linken weitestgehend ignoriert. Auch bei den Erklärungsmodellen bezüglich der Ursachen des Hungers wurde oftmals das einfache nationalistische (im Sinne von Ursachen nach außen schiebenden) Argument angeführt: Schuld sei der Verfall des

Kaffeepreises an der Kaffeebörse. Es ist erst einmal nicht falsch, dies festzustellen. Zur Erklärung, warum deshalb Menschen inmitten einer üppigen und fruchtbaren Natur verhungern müssen, reicht es indes nicht aus. Es müssten zumindest weitere Fragen gestellt werden. Beispielsweise bezüglich der faktischen Revision der sandinistischen Landreform in den vergangenen 13 Jahren, der Weigerung seitens der Regierung, Kredite an KleinproduzentInnen zu vergeben, der Entscheidung der Finca-BesitzerInnen, weiter auf Exportprodukte zu setzen anstatt auf Güter der Grundversorgung usw. usf. Alles Fragen, die einen sozialen, auf die inneren Klassenwidersprüche verweisenden Aspekt besitzen. Fragen, die aber nicht oder zumindest nicht hörbar gestellt wurden (13).

In einer solchen Situation ist es dann nicht weiter verwunderlich, wenn auch die unmittelbar am schwersten Betroffenen, die landlosen ArbeiterInnen der Plantagen, die jetzt kein Einkommen mehr haben, scheinbar auch nur noch im Klassen übergreifenden Rahmen denken. Wie bei einem Treffen in einer LandarbeiterInnen-Gemeinde zu erfahren war, hoffen diese jetzt vor allem darauf, dass der »Standort« gerettet wird. Das vorherrschende Bild,

dass eine KaffeearbeiterIn nur dann überleben kann, wenn es auch den FincabesitzerInnen gut geht, diese Verinnerlichung des scheinbar klassenlosen Interesses vereinfacht es der nationalen Bourgeoisie, ihre reaktionären Ansätze des Krisenmanagements durchzusetzen: Seitens der nicaraguanischen Regierung gibt es den Vorschlag, das von der FAO finanzierte »Lebensmittel für Arbeit«-Programm auf den Kaffeesektor auszuweiten (14). Konkret hieße dies, dass die LandarbeiterInnen keinen Lohn mehr erhielten, sondern der Staat mit Lebensmittellieferungen ihr (Über-) Leben garantierte. Dafür brächten sie für die Finca-BesitzerInnen die Ernte ein. Der Erlös aus dem Kaffeeverkauf solle dann zwischen Staat, GrundbesitzerInnen und ArbeiterInnen aufgeteilt werden – ein Modell, von dem wohl alle neoliberalen Arbeitsweltmodernisierer träumen: LohnarbeiterInnen ohne Lohn!

Wie weit sich jedoch Widerstand mobilisieren ließe, wenn diese vorkapitalistischen Arbeitsverhältnisse Realität würden, ist durchaus fraglich. Von einer Linken, die beinahe täglich die nationale Bourgeoisie an ihre patriotischen Pflichten erinnert, ist dies jedenfalls kaum zu erwarten.

Inter-Nationale Solidarität?

Die Substitution sozialer Inhalte durch die Betonung des Nationalen ist aber durchaus kein auf die nicaraguanische Linke begrenztes Phänomen. Diese nationalistische Tendenz gibt es weltweit unübersehbar auch in Bewegungen, die vormals mit fortschrittlichen, zum Teil sozialistischen Forderungen antraten und jetzt nichts mehr zu kennen scheinen als "nationale Identitäten" (ob in Kurdistan oder im Baskenland – sorry, das muss natürlich Euskadi heißen!) (15). Auch in Deutschland hatte "die Linke" jahrzehntelang kein großes Problem damit, nationale Kategorien zu einem Maßstab in ihren Politikansätzen zu machen – was für den größeren Teil immer noch gilt. Dies betrifft nicht nur die inzwischen kleine "3.Welt"-Soli-szene, die sich den Vorwurf gefallen lassen musste, sich oft unhinterfragt mit den "nationalen" Zielen der Befreiungsbewegungen solidarisiert zu haben. Zwar wurde in den letzten zehn Jahren eine Auseinandersetzung über den Nationalismus auch im inter-nationalistischen Teil der Linken geführt. Unberührt davon finden sich in den Theorien der so genannten Antiglobalisierungsbewegung immer wieder nationalistische Erklärungsmuster – bis hin, dass sie die Nation als Gegensatz zu den transnationalen Konzernen affirmiert. Auf Kritik daran reagiert sie meist allergisch. Es steht zu befürchten, dass in dem notwendigen Bemühen, die sozialen Kämpfe in den Zentren und im Trikont zu verbinden, gerade der Nationalismus als kleinster gemeinsamer Nenner fungieren könnte. Dabei wäre es gerade in der Auseinandersetzung mit weltweiten Dominanzverhältnissen vor-dringlich, linke, antinationale Positionen zu entwickeln – vor allem in Deutschland. Zum einen, weil hierzulande der Nationalismus historisch mit rassistischen und antisemitischen Ausgrenzungen determiniert ist. Zum anderen, weil ein wie immer gearteter »nationaler Ansatz« auch im inter-nationalistischen Kontext eine völlige Idiotie wäre: Lässt sich der Nationalismus in den Trikontstaaten als untaugliches Mittel im Kampf um soziale Befreiung kritisieren, so ist seine Funk-

tion in den kapitalistischen Zentren eine andere. Hier ist der Nationalismus eines der wichtigsten ideologischen Mittel zur Rechtfertigung weltweiter Unterdrückungsverhältnisse. Verhältnisse, die eine Linke ja gerne umstürzen würde.

(1) siehe dazu auch den Artikel »Nichts als Abwehrkämpfe«

(2) siehe dazu auch den Artikel »Nichts als Abwehrkämpfe«

(3) Ruth Selma Herrera, Red Nacional de Defensa de los Consumidores

(4) Als Prototyp dieses Eroberers kann durchaus Werner Herzogs Filmfigur Aguirre gelten; jener dem Größenwahn Verfallene, der bis zuletzt hofft, mit den eroberten Schätzen ein neues, von Spanien unabhängiges Reich zu gründen. Diese fiktive Figur hatte viele reale Vorbilder. So werden beispielsweise dem Eroberer Mexicos, Hernán Cortes, konkrete Pläne zur »Selbstständigmachung« nachgesagt.

(5) Sieht man von taktischen Bestrebungen der anderen, mit Spanien konkurrierenden, Kolonialmächte ab.

(6) Vor allem durch die napoleonische Besetzung und die Niederlage der spanisch-französischen Flotte 1810 vor Trafalgar.

(7) Mindestens in einem Fall schloss der Dienst am Vaterland in Lateinamerika auch die planmäßige Ermordung einer ganzen Bevölkerungsgruppe mit ein: 1879 begann in Argentinien der so genannte »Wüstenfeldzug«. Der argentinische Staat schickte Truppen nach Patagonien, um die Mapuche zu »befrieden«. Kaum ein Mitglied dieser indigenen Gruppe überlebte die Massaker des Militärs. Dem Leiter der Militäraktion, dem späteren Präsidenten Julio Roca, dankt es die Nation immer noch: keine Stadt ohne Calle Roca, viele Reiter-Standbilder des Massenmörders und last but not least prangt sein Konterfei auf der 100-Peso-Banknote.

(8) Ein interessanter Aspekt dabei ist, dass in der Diskussion über den lateinamerikanischen Nationalismus die Frage der nationalistischen Rechten selten eine Rolle spielt, obgleich sie mit dem Argentinier Juan Domingo Perón einen der schillerndsten Vertreter des lateinamerikanischen Nationalismus stellt.

(9) So ist der (gescheiterte) Versuch der SandinistInnen, ihre Politik in den achtziger Jahren nationalistisch abzusichern, ein Beispiel dafür, wie von links ein »nationales Interesse« propagiert wurde. Und auch ein Beispiel dafür, wie wirkungslos dieses Bemühen sein kann, wenn es sich gegen die Interessen der originären Träger dieser Ideologie – die nationale Bourgeoisie – wendet. Zwar bemühten sich die SandinistInnen, ihre Politik im Namen des »nationalen Interesses« zu verkaufen. Schließlich fußen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FSLN auch auf der Akkumulation des Kapitals, das sich in Händen der nationalen Bourgeoisie befand. Entsprechend übten sich manche Comandantes in der Anbiederung an die nationale Oberschicht. Genützt hat dies freilich der FSLN wenig. Für das Bürgertum war die FSLN solange wichtig, solange es um den Sturz des Diktators Somoza ging, der auch für sie zunehmend zur Bedrohung wurde. Nach dessen Sturz war es an der »nationalen« Sache der FSLN weitgehend nicht interessiert. Der Einfluss der USA in Mittelamerika schreckte es weitaus weniger als die sozialen und politischen Programme der SandinistInnen. Und entsprechend handelte es, nachdem 1990 die politische Macht wieder in seinen Händen war.

(10) Karl Marx hat herausgearbeitet, dass es im Wesen des Kapitalismus (private Produktion von Waren sowie gesellschaftlicher Austausch von Waren via Markt) liegt, dass der Gebrauchswert einer Ware und die zu ihrer Erstellung notwendige konkrete Arbeit als »natürlich« (und damit als nicht kritikabel) angesehen wird, während der Tauschwert (und damit die abstrakte vergegenständlichte Arbeit) oder anders gesagt, der durchschnittlich auf dem Markt erzielte Preis als undurchschaubares Mysterium gilt, das allenfalls mit den dunklen Machenschaften von SpekulantInnen, HändlerInnen etc. erklärt werden kann. siehe dazu: Marx-Engels-Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin 1962, Seiten 85-98

(11) zitiert nach: Volker Wunderlich: Sandino – eine politische Biographie, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1995, Seite 132

(12) Vor allem vor dem Hintergrund des Scheiterns der sandinistischen Revolution ist es nach Aussagen unserer GesprächspartnerInnen sehr schwierig geworden, mit antikapitalistischen, sozialistischen Positionen Gehör zu finden.

(13) Um nicht missverstanden zu werden: Wir maßen uns nicht an, zu sagen, wie die nicaraguanische Agrarpolitik auszusehen hätte. Aber unsere Beobachtungen und Erfahrungen waren doch so vielschichtig, um festzustellen, dass mit dem bloßen Verweis auf internationale Rohstoffbörsen die soziale Katastrophe in Nicaragua nicht ausreichend erklärt werden kann.

(14) siehe dazu auch den Artikel »Eine Momentaufnahme«

(15) siehe dazu: gruppe demontage: Postfordistische Guerrilla - vom Mythos nationaler Befreiung, Unrast Verlag, Münster 1998



Zeittafel

1502

Christóbal Colon landet auf seiner zweiten Amerika-Reise an der Küste des heutigen Honduras.

1522 – 1821

Das heutige Nicaragua ist – wie ganz Zentralamerika – spanische Kolonie. Das Generalkapitanat Guatemala umfasst neben einem Teil des heutigen Süd-Mexicos die heutigen Staaten Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica.

um 1800

Unter dem Eindruck der Ideen der französischen Revolution entstehen überall in Zentralamerika Unabhängigkeitsbewegungen.

September 1821

Das Generalkapitanat Guatemala erklärt sich für unabhängig und bildet die Zentralamerikanische Föderation.

September 1838

Der »Staat Nicaragua« verlässt als erster den auseinander driftenden Bund und gibt sich eine Verfassung. Startschuss für ein knappes Jahrhundert Bürgerkrieg zwischen Liberalen, die das aufstrebende Bürgertum repräsentieren (León) und Konservativen, der traditionellen Partei der Großgrundbesitzer (Granada).

ab 1900

Große Teile Zentralamerikas dienen als Plantagen der US-amerikanischen United Fruit Company. Deren wirtschaftliche Dominanz ermöglicht es ihr, mittels Korruption die Politik in diesen Ländern wesentlich zu beeinflussen.

1902

Die US-Regierung entscheidet sich für den Bau des Panama-Kanals. Zuvor war lange Zeit ein Kanalprojekt durch Nicaragua favorisiert worden. Daher standen US-amerikanische Interventionen und »Kanonenboot-Diplomatie« zum Schutz »amerikanischer Interessen und Eigentums« auf der Tagesordnung.



... leider doch durchgekommen.

1925

Der liberale General Augusto Cesar Sandino gründet eine Guerillarmee, der es 1933 gelingt, die Marineinfanterie der USA zum Rückzug aus Nicaragua zu zwingen.

Februar 1934

Der Chef der nicaraguanischen Nationalgarde, Anastasio Somoza, lässt Sandino ermorden und wird Präsident. Bis 1979 wird der Somoza-Clan das Land regieren, als sei es sein Privateigentum. Jede Opposition wird blutig unterdrückt.

1961

Gründung der Guerilla »Frente Sandinista de Liberación Nacional« (FSLN).

um 1970

Es beginnen bewaffnete Aufstände, zunächst in den Bergregionen, später auch von Massenstreiks begleitete Aktionen in den Städten.

Juli 1979

Sieg der sandinistischen Revolution. Der dritte und letzte Herrscher aus dem Somoza-Clan flieht nach Miami. Die Goldbarren der Staatsbank nimmt er mit und hinterlässt den SandinistInnen enorme Schulden.

1980er Jahre

Die Revolutionsregierung beginnt, grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen im Land zu realisieren: Verteilung des (Somoza-)Großgrundbesitzes an LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen, Aufbau eines kostenlosen Bildungs- und Gesundheitswesens, Sicherung des Grundbedarfs an Lebensmitteln für alle. Propagiert wird die so genannte »gemischte Wirtschaft«: Staatsbetriebe, Kooperativen und die private Wirtschaft sollen zusammen dem Gemeinwohl dienen.

ab 1982

Die USA finanzieren bewaffnete Gruppen (»Contras«), die mit Terroraktionen gegen die Bevölkerung das Land destabilisieren. Besonders die von den SandinistInnen aufgebaute Infrastruktur (Schulen, Gesundheitsposten, Wasserleitungen) sind Ziel der Contra.

1984

Die USA verminen die Häfen des Landes und verhängen ein Handelsembargo. Krieg und Embargo führen die Wirtschaft Nicaraguas an den Rand des Zusammenbruches. Für soziale Entwicklungen bleibt fast kein Raum mehr.

1990

Mit dem von den USA ermöglichten Versprechen, den Contra-Krieg zu beenden, gewinnt Violeta Chamorro mit einem konservativen Oppositionsbündnis die Wahlen.

1996

Arnoldo Alemán von der Liberalen Partei (vorher Bürgermeister der Hauptstadt Managua) wird Präsident.

2002

Enrique Bolaños (ebenfalls Liberale Partei) wird Alemáns Nachfolger und stellt sich an die Spitze einer Antikorruptionskampagne gegen seinen Vorgänger.

zur politischen Geschichte Nicaraguas siehe Frank Niess: Das Erbe der Conquista – Geschichte Nicaraguas, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989 oder <http://www.oeku-buero.de/nicaragua/index.html> bzw. <http://www.nicaragua-verein.de/Links/Landesinfo/Geschichte/geschichte.html>